

Antifa anders machen!

Ausgabe Nr. 37, 06. Oktober 2015



Deutschland im Herbst 2015: Willkommensinitiativen, Prominente, kleine und große Unternehmen, die Bundeskanzlerin, die Bahn, die *Bild*, alle wollen den Flüchtlingen helfen. Es scheint sich etwas geändert zu haben in dieser Gesellschaft: Deutschland einig Einwanderungsland – einig? Auf den Demonstrationen der Pegida in Dresden versammeln sich nach der Sommerpause wieder Tausende, um gegen Geflüchtete und gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes zu protestieren. Beinahe täglich brennen bundesweit geplante oder bereits eröffnete Flüchtlingsunterkünfte. In Arbeiterbezirken und Reichen-Ghettos organisieren sich Menschen, damit ja keine Flüchtlinge in ihre Nachbarschaft ziehen. Ob in bürgerlichem Gewand, im Tarnanzug des „besorgten Bürgers“ oder in Neonazi-Kluft: Es läuft derzeit bei den Rechten in Deutschland. Vor diesem Hintergrund erscheinen einige Fragen, die sich Linke in den vergangenen Jahren häufig gestellt haben, zunächst abwegig: Braucht es überhaupt noch eine Antifa-Bewegung, hat sich das »Konzept Antifa« überholt, haben wir uns zu intensiv mit der extremen Rechten beschäftigt? Und doch zeigen auch die aktuellen Entwicklungen, dass sich Antifa in einer Krise befindet. Die Organisation des Selbstschutzes gegen militante Neonazis, so wichtig sie ist, war zu lange für viele Gruppen Zweck genug. Eine wichtige Erkenntnis der bisherigen Debatte über Antifa ist für uns daher, dass die Dynamik der Gesellschaft im Mittelpunkt stehen muss, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse Ausgangspunkt antifaschistischer Politik sein sollten. Wenn wir das ernst nehmen, was wären aktuell Aufgaben, vor dem die (Post-)Antifa-Bewegung steht?

Inmitten des vermeintlich offenen gesellschaftlichen Konflikts zwischen „Flüchtlingsgegnern“ und „Unterstützern“ gibt es bereits Versuche, einen Konsens zwischen beiden Lagern zu schaffen. Die Bundesregierung beschloss im Schatten von „Willkommenskultur“ und rassistischem Protest die Asylrechtsverschärfung und erklärte Staaten, in denen offenkundig Menschen rassistisch diskriminiert werden, zu sicheren Herkunftsstaaten. Diesen Konsensversuchen gilt es entschieden zu entgegnen. Auch reicht eine antifaschistische Praxis nicht aus, die bloß die rechte, rassistische Einstellung der einzelnen Person fokussiert. Es muss auch geschaut werden, wer von Rassismus profitiert. Es gibt bereits Vorstöße, den Mindestlohn auszuhebeln, um Flüchtlinge besser ausbeuten zu können. Unter den sich formierenden Rechten sind auch Menschen, die sich selbst in einer beschissenen sozialen Lage befinden und ihre Wut in die falsche Richtung kanalisieren. Und auch die Profiteure der Fluchtgründe geraten allgemein gerne aus dem Blick: Die deutsche Rüstungsindustrie verdient weiterhin fleißig am Krieg; im nahen und mittleren Osten richten Regime ihre Waffen auf ihre Bevölkerung; Imperialisten aus Ost und West mischen kräftig mit; von den Folgen von jahrhundertelanger weltweiter Ausbeutung von Mensch und Umwelt mal ganz abgesehen.

Antifaschismus hat sich keineswegs überholt, dennoch bedarf es einer grundlegenden Erneuerung – und einer Einbettung des Antifaschismus in eine allgemeine antirassistische,

klassenkämpferische, internationalistische Praxis.

**

Mit dieser Ausgabe wird es eine neue Rubrik geben. In „Wiedergelesen“ besprechen unsere Autor_innen Klassiker kritischer Literatur und Wissenschaft. Damit wollen wir verschüttetes Wissen wieder ans Tageslicht holen und Werke auf ihre Aussagekraft im neuen historisch-gesellschaftlichen Kontext prüfen. Den Anfang machen Christin Bernhold und Christian Stache mit dem Hauptwerk des U.S.-amerikanischen Soziologen Immanuel Wallerstein „Das moderne Weltsystem“. In den vier Bänden dieses monumentalen Opus, die im englischen Original zwischen 1974 und 2011 erschienen sind, analysiert er die Geschichte des kapitalistischen Weltsystems von seinen Anfängen Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs.

Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Januar und wird sich im Schwerpunkt mit dem Thema „Flucht und Asyl“ befassen. Wir stecken schon mitten in der Produktion. Parallel grübeln wir bereits über unsere 39. Ausgabe, die im April erscheinen wird. Darin wollen wir uns der EU widmen. Für Buchtipps, Rezensionsvorschläge und weitere Hinweise sind wir offen. Schreibt uns gerne: [info\[at\]kritisch-lesen.de](mailto:info[at]kritisch-lesen.de).

„Wir müssen zeigen, dass es eine praktische Alternative zu Staat und Polizei gibt“



Interview mit der Antifaschistischen Linken International (A.L.I.) aus Göttingen

Die Debatte um Antifa zeigt, wie wichtig eine internationalistische Organisation ist und dass globale und ökonomische Zusammenhänge stets mitgedacht werden müssen.

kritisch-lesen.de: Ihr seid eine Gruppe, die sich entschieden mit einer internationalistischen Ausrichtung auf antifaschistischen Kampf konzentriert. Was bedeutet das für Euch? Warum findet ihr das nötig und wie wirkt sich das auf eure Praxis – auch bezogen auf die Frage gemeinsamer Organisationen – aus?

Antifaschistischen Linke International: Die aktuellen Ereignisse rund um die Welt zeigen wieder einmal, wie wichtig und notwendig eine internationalistische Ausrichtung ist. Wir finden, dass man bei allen lokalen Politiken auch immer das große Ganze mitdenken muss, um nicht nur in im eigenen Sumpf zu bleiben, sondern globale Zusammenhänge zu begreifen und sich damit auch als Teil dieser globalen Kämpfe zu verstehen. Die hegemoniale Stellung Deutschlands in der EU als Akteurin und Profiteurin im Ranking der westlichen Industrienationen macht damit die Bedeutung des Internationalismus deutlich. Für uns ist der Internationalismus aber leider oft zu wenig realisierte Praxis, sondern vor allem ein Bekenntnis und eine Perspektive – es ist für uns ein Ziel vor Augen, das wir mal mehr mal weniger erreichen, das „Mehr“ klappt dann zum Beispiel zum Thema Kurdistan. Genauso wie eine internationalistische Haltung halten wir den Antifa-Ansatz immer noch für notwendig, auch wenn viele Diskussionen in der radikalen Linken gezeigt haben, dass es sicherlich keine Selbstverständlichkeit ist, sich so zu organisieren und so zu verstehen. Antifa ist für uns kein isoliertes Politikfeld neben anderen, sondern ein Standpunkt aus der sich die Arbeitsfelder und die Praxis ergeben. In Deutschland zu leben heißt aus einem historischen Blickwinkel heraus, im Land der Täter des deutschen Faschismus zu leben und bedeutet auch heute noch eine Verpflichtung und Verantwortung aktiv gegen Faschismus vorzugehen. Denn wie die Förderung und Vertuschung des NSU oder die rassistischen Angriffe auf Geflüchtete in Heidenau gezeigt haben, ist dabei kein Verlass auf Staat und Polizei: Antifa heißt Selbstschutz. Aus den Erfahrungen mit dem NSU halten wir vor allem die Zusammenarbeit mit migrantischen Initiativen für wichtig, um uns auszutauschen und uns in Bündnissen gemeinsam zu organisieren. Um auch eine bundesweit starke radikale Linke aufzubauen, organisieren wir uns in der Interventionistischen Linken (IL).

Ein Beispiel für eine Verknüpfung wären die antirassistischen Kämpfe gemeinsam mit Refugees und der antifaschistische Selbstschutz gegen Nazis, die ohne eine internationale Perspektive nicht vollständig zu verstehen wären. Denn gerade in Regionen aus denen momentan die meisten Menschen fliehen, mischen seit Jahrzehnten westliche Staaten mit, die gemeinsame Sache mit reaktionären Kräften wie den Regierungen von Katar oder Saudi-Arabien machen, um einen starken geopolitischen Einfluss in einer der ölreichsten Regionen der Welt zu erhalten. Die Türkei bombardiert derweil kurdische Gebiete, um die Revolution in Rojava zu verhindern, nachdem sie hofften, dass dies bereits der sogenannte Islamische Staat (IS) erledigen würde. So fördert die Türkei den IS durch Nachschub und Rückzugsmöglichkeiten und erhält dabei Rückendeckung,

Waffen und militärische Unterstützung durch die deutsche Regierung. Hier beziehen wir im Sinne unserer internationalistischen Haltung Stellung und solidarisieren uns mit der kurdischen Freiheitsbewegung. Wir machen beispielsweise mit dem Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) gemeinsam Politik.

KL: Derzeit finden in der BRD vermehrt Anschläge auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte statt. Gleichzeitig debattieren die Medien, wie mit dem „Problem Flüchtlinge“ umgegangen werden soll und die Politik verschärft gesetzliche Bedingungen. Wiederholen sich die 90er?

A.L.I.: Geschichte wiederholt sich nicht einfach. Allerdings gibt es Kontinuitäten und Bezüge, die sich fortsetzen. Es ist der institutionelle Rassismus, die neoliberale Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge, die Beschleunigung von Asylverfahren, die Erklärung von Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer, die momentan eine Grundstimmung prägen. Die derzeitige Politik müssen wir auch unter der Frage der langfristigen Interessen der deutschen Hegemoniepolitik in Europa verstehen. Vieles wird wieder sagbar und die große Zustimmung zur Alternative für Deutschland (AfD) und Pegida ist erschreckend. Rassistische Mobilisierungen aufgrund rassistischer Politik ermöglichten jedoch auch schon in den 1990ern Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Hoyerswerda und Solingen. In den 1990ern wurde das Ziel der faktischen Abschaffung des Asylrechts durchgesetzt, nachdem es vorbereitend in den Medien und der Politik rassistische Stimmungsmache und Kampagnen gab. Heute gibt es im Vergleich zu den 1990ern eine breite zivilgesellschaftliche Masse für die „Refugees welcome“ zu einem bekannten Slogan und zu einer Grundhaltung geworden ist.

Im Vergleich zu den 1990ern ist auch die radikale Linke anders aufgestellt, die derzeitigen Entwicklungen sind die Probe aufs Exempel. Daran werden wir uns als AntifaschistInnen messen müssen.

KL: Welche Handlungsoptionen und -notwendigkeiten ergeben sich aus dem Rechtsruck weiter Teile der Gesellschaft und Europas?

A.L.I.: Für uns ist die zentrale Handlungsnotwendigkeit, nicht nur zu reden, sondern offensiv die Auseinandersetzung auf eine neue Ebene zu bringen. Durch antifaschistische Politik konnte über viele Jahre eine gute Bündnisarbeit aufgebaut werden. Zum Beispiel zeigte Dresden zwischen 2010 und 2012, wie breit wir aufgestellt sind. Der derzeitige Rechtsruck macht jedoch deutlich, dass es höchste Zeit ist, an die Arbeit der letzten Jahre anzuknüpfen und zu zeigen, wie notwendig auch eine militante Antwort auf Nazis und „Ich-bin-ja-kein-Rassist, aber“-RassistInnen ist. Auch die lange Zeit entpolitisierte Jugendkultur kommt kaum umhin, in diesen umkämpften Zeiten Stellung zu beziehen. Wir müssen dabei zeigen, dass es eine praktische Alternative zu Staat und Polizei gibt, die tatsächlich eingreift und hilft. Wir müssen wahrnehmbar und wirkmächtig sein, um Antworten von links zu geben. Sowohl Ereignisse auf lokalpolitischer Ebene, wie Abschiebungen, Repression und Verarmungspolitik, als auch globale Zusammenhänge, wie Rüstungsexporte, Krieg und Ausbeutung zeigen, wer die Feinde sind. Vor allem der Chauvinismus nach außen und die aktuelle Krise des Kapitalismus seit 2008 machten rechte Kräfte und nationalistische Parteien europaweit zu Profiteuren dieser Politik. Die europäische Linke muss vor Ort Handlungsoptionen schaffen und als gesamte globale Linke Alternativen jenseits des neoliberalen Sachzwanges aufzeigen.

KL: Es ist bei der Beobachtung von Protesten gegen Geflüchtete und Einwanderung oft vom „pöbelnden Mob“ die Rede. Rassismus wird hier der ungebildeten Unterschicht angehängt. Was sagt ihr dazu, welche Rolle spielt Klassenpolitik in eurer Arbeit?

A.L.I.: Prinzipiell gibt es bei uns einen gesunden Klassenhass (lacht). Wir finden die Aussage des „pöbelnden Mobs“ sehr gefährlich, da sie übersieht, dass es gesellschaftliche Eliten, wie die Mittelstandspartei der AfD oder die CDU sind, die als geistige Brandstifter den institutionellen Rahmen stellen und Rassismus salonfähig machen. Dabei ist auch die Rolle von Massenmedien nicht zu unterschätzen, die immer wieder zeigt: Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden. Rassismus zieht sich quer durch die Gesellschaft. Die pauschale Zuschreibung auf

„die Unterschicht“ zielt darauf ab von dem Rassismus der herrschenden Politik abzulenken. Die Verantwortung für rassistische Gewalt soll als Problem der „Anderen“ von sich weggeschoben werden. Gerade die SPD, die mit ihrer Hartz IV-Politik viele Menschen arm gemacht hat, stellt sich heute hin und tut so als gäbe es einen natürlichen Zusammenhang zwischen Armut, Dummheit und Rassismus. Diese Arroganz über die Folgen der eigenen Politik ist gelinde gesagt zum Kotzen. Allerdings zeigen sich auch in den Interessen der Kapitalfraktionen Brüche, sie sind nicht einheitlich. Gerade die Diskussion um den Fachkräftemangel, in dem wirtschaftspolitische Akteure für mehr Einwanderung plädieren, offenbart die neoliberale Argumentation für die Einteilung in die gewollten und die ungewollten Flüchtlinge, die den Rassismus um eine ökonomische Variante erweitert. Die deutsche Staatspolitik derzeit ist ein nationalistischer Wohlfahrtsstaats-Chauvinismus, in dem sich Rassismus und ökonomische Verwertungslogiken kombinieren, so dass sich niemand mehr wundert, warum vor allem nicht-Weiße Menschen die Arbeiten machen sollen, die gemeinhin wortwörtlich als „Drecksarbeit“ bezeichnet werden. Vor allem die jetzige Sozialdemokratie zeichnet sich durch ihren Neoliberalismus und Nationalismus aus, der Menschen gegeneinander ausspielt und Konkurrenzdenken schürt. Gewerkschaften sind für uns oft schwierige Partner, da sie im internationalen Vergleich derart angepasst und opportunistisch sind, dass wirkungsvolle und starke Arbeitskämpfe mehr als selten sind. Allerdings haben wir auf lokaler Ebene viele gute Erfahrungen in einem solidarischen Zusammenarbeiten gemacht.

Wenn man die Frage auf uns bezieht, muss man sicherlich feststellen, dass wir in einer Universitätsstadt leben. Zwar besitzt niemand von uns Produktionsmittel (lacht), aber wir sind schon eher urbane und an Wissen interessierte Menschen – allerdings geht es da nicht nur um irgendwelche formalen Bildungsabschlüsse, sondern darum sich und andere weiter bilden zu wollen. Viele stecken in Lohnarbeitszwängen und sind prekär beschäftigt. Vor allem fällt uns in unseren antirassistischen Kämpfen immer wieder auf, dass wir leider, wie viele linksradikale Gruppen, ein ziemlich weißer Haufen sind. Klassenmäßig sind wir da eigentlich schon besser aufgestellt. Das fiel uns vor allem auf, als wir eine erfolgreiche Intervention in den Arbeitskampf von care workern starteten. Diese war vor allem so erfolgreich, weil wir es geschafft haben an diesen Kämpfen teilzuhaben, sie zu supporten, ohne überheblich zu sein.

KL: Nach Blockupy und Demos in Leipzig wird die Gewaltfrage wieder stark diskutiert. Inwiefern spielt die Frage nach der Delegitimierung eigenen Handelns durch Gewalt bei euch eine Rolle? Wie wird Militanz bei euch verhandelt?

A.L.I.: Wir finden die erste Frage schwierig, da dabei nicht die Frage nach Gewalt sondern das antistaatliche Politische im Vordergrund stehen müsste. Gerade in Frankfurt hat Blockupy mit den Gegenaktionen zur Eröffnung der EZB Kritik zusammenfassen können, denn die Rauchsäulen über der Stadt sind europaweit erkannt worden. Sie sind verständlich und erklären sich symbolisch von selbst. Militanz ist für uns ein politisches Konzept, es geht dabei um ein entschlossenes und zielgerichtetes Handeln, das viel zu oft als bloße Gewalt denunziert wird. Grundsätzlich sind wir aber eine legal agierende Gruppe, die ihr politisches Handlungsfeld in erster Linie an politischen Kategorien ausrichtet. Bei Kampagnen geht es uns vor allem darum Menschen zu ermächtigen, Grenzen zu überschreiten. Ein gutes Beispiel dafür ist eine der erfolgreich verhinderten Abschiebungen in Göttingen. Diese Aktion war notwendig und vollkommen legitim, aber die Polizei rechtfertigte ihren Gewaltausbruch gegenüber den AntirassistInnen damit, dass die BlockiererInnen gewalttätig und die Aktion illegal sei. Am Ende konnte aber der Geflüchtete in Deutschland bleiben und der polizeiliche Gewaltexzess erntete viel Kritik in Medien und Politik.

KL: Zum Thema Selbstschutz: Was sagt ihr zu der Debatte, dass Antifa nur „Nazis-Kloppen“ ist und nicht mehr? Welchen Stellenwert nimmt Selbstschutz ein?

A.L.I.: Nicht selten kloppen wir uns auch mit der Polizei (lacht). Nein, Spaß beiseite. Wir haben ja schon in derersten Antwort klar gemacht, dass für uns Antifa viel mehr ist. Allerdings ist das „Nazis kloppen“ leider auch ein notwendiger Bestandteil von antifaschistischer Politik, wenn man sich die Ereignisse in Heidenau, aber auch anderen Orten, ansieht. Da war eben kein Verlass auf die Polizei

oder den Staat. Da reicht eben nicht bloße Symbolpolitik, vor Ort braucht es vor allem Leute, die sich in den Weg stellen und gemeinsam mit den Refugees gegen Nazis und „Aslygegner“ agieren. Selbstschutz ist dabei ein politisches Konzept, das mehr ist, als sich mit „Nazis kloppen“, es geht dabei ja auch darum, dass wir kollektiv handlungsfähig sind. Gerade fällt uns aber auf, dass nicht mal dieser Selbstschutz als Mindestmaß erfüllt ist. Wir würden uns wünschen, dass daran gearbeitet wird und die verschiedenen Ebenen von Demos, Festen und praktischer Gegenwehr nicht gegeneinander diskutiert werden, sondern alle ihre Anwendung im richtigen Moment finden. Auch wenn man mal einen Blick in die Geschichte wirft, war der Kampf um die Straße immer ein wichtiger Punkt. Wir wissen alle, Nazis sind bewaffnet, oft über den VS finanziert und ausgerüstet und arbeiten in heiklen Kombinationen mit Rockern. Unter diesen Umständen finden wir es immer ärgerlich, wenn dieser Militanz-Punkt so banal als ein „Nazis kloppen“-Spaß dargestellt wird.

KL: Immer wieder wird kritisch angemerkt, dass patriarchale Strukturen in der Antifa selbst bislang zu wenig beleuchtet wurden. Was hat sich eurer Meinung nach in Gender-Fragen innerhalb der Antifa seit den 90ern verändert?

A.L.I.: Für uns ein mega wichtiges Thema, allerdings ist das beschriebene Problem nicht nur eins „der Antifa“, sondern ein gesamtgesellschaftliches. Bereits bei unserer Gruppengründung ging es darum, Feminismus aus einer antifaschistischen Perspektive zu pushen. Uns geht es neben einem Empowerment auch darum, offensive feministische Antifa-Politik zu machen. Dazu gehört es feministische Themen zu behandeln, Frauen sichtbar zu machen und zu organisieren. Gerade das Gerede von Militanz als Mackertum ärgert uns, da wir, wie gesagt, Militanz als politisches Konzept jenseits von Geschlechteridentitäten denken und finden, dass Frauen erste Reihen und Aktionen genauso gut machen, wie männliche Genossen: Feminismus heißt Militanz. Auch wenn wir feministische Rückzugsräume total wichtig finden, denken wir, dass es genauso wichtig ist, feministische Kämpfe in öffentlichen Räumen, auf Partys, bei Aktionen oder eben in einer gemischtgeschlechtlichen Gruppe auszutragen. Allerdings haben wir das Gefühl, dass der feministische Ansatz in vielen linksradikalen Zusammenhängen oft zu einer Phrasendrescherei und reinen Identitätspolitik verkommt und es viel zu wenig eigene und gruppeninterne Reflektion gibt.

KL: Abschließend: Mittlerweile liegt über ein Jahr „Antifa-Debatte“ hinter uns, an der auch ihr euch mit verschiedenen Beiträgen beteiligt habt. Wie beurteilt ihr den Stand der Debatte bisher: gut dass wir mal darüber geredet haben - oder kam tatsächlich etwas dabei rum?

A.L.I.: Leider ersteres und leider wurde seltener miteinander, sondern vor allem in einem Lagerdenken ohne Eingehen auf Argumente diskutiert. Wenn sowas kommt, wie „die waren ja schon immer so und so“ fragt man sich warum so wenig zugehört und argumentiert wird. Ein Problem ist bestimmt auch, dass es kein verbindliches Medium gibt, über das solche Diskussionen laufen können. Gerade ordnen sich einfach viele Gruppen neu, ob in Organisationen oder Neugründungen von Antifa-Gruppen, es ist viel im Umbruch. So oder so, es wird sicherlich weiterhin Diskussionen und Weiterentwicklungen geben. Eins ist klar: Wir machen weiter!

KL: Vielen Dank für das Interview!

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Wir müssen zeigen, dass es eine praktische Alternative zu Staat und Polizei gibt“. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1296>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Antifaschismus – Antiimperialismus – Internationalismus



Essay von Peter Schaber, Lower Class Magazine

Antifaschismus bedeutet Klassenpolitik und Selbstschutz - und Antiimperialismus.

Essay von [Peter Schaber](#)

Seit einigen Monaten wird in Deutschland eine durchaus fruchtbare Debatte über die Zukunft der „Antifa“- Bewegung geführt. An ihr beteiligten sich Gruppen wie *Berliner North-East Antifascists* (NEA), *kritik & praxis – radikale Linke [f]rankfurt* oder etwa die *Antifaschistische Linke International* (A.L.I.) aus Göttingen. Dutzende Beiträge wurden verfasst, gelesen und relativ breit diskutiert. Wir haben uns mehrfach als Lower Class Magazine in dieser Diskussion zu Wort gemeldet, zuletzt am 28. Mai 2015 mit einem ausführlichen programmatischen Text auf der Thema-Seite in der Tageszeitung *junge Welt*.

Dort argumentierten wir – mit Rückgriff auf historische Texte der Antifaschistischen Aktion und Bezugnahme auf aktuelle Kampffelder – für die Wiederbelebung einer Gleichung: Antifaschismus = Klassenpolitik + Antiimperialismus + Selbstschutz. In zwei der drei Bereiche – Klassenpolitik und Selbstschutz (der selbstverständlich auch die Hilfe beim Schutz anderer vor faschistischen Umtrieben beinhaltet) – gibt es zumindest unter den größeren Organisationen und Gruppierungen in Deutschland einen weitreichenden Konsens, wenngleich auch die Umsetzung, der tatsächliche Bruch mit Eventpolitik und Symboltheater, auf sich warten lässt.

Anders verhält sich das in Sachen Antiimperialismus. „Antiimperialismus“ genießt in größeren Teilen der deutschen Linken keinen guten Ruf. Die reformistische parteimäßig organisierte Linke hat die Vokabel ohnehin aus ihrem Wortschatz gestrichen, was uns aber auch nicht weiter kümmern muss, wenn wir davon ausgehen, dass von selbiger nichts zu erwarten ist. Interessant ist allerdings, dass auch in jenem Teil der Linken, der sich als „radikal“ versteht, der Begriff oft nicht als Kernbestand der eigenen Theorie und Praxis angesehen wird, ja mancherorts „Antiimp“ gar als Schmähwort gilt.

Nun ist der Streit um den Antiimperialismus hierzulande einer, der so viele Facetten hat, dass es schwer fällt, überhaupt noch etwas dazu zu schreiben, ohne sich den Vorwurf gefallen lassen zu müssen, man habe etwas Wichtiges ausgelassen. Über einhundert Jahre Theorietradition, wenn wir bei Luxemburgs und Lenins wichtigen Schriften beginnen, und zehntausende, wenn nicht hunderttausende Artikel, Bücher, Kommentare von klugen und weniger klugen AutorInnen drohen einen zu erschlagen, schon bevor man das erste Wort geschrieben hat. Allerdings erscheint uns die Methode, bei den Erzeugnissen der eigenen Theorietradition anzusetzen, diese wie in Seminar- oder Doktorarbeiten zu analysieren, ohnehin bisweilen ein wenig realitätsfern. Packen wir das Problem dort an, wo es auch Lenin und Luxemburg selbst aufgenommen haben, die ja auf keine umfangreiche Literatur zum Thema zurückgreifen konnten, sondern in der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrer politischen Praxis die Notwendigkeit ausmachten, darüber nachzudenken, was „Imperialismus“ ist, und wie man ihn bekämpft.

Bevor wir uns lange darüber unterhalten, ob wir AntiimperialistInnen sind oder nicht, müssen wir

zuerst überlegen, ob wir den Begriff „Imperialismus“ überhaupt brauchen, um die Realität, die wir vor Augen haben, adäquat zu beschreiben. Können wir nicht einfach von „kapitalistischen Staaten“ sprechen? Würde das nicht ausreichen? Vielleicht. Aber indem wir den Begriff streichen, streichen wir nicht das Phänomen, das er bezeichnet. Die Frage ist: Gibt es ein solches Phänomen, das uns dazu anhält, einen Begriff wie „imperialistisch“ als sinnvollen Bestandteil unserer politischen Sprache zu behalten? Ob das so ist, können wir nicht allein durch logische Schlüsse aus unserem bisherigen Kapitalismusverständnis ableiten. Ob das so ist oder nicht, können wir nur beantworten, wenn sich uns bei der denkenden Aneignung der gesellschaftlichen Wirklichkeit die Notwendigkeit eines solchen Begriffs ergibt.

Schauen wir uns zwei Staaten an: Griechenland und Deutschland. In beiden werden Waren gegen Geld getauscht, in beiden wird die Ware Arbeitskraft verkauft, in beiden findet Ausbeutung statt, es wird Mehrwert geschaffen und realisiert, Kapital eingesetzt und akkumuliert. Beides sind unbestreitbar kapitalistische Staaten. Aber doch werden wir sagen, da gibt es Unterschiede, die nicht bloß quantitativ sind. Die herrschende Klasse Deutschlands ist, wie wir erst kürzlich wieder eindrucksvoll vor Augen geführt bekommen haben, dazu in der Lage, Griechenland eigene Regeln aufzuzwingen – in diesem Fall vor allem durch ökonomischen und politischen Druck. Zwischen beiden besteht offenkundig ein Verhältnis, das nicht symmetrisch, sondern von Abhängigkeit bestimmt ist. In einer umfangreichen Broschüre aus dem Gegenstandpunkt-Verlag heißt es:

„Imperialistisch ist der Staat, der als politisches Subjekt der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise fungiert, darin, daß er sämtliche Länder der Erde als Praxisfeld seiner Bürger betrachtet. Um ihr Geschäft aus den Schranken zu lösen, die mit den zufälligen Naturbedingungen seines Herrschaftsbereiches gegeben sind, betätigt sich die Staatsgewalt als Agent des Weltmarkts: die Produkte aller fremden Klimate und Länder in die Zirkulation und damit Produktion seines Kapitals einzubeziehen ist sein Anliegen, bei dem er auf auswärtige Souveräne trifft“ (S. 4).

Diese „auswärtigen Souveräne“ sind die Schranken für den jeweiligen imperialistischen Staat, die er mit den jeweils gebotenen Mitteln überwinden möchte. Dabei muss es sich keineswegs immer und überall um militärische handeln, wie das der Alltagsbegriff von „Imperialismus“ nahezulegen scheint. Die Wege zur Durchsetzung imperialistischer Ziele reichen „vom Einsatz militärischer Mittel, um einen Konkurrenten bankrott zu machen, bis zum Ankauf von Betrieben und Rohstoffquellen und bis zur finanziellen Abhängigkeit, zur 'ökonomischen Annexion' (Lenin) ganzer Länder“, (Barthel 1978, S. 504) führt Rolf Barthel in einem DDR-Forschungsband zur Formationsgeschichte aus.

Die Phänomene, die seit hundert Jahren zum Ausgangspunkt diverser Imperialismustheorien wurden, sind keineswegs obsolet geworden: „Staatlich organisierte Expansion des Kapitalismus, die Exploitation weltweiter Rohstoffquellen durch die kapitalistischen Metropolen, kriegerische Absicherungen von Verwertungsbedingungen und territorial ausgreifende Krisenbewältigungsstrategien“ (Deppe/Salomon/Solty 2010) existieren nach wie vor. Der Unterschied zwischen Staaten wie Deutschland und den USA auf der einen Seite, die auf die Herausforderungen globaler Kapitalverwertung mit Gewaltpolitik reagieren können und solchen wie Griechenland oder Venezuela auf der anderen, ist ebenfalls geblieben.

Teile der Antifa-Bewegung und der radikalen Linken allerdings haben „Imperialismus“ und „Antiimperialismus“ aus ihrem Vokabular gestrichen. Das liegt vor allem an zwei irrigen Traditionslinien, die sich auf diesem Gebiet wilde Scheingefechte liefern. Auf der einen Seite: „Antideutsche“, die sich ohnehin weitgehend aus der Linken verabschiedet haben und sich lieber mit der bedingungslosen Verteidigung der zivilisatorischen Errungenschaften von Kapitalismus und bürgerlicher Demokratie gegen den bösen „Mob“ befassen. „Antiimps“ auf der anderen Seite, die oft Antiimperialismus als einen Kampf von „guten“ gegen „schlechte“ Staaten verstehen, wobei einfach die Vorzeichen umgekehrt werden: Ist für den deutschen oder US-amerikanischen

Imperialisten der jeweils eigene Staat der „gute“ und der irakische oder syrische der „Schurkenstaat“, werden bei dieser Form des Holzhammer-Antiimperialismus einfach Minus und Plus ausgetauscht. Saddam Hussein, Muammar al-Gaddafi oder Baschar Al-Assad werden zu leuchtenden Gallionsfiguren menschlichen Fortschritts, deren Glanz nur von Lügen beschmutzt wird. Der übergroße Rest der „radikalen“ Linken, der aus Antifa- oder Autonomen-Bewegung entstandenen größeren Gruppierungen, hat sich entschlossen angesichts der Scheingefechte zwischen einigen „Antiimps“ und „Anti-Ds“ einfach gar nichts mehr zur Sache zu sagen. „Imperialismus“ interessiert hier nicht, denn man könnte ja den Fehler machen, etwas zu sagen, was jemanden vergrault.

Abgesehen davon, dass das zu einer Entfremdung von den meisten anarchistischen und kommunistischen Gruppen in Ländern außerhalb Deutschlands und Österreichs (die beiden Länder, die die Segnungen der kritischen Kritik der „Antideutschen“ und der unterkomplexen Antworten der „Antiimps“ erfahren durften) führt, die sich selbstverständlich und richtigerweise als „antiimperialistisch“ verstehen, sind damit eine ganze Reihe von Fragestellungen und Themenbereiche aus der linken Theoriebildung verschwunden, die eigentlich zentral wären. Antimilitarismus ist zu einem Nischenthema geworden, das kaum mobilisierungsfähig ist. Der deutsche und US-amerikanische Griff nach der Ukraine und die damit verbundene Frage nach der zunehmenden Kriegsgefahr im Osten wurden als Themen fast vollständig diversen „neuen Friedensbewegungen“ überlassen, die – wenig überraschend – keine vernünftige Position entwickelten. Kriege wie der gerade mit US-amerikanischer Unterstützung und deutschen Waffen vom autoritären Gottesstaat Saudi-Arabien gegen den Jemen geführte wurden völlig ignoriert, zu Israel/Palästina melden sich ohnehin nur noch die Verwegensten zu Wort.

In all diesen Konflikten – und vielen mehr – mischt unser „eigener“ Imperialismus mit. Gerade weil wir in einer Nation leben, die sich zunehmend aggressiver in das Great Game um geopolitische Positionen, Weltmarktanteile und Ressourcen einbringt, sollten wir die interessanten Debatten, die international geführt werden, aufgreifen und zur eigenen Positionsbestimmung entwickeln. Die von Deutschland ausgehende Unterwerfung Griechenlands könnte eine Chance sein, genau damit zu beginnen. Und auch auf die Herausforderungen, die uns aus der europäischen Drangsalierung von Refugees erwachsen, werden wir keine Antworten finden, wenn wir nicht wieder über Imperialismus zu sprechen beginnen.

Verwendete Literatur

Barthel, Rolf (1978): Der Imperialismus als End- und Übergangsstadium der kapitalistischen Gesellschaftsformation im Werk Lenins. In: Engelberg, Ernst/Küttler, Wolfgang (Hrsg.): Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin. Akademie-Verlag, Berlin. S. 478–530.

Deppe, Frank/Salomon, David/Solty, Ingar (2010): Imperialismus und Antiimperialismus. Begriff und Aktualität. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung # 84, online abrufbar [hier](#).

Gegenstandpunkt (2012): Imperialismus 1, als pdf online abrufbar [hier](#).

Zitathinweis: Peter Schaber: Antifaschismus – Antiimperialismus – Internationalismus. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1303>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Nicht aufhören zu fragen!



Imke Schmincke, Jasmin Siri (Hg.)

NSU-Terror

Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse

Die politische Auseinandersetzung mit dem NSU hat sich, auch unter linken Aktivist_innen, sehr schnell auf den Verfassungsschutz verengt. Wie eine gesellschaftliche Konfrontation mit den Morden des NSU aussehen kann, zeigt dieser Sammelband.

Rezensiert von [Lee Hielscher](#)

Auf den Büchertischen zum Thema NSU fehlt der 2013 erschienene Sammelband von Jasmin Siri und Imke Schmincke zumeist. Auch auf den Podien der Diskussionsrunden zum NSU sitzt, mit Ausnahme von Angelika Lex, so gut wie nie jemand der Beitragenden des Sammelbandes „NSU Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontext, Diskurse“. Stattdessen liegt der Fokus zumeist auf dem Verfassungsschutz sowie den Netzwerken und Verstrickungen von militanten Neonazis und ihren verbeamteten Unterstützer_innen. So wie die Themensetzungen in der Debatte um den NSU begrenzt werden, gestaltet sich auch die politische Auseinandersetzung: Das Hauptaugenmerk liegt darauf, den Neonazis und staatlichen Behörden hinterher zu recherchieren und auf dieser Basis eine Kritik am Verfassungsschutz zu formulieren, die über Fragen einer Reformierung hinaus geht.

Dass diese Ermittlungen, Untersuchungen und Forderungen wichtig sind, steht nicht zur Debatte. Sind sie aber die einzige Form der Auseinandersetzung, beschränken sie den Kreis derjenigen, die an der so zugespitzten Auseinandersetzung mit dem NSU teilnehmen können. Investigative Journalist_innen und Recherchegruppen werden zu Protagonist_innen einer Auseinandersetzung, die für das Publikum erschreckend und aufwühlend ist, angesichts immer gleicher Namen und Gesichter von Neonazis und V-Personen jedoch ebenso verwirrend. Da man das unüberschaubare Geflecht, das den NSU-Komplex bildet, kaum noch überblicken kann, bringt sich auch zumeist niemand in die Auseinandersetzung mit ein – ein Spezialpublikum für kompetente Referent_innen entsteht, bei einem Thema, das dringend einer gesamtgesellschaftlichen Debatte bedarf.

Hier setzt der Band von Siri und Schmincke an und führt eine Auseinandersetzung mit dem NSU nicht aus der Position des Enthüllungsjournalismus, sondern unter gesellschaftstheoretischen Fragestellungen. Der Fokus liegt auf Kontextualisierung und Analyse; folgerichtig erschien der Band in der Verlagsreihe „XTEXTE“, die sich interdisziplinären Zeitdiagnosen widmet. Siri und Schmincke versammeln auf etwas mehr als 200 Seiten eine beeindruckend vielfältige Zahl an Autor_innen und Standpunkten zum NSU. Der Band ist ein Cross-Over-Format: Analytische Aufsätze wechseln sich mit Interviews, Redebeiträgen und Lyrik ab. Das ist unkonventionell und überraschend, angesichts des komplexen Themas NSU aber sehr passend. Da das beständige Schweigen staatlicher Institutionen eine lückenlose Aufklärung unmöglich macht, braucht es eine vielfältige Auseinandersetzung. Deshalb ist es auch so bitter nötig, dass nicht nur Ermittler_innen, sondern eine Pluralität an Akteuren das Feld der gesellschaftlichen Thematisierung betritt.

Genau dies vollbringen Siri und Schmincke mit den hier versammelten Autor_innen. Es sind Aktivist_innen, Sozial- und Kulturwissenschaftler_innen, Anwälte_innen, Journalist_innen und mit Herta Däubler-Gmelin auch eine ehemalige Justizministerin, die hier zu Wort kommen. Das Buch

schaft Raum, um Rassismus und seine Bedeutung für die Genese von Gesellschaft zu diskutieren. Dies geschieht auf ganz unterschiedliche Weise: Einen analytischen Zugang bietet beispielsweise der Beitrag von Manuela Bojadžijev, während Autor_innen wie Imran Ayata, Nadia Shehadeh und Yvonne Boulgaridis sich dem Thema subjektiv annähern und die Lesenden an ihren ganz persönlichen Gedanken und Empfindungen zum NSU teilhaben lassen. Durch den Sammelband wird eine Vielzahl an Sprecher_innen mit ihren Positionen hörbar, die in der aktuellen Auseinandersetzung ignoriert werden oder unterrepräsentiert sind. Der NSU wird in analytische wie persönliche Kontexte gebracht, wodurch eine Vielfalt an Aushandlungsebenen geschaffen wird. Das bedeutet aber auch, dass nicht jeder Beitrag mit einem klaren Statement oder einer zentralen These zum NSU aufwartet. Es sind Beiträge, an die eine gesamtgesellschaftliche Debatte anschließen könnte.

Gleich eingangs wird von Lotta Mayer klargestellt: Das Erstaunen über den NSU ist das eigentlich Erstaunliche. Denn der NSU ist nicht eine rechtsterroristische Randgruppierung, sondern bewegte sich innerhalb eines gesellschaftlichen Klimas, das Migrant_innen und dabei insbesondere Muslime, als kulturell entgegengesetzt begreift und damit eine Fortschreibung des Rassismus auf der Ebene der Kulturalisierung betreibt. Dass sich der NSU in gesellschaftlichen Zusammenhängen bewegte, zeigen insbesondere Armin Nassehi und Lutz Hachmeister.

An die kurze Bestandsaufnahme zu Beginn schließen Beiträge zur Kontextualisierung der Ereignisse an. Das Besondere dabei ist, dass im Gegensatz zu den anderen erschienenen Publikationen eben nicht nur der Verfassungsschutz und Neonazikader im Mittelpunkt stehen. Andere Fragen und Reflexionen zu Gesellschaft und Politik scheinen hierbei mit auf, nicht nur, weil der Kreis der Sprecher_innen über die Politologen und investigativen Journalist_innen erweitert wird, sondern auch, weil mit den Beiträgen von Moritz Assal und Mathias Falter der Verfassungsschutz im Kontext politischer Praktiken und Ideologien, wie dem Extremismuskonzept, untersucht wird. So werden nicht einzelne Institutionen und Akteure, sondern politische Verhältnisse wieder zum Thema der Auseinandersetzung. Falk Neuberts nüchterne politische Chronologie Sachsens ist dabei eine harte Konfrontation mit den politischen Konstanten. Die beiden Beiträge zur bayerischen Asylbewerber_innenunterkunft Böbrach spannen die Kontextualisierung noch weiter auf, allerdings werden dabei die Gesamtzusammenhänge undeutlich.

Der dritte Abschnitt konzentriert sich auf die Diskursivierung des NSU in vier unterschiedlichen und ebenso spannenden Aspekten: Der Verknüpfung von Rechtsextremismus und Ostdeutschland, der Art und Weise, wie Rassismus thematisiert wird, der Konstruktion von Geschlecht in der hegemonialen Rezeption des NSU sowie einer kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle von Journalist_innen und Medien während und nach der Morde.

Die thematisch fokussierten Texte werden mit vier übergreifenden reflexiven Beiträgen zu Bedeutung und Verschiebungen durch und seit dem NSU abgeschlossen. Insgesamt bleibt es jedoch bei einem Antasten der gesellschaftlichen Thematisierung, die Beiträge sind mitunter überraschend kurz, als wären sie Gedankenprotokolle der einzelnen Autor_innen zum NSU. Sie sind weniger distanzierte Abhandlungen, sondern vielmehr das Eröffnen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Wie Fabian Virchow in seinem Beitrag zur prismatischen Bedeutung des NSU anmerkt, handelt es sich um skizzenhafte Überlegungen zur Analyse des NSU und der deutschen Gesellschaft. Die Gründe dafür sind auch in der Zeit und den Entstehungsumständen des Sammelbandes zu sehen: Es handelt sich um das Folgeprojekt einer Ad-Hoc-Gruppe auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2012. Der Band muss als erster Entwurf, als Beginn einer gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem NSU, verstanden werden. Einige der Analysen wirken daher auch im freien Raum stehend, manche Verbindungen fehlen, und die theoretische Basis ist mit der starken Bezugnahme auf kritische Theorie zu stringent

ausgefallen. So ist der Rekurs auf Elias Canettis Konzept der „Hetzmeute“ zwar in jedem Fall besser als die landläufige Figur des „Terror Trios“, jedoch ist es gerade für ein so komplexes Feld wie die gesellschaftstheoretische Analyse des NSU auch nur ein begrenzter analytischer Schritt. Entscheidend ist aber, dass sich angesichts der marginalen und oft einseitigen Auseinandersetzungen im Land des NSU entschlossen wurde, Ansätze, Ideen und erste analytische Überlegungen zu unternehmen, sich zu positionieren, Fragen aufzuwerfen und damit der Sprachlosigkeit entgegenzuwirken.

Imke Schmincke, Jasmin Siri (Hg.) 2013:

NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse.

Transcript Verlag, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-2394-9.

224 Seiten. 22,99 Euro.

Zitathinweis: Lee Hielscher: Nicht aufhören zu fragen! Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1289>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Was geht bei Pegida? Läuft.



Lars Geiges, Stine Marg, Franz Walter

Pegida

Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?

Eine quellenreiche Studie widmet sich der Frage, warum tausende Menschen beim Unterfangen Pegida mitmachen und wirft einen Blick auf die soziale Zusammensetzung der sogenannten Spazierganger_innen.

Rezensiert von [Johanna Brose](#)

Nach der Sommerpause, in der Deutschland sich vor allem als „Willkommensweltmeister“ zelebrierte, sieht man wieder mehr und mehr Aufrufe zu Pegida-Demonstrationen. Dachten viele Menschen noch bis vor kurzem, Pegida sei Geschichte, marschieren sie wieder zu Tausenden durch Dresden und durch andere Städte. Eine Studie des *Göttinger Instituts für Demokratieforschung*, die im Frühjahr 2015 erschien, ist hilfreich, um das Phänomen zu verstehen. Die Verfasser_innen verstehen ihre Studie als Momentaufnahme. Beobachtungen und Gespräche mit den Teilnehmenden der Pegida-Märsche wie auch der Gegendemonstrationen im Herbst und Winter 2014/2015 wurden durch breit angelegte Online-Fragebögen und mehrstündige Gruppendiskussionen ergänzt. Zudem wurden zahllose Zeitungsartikel, Online-Ressourcen, Facebook-Beiträge und andere Social Media Auftritte von den Forscher_innen durchforstet und ergeben so eine aufschlussreiche Lektüre, welche Einblicke in die eng miteinander verwobene rechte bis neonazistische Bewegung in Deutschland ermöglicht. Der Entstehungsgeschichte ist ein umfangreiches erstes Kapitel gewidmet, weitere Kapitel behandeln Beobachtungen der Spaziergänge, die Darstellung der kollektiven Wahrnehmung der von den Autor_innen „Pegidisten“ (S. 33) genannten Sympathisant_innen, Bemerkungen zum Verhältnis von AfD und Pegida, eine europäischen Einbettung sowie den Versuch, das Ganze politisch und (sozial-)wissenschaftlich in einen Kontext zu setzen.

Die Ursuppe von Pegida

Absurderweise waren es gerade die Solidaritatskundgebungen mit der kurdischen Stadt Koban, in der sich insbesondere Kampfer_innen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) erbittert gegen den „Islamischen Staat“ zur Wehr setzen, sowie die Kritik an den Waffenlieferungen an die Kriegstreiber in Syrien und dem Irak, welche den Pegida-Grunderkreis dazu bewogen, gegen die angebliche Islamisierung Europas auf die Straße zu gehen und sich als Aktionsbündnis zu formieren. Die Autor_innen zeigen mit ihrer Recherche, dass das Bündnis „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, wie Pegida ausgeschrieben heißt, keineswegs aus heiterem Himmel entstand, wie es das Orgateam in ihrem „Gründungsmythos“ (S. 11) gerne darstellt.

In Unterkapiteln stellt das Forschungsteam die einzelnen Gestalten des Protests sowie das Umfeld der Grundungspersonen vor. Hierbei können sie sich etwas Hame nicht ganz sparen, etwa, wenn sie ihr Wissen mit den Leser_innen teilen, dass Mitgründer Lutz Bachmann einst ein polizeilich gesuchter Einbrecher war und heute gerne „mit seinem Hund ‚Barbl‘ kuschelt und am Wochenende gerne faulenzte“. Nächster Satz: „Bachmann ist in einer Facebook-Gruppe namens ‚Latexliebe““ (S. 13). Das sind dann doch die Details, die man schmunzelnd bis irritiert zur Kenntnis nehmen, aber –

selbst als enthusiastischer Freudianer – nicht nutzen sollte, um sich Pegida zu erklären.

Die Ergebnisse der Studie machen deutlich, dass die Akteur_innen sich teilweise schon lange Jahre kannten und in unterschiedlichen Netzwerken gemeinsam aktiv waren – sowohl in Facebook-Gruppen als auch in den verschiedenen Freundeskreisen, in denen viele andere Personen dem rechten und rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind: unter anderem NPD-Abgeordnete, Pro Deutschland-Anhänger_innen und Hools von Dynamo Dresden. Im Laufe der Zeit stieg allerdings der Anteil derjenigen Beteiligten an, die sich nicht so ohne weiteres in das extrem rechte Lager einordnen lassen – und die sich auch selbst vehement dagegen wehren, als „Neonazis in Nadelstreifen“ (S. 25) wahrgenommen zu werden. Die von den Autor_innen beobachtete „Heterogenität des ‚Aktionsbündnisses‘“ (S. 17) behielt aber weiterhin den rechtsextremen Unterbau - auch in den anderen Städten, in die sich das Dresdner „Modell“ ausweitete. Mit Aktionen wie einem Spendenaufruf für die Dresdner Tafel sollten aber auch andere Spektren erreicht und ein „enger Schulterschluss zur bürgerlichen Mitte der Gesellschaft“ (S. 16) vollzogen werden. Anfang 2015 zeigen sich zudem zunehmend Funktionäre der Alternative für Deutschland (AfD) offen als Befürworter_innen der Pegida-Spaziergänge. Die Forschungsgruppe bemerkt, Pegida habe „viele gemeinsame Schnittmengen bei den Themen Einwanderungs- und Asylpolitik“ (S. 18) festgestellt.

Waren es bei der ersten Demonstration im Oktober lediglich etwa 350 Anwesende, wuchs die Teilnehmerzahl schnell an. Nach dem zahlenmäßigen Höhepunkt am 12. Januar mit rund 25.000 Teilnehmenden war diese Entwicklung allerdings vorbei, Streitigkeiten und Brüche traten zutage. Die Forschenden halten die genaue Beschreibung der Geschehnisse bis zur Zersplitterung und der zunehmenden Schwächung der Pegida-Organisation samt der zahlreichen Splittergruppen bis Mitte Februar aufrecht (zu diesem Zeitpunkt wurde die Studie fertiggestellt).

Ostwind mit gehöriger Portion Ressentiment

„Ostwind bringt eiskalte Luft in die Stadt. Vielleicht erscheinen deshalb die Menschen recht spät. Noch Minuten vor Beginn der Veranstaltung sieht man Ströme von Menschen [...] sich dem Versammlungsort nähern. Sie fließen zügig und still. Auch auf dem Platz ist es weitgehend ruhig. Man steht in Kleingruppen beieinander, zu fünft, zu viert, als Paar, wartet – und redet kaum. Die Blicke richten sich zu Boden, auf das eigene Handy, teils sich mustern, teils starr in Richtung Platzmitte, wo man die weiße Rednerkabine, nicht mehr als ein Plasteilverhau, zu erkennen meint.“ (S. 35)

Im zweiten Kapitel versuchen die Forscher_innen, die geneigten Lesenden mithilfe szenischer Beschreibungen der Pegida-Spaziergänge näher an das Geschehen heranzuführen. Weiter geht es: „Auf den mitgebrachten Schildern und Transparenten wird die ‚Macht des Volkes‘ beschworen: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“ (ebd.). So wie man in der DDR ein „linkes diktatorisches Regime rausgefegt“ (S. 23) habe, wolle man nun erneut das „linke Denken“ (ebd.) und das dazu gehörige Personal vertreiben. Das „linke Pack“ ist nach den Beobachtungen der Forscher_innen ein Hauptfeind der Pegidisten: „Die Redner des Abends feiern die Polizei, die ‚wieder einmal‘ eine Pegida-Veranstaltung vor ‚linken Chaoten‘ geschützt habe.“ (S. 42) Insgesamt erstreckt sich die Beschreibung der (Pe-)gida-Protteste auf rund 60 Seiten und wird durch aussagekräftige Bilder der einzelnen Spaziergänge ergänzt. Die Forscher_innen, werden von den Pegidisten nicht gerade freundlich empfangen: Gegenüber den Medien und auch Forschungsgruppen herrscht großes Misstrauen. Doch für die Protestforschung sind die Beobachtungen existenziell, wie die Forscher_innen darstellen: „Man kann durch sie den Pulsschlag einer Bewegung fühlen, Stimmungen und Atmosphären spüren, das Protestambiente beschreiben.“ (S. 34)

Mittelalt, männlich und ziemlich misantrophisch

Gruppengespräche sollen die Lebenswelt der Pegidisten für die Beteiligten greifbarer machen. In ihnen wird etwa die Heimat – „ich bin militanter Sachse“ (S. 91) – ebenso hervorgehoben wie die „das Unbehagen“ (S. 96), welches bei der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, insbesondere „mitten im Wohnort“ (ebd.) sowie den ausbrechenden Konflikten in der Welt verspürt würde. Die Forscher_innen beschreiben, wie sich Misstrauen gegenüber „der Politik“ und natürlich auch der „Lügenpresse“ (S. 100) sowie das „Gefühl des Alleingelassenseins“ (S. 99) in einer umso vehementeren Verteidigung von Pegida samt seiner inhaltlichen Schwerpunkte manifestiert. Einher geht das auch mit einem Überlegenheitsgefühl, weil die Beteiligten selbst zu verstehen scheinen, wie der Hase läuft: „Das tumbe, ahnungslose Glotzen sei dem für immer geschärften kritischen Blick gewichen, die Zusammenhänge würden nun ‚sonnenklar‘, kurz: Man habe es durchschaut – im Gegensatz zu vielen anderen“ (S. 103). Sie lesen die *Junge Freiheit* oder informieren sich über rechtspopulistische Plattformen wie *Politically Incorrect*, wobei sie darüber auch vermeintliche Einblicke in die Berichterstattung „der Antifa“ (als Rezeptionen und Verrisse linken Journalismus) erhielten.

Aus den Gruppengesprächen, rund 570 ausgefüllte Online-Fragebögen und zahllosen Vor-Ort-Erkundungen ergibt sich das Bild: Der typische Pegidist ist „mittelalt, männlich und ziemlich misantrophisch“ (S. 63) mit mittlerem bis universitärem Bildungsabschluss. „Sie sind Ausdruck eines politischen Gärungsprozesses, der Teile der deutschen Gesellschaft rechts der Mitte erfasst hat.“ (Ebd.) Dies wird auch deutlich anhand der Frage, welche Partei die Teilnehmer_innen bei der letzten Bundestagswahl wählten: 24,8 Prozent CDU/CSU, weitere 4,8 Prozent die NPD und ganze 47,1 Prozent die zu diesem Zeitpunkt noch taufrische und erstarkende AfD.

Von Staatstreue und der Notwendigkeit neuer linker Strategien

Die Forscher_innen führen in einem etwas wilden Exkurs Gemeinsamkeiten der Proteste aus, welche sie in den vergangenen Jahren beforschten. Sie gehen dabei vor allem der Frage nach, ob Querfronten zwischen verschiedenen Protestbewegungen möglich seien, also ob mögliche Schnittstellen von Pegida zu den Montagsmahnwachen, zu Occupy und zu Stuttgart 21 zu finden sind. Vor allem stoßen sie dabei auf ein „Potpourri von Gedankenfetzen und Unmutsgefühlen“ (S. 195), die als Spiegel der Mitte der Gesellschaft gewertet werden. Die Proteste gegen Pegida scheinen aus Sicht der Studie ebenfalls ein rot-rot-grünes Signum „bürgerlicher Provenienz“ (S. 79) zu sein, von dem die Forscher_innen verlauten lassen, dass die Beteiligten „weiblicher, jünger und grüner – und bemerkenswert staatstreu“ (S. 71) seien. So werden die verschiedenen Proteste der vergangenen Jahre als „abwehrende Reflexe“ (S. 196) auf einen anhaltend „dynamischen und allmählich schwer erträglichen Kapitalismus“ gelesen, der „immer schon die Zukunft besetzt (hält), er ist Unruhe, Verausgabung, Maßlosigkeit, Beschleunigung.“ (Ebd.) Die Forscher_innen resümieren:

„Altlinke Stürme auf die Zitadellen der ‚bürgerlich-kapitalistischen Demokratie‘ sind aus dem alles in allem brav-moderaten republikanischen rot-grünen Milieu nicht mehr zu erwarten oder zu befürchten beziehungsweise, wer es denn wünschte, zu erhoffen. Auch damit mochte es zu tun haben, dass sich für die Unzufriedenen, Verbitterten und Verletzten dieser Republik auf der linken Seite kein politischer Adressat mehr fand. Am Ende könnte erst das vielleicht Pegida ins Spiel gebracht und Resonanz verschafft haben.“ (S. 80)

Die aktuelle Entsolidarisierung und die politische Heimatlosigkeit, die sich letztlich als rassistische und wohlstandschauvinistische Protestform Pegida manifestiert, verdeutlichen für die Forscher_innen die Abstiegsängste einer Mittelklasse in Deutschland. Aus diesem Kapitel, und auch aus dem Kapitel zur Einbettung in die gesamteuropäische Entwicklung, lässt sich - trotz der für wissenschaftliche Studien typischen politischen Zurückhaltung - eine Notwendigkeit neuer Organisation gegenüber neuen Formen bürgerlich-rechter und extrem rechter Umtriebe für linke Kämpfe ableiten. Insbesondere müssen auch klassenkämpferische Positionen und gemeinsame

antirassistische Solidaritätsformen (insbesondere auch gegen antimuslimischen Rassismus und im Bereich der Solidarität mit Geflüchteten) stärker in den Vordergrund gerückt werden, ohne die jedweder Protest gegenüber den neuen rechten Lagern regelrecht verpufft. In diesem kleinen Buch sind dafür einige interessante Anknüpfungspunkte zusammen getragen.

Lars Geiges, Stine Marg, Franz Walter 2015:
Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?
Transcript Verlag, Bielefeld.
ISBN: 978-3-8376-3192-0.
208 Seiten. 19,99 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Was geht bei Pegida? Lläuft. Erschienen in: Antifa anders machen!.
37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1301>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Von Mythen und Symbolen



Martin Langebach, Michael Sturm (Hg.)
Erinnerungsorte der extremen Rechten

Ein überfälliger Sammelband wirft eine neue Perspektive auf die extreme Rechte und stellt ihre „Erinnerungsorte“ in den Fokus.

Rezensiert von [Philipp Grehn](#)

Geschichtspolitik hat als Handlungs- und Politikfeld seit jeher für die extreme Rechte eine zentrale Bedeutung. Sie erfüllt den Zweck der Sinn- und Identitätsstiftung nach „innen“ und wirkt zugleich ungemein mobilisierend nach „außen“. Für die extreme Rechte ist sie sowohl „Hypothek“ als auch „Ressource“ (S. 8) und dient darüber hinaus als Klammer und Brücke, um über ideologische und organisatorische Grenzen hinweg das „nationale Lager“ zu einen. Der von Martin Langebach und Michael Sturm herausgegebene Sammelband nähert sich daher der Frage, welche historischen Mythen, Narrative und Bilder der extremen Rechten als geschichtspolitische Bezugspunkte dienen. Mit der Anknüpfung an das Konzept der „Erinnerungsorte“ reihen sich die Herausgeber in die hohe Anzahl jüngster geschichtspolitischer Publikationen ein und lehnen sich dabei an Überlegungen der Historiker Etienne François und Hagen Schulze an. In ihrem dreibändigen Werk „Erinnerungsorte“ (2001) verstehen diese unter diesen Begriff nicht nur geographische Räume, sondern auch Ereignisse, Personen, Gegenstände und Ideen, die aufgrund ihrer „symbolischen Funktion“ (S. 11) als Erinnerungsorte dienen.

Schicksal – Heldentum – Opfergang

Die insgesamt zwölf Beiträge des Sammelbands folgen einer überwiegend chronologischen Anordnung, deren Thema jeweils ein Erinnerungsort ist. Den Beginn bildet jedoch zunächst ein einführendes und die Beiträge überspannendes Kapitel, in dem der Historiker Michael Sturm den funktionalen Gebrauch von Geschichte durch die extreme Rechte unter die Schlagworte „Schicksal – Heldentum – Opfergang“ (S. 17) fasst. Er erkennt für das Geschichtsbild des gesamten Spektrums der extremen Rechten vier prägende Merkmale. Erstens die Konstruktion eines unhistorischen, mystisch aufgeladenen „Urzustands“ (S. 30) einer ethnisch und kulturell homogen gedachten „Herkunftsgemeinschaft“. Unmittelbar hieran schließt sich, zweitens, der Nationalismus an. Nur in dessen Rahmen sind individuelle und kollektive Existenzen langfristig denkbar. Drittens die immer wiederkehrende Zweiteilung in „Kultur“ und „Zivilisation“ sowie viertens der Kerngedanke einer Verlust- und Leidensgeschichte des „deutschen Volkes“, der unmittelbar mit der Konstruktion eines nationalistischen Heldenmythos verbunden ist.

Zentrale Grundlage für das extrem rechte Geschichtsbild bildet also die glorifizierende Bezugnahme und die Inszenierung einer „germanischen“ Vergangenheit, auf die Karl Bernhard in seinem Beitrag exemplarisch anhand zweier wesentlicher Erinnerungsorte der extremen Rechten eingeht. Sowohl der Sachsenhain in Verden als auch die Externsteine im Teutoburger Wald als vermeintlich germanisches Heiligtum dienten bereits bei den Nationalsozialisten als mystisch aufgeladene Erinnerungsorte und werden unter anderem aus diesem Grund auch heute noch von der extremen Rechten als beliebte Ausflugsziele und als Schauplätze für gemeinschaftsfördernde und identitätsstiftende Rituale wie Sonnenwendfeiern genutzt. Unweit dieser beiden Orte befindet

sich mit der Wewelsburg ein weiteres gefragtes Ausflugsziel der extremen Rechten. Ursprünglich als Renaissanceschloss zu Beginn des 17. Jahrhunderts errichtet, wurde das Gebäude 1934 von der SS gepachtet und im Sinne des nationalsozialistischen Geschichtsverständnisses zu einer Burg umgebaut, die schließlich als „repräsentativer Treffpunkt der höchsten SS-Führer“ dienen und zugleich „Ausgangspunkt für eine eigene SS-Tradition werden sollte“ (S. 80). Eine besondere Bedeutung, wie Dana Schlegelmilch und Jan Raabe herausarbeiten, kommt seit den 1990er Jahren einem Bodenornament des Nordturms der Burg zu: Die „Schwarze Sonne“ wird seitdem innerhalb der extremen Rechten inflationär als Symbol einer „nordisch-germanischen Urkraft“ (S. 88) verwendet.

Einen geistigen Erinnerungsort untersucht hingegen Volker Weiß mit seinem Beitrag zur Konservativen Revolution. Insbesondere für die Neue Rechte stellt heute der ideengeschichtliche Rückgriff auf diese geistige Strömung der Weimarer Republik und der Kult um ihre Protagonisten wie Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck sowie Edgar Julius Jung einen geistigen Bezugsrahmen dar, dessen Anknüpfungspotenzial deshalb so attraktiv ist, da es einzelnen rechten Autoren gelungen ist, die Verknüpfung der Konservativen Revolution mit dem historischen Nationalsozialismus diskursiv zu lösen. Im Zentrum des Beitrags von Harriet Scharnberg steht der „Tag der nationalen Arbeit“, der seit etwa 20 Jahren als symbolischer Erinnerungsort und bedeutender Aufmarsch- und Mobilisierungstermin der extremen Rechten dient. Jedes Jahr im Mai findet darüber hinaus im oberbayrischen Schliersee eine extrem rechte Gedenkveranstaltung statt, bei der die Erinnerung an das Freikorps Oberland und dessen Kämpfe um den Annaberg gepflegt wird. Die bewaffneten Auseinandersetzungen des Jahres 1921 werden dabei – getragen von diversen Spektren der extremen Rechten – zum „Kampf um den deutschen Osten“ stilisiert und der Annaberg so zu einem Erinnerungsort, der diesen Kampf symbolisiert.

Nationalsozialismus, Soldatentum und Weltkrieg als zentrale Bezugspunkte für die extreme Rechte

Die Beiträge des zweiten Teils des Sammelbandes befassen sich mit Erinnerungsorten, die einen expliziten Bezug auf den historischen Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg aufweisen. Karsten Wilke untersucht die Hilfsorganisation auf Gegenseitigkeit (HIAG) der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS als „erinnerungspolitische[n] Akteur“ (S. 160). Auch das „Heldengedenken“ und die Glorifizierung eines „Endkampfes“ dienen der extremen Rechten, wie Christoph Schulze in seinem Beitrag analysiert, bei regelmäßigen Aufmärschen am Waldfriedhof in Halbe als Objekt einer neonazistischen Gedenkpolitik, in der eine ritualisierte Gegenerzählung konstruiert wird, deutsche Täter zu Helden stilisiert werden und ein Abwehrkampf gegen den Bolschewismus beschworen wird. Die alliierten Luftangriffe auf deutsche Städte und deren revisionistische Umdeutung und neonazistische Verklärung stehen im Zentrum des Aufsatzes von Martin Clemens Winter, der aufzeigt, dass das Gedenken an den Luftkrieg zahlreiche Schnittmengen mit der offiziellen bundesrepublikanischen Gedenkpolitik anbietet und bereits vor Kriegsende zur Inszenierung einer deutschen Schicksalsgemeinschaft instrumentalisiert wurde.

In den letzten Jahren sind zunehmend auch alliierte Kriegsgefangenen- und Internierungslager ins Zentrum extrem rechter Mobilisierungen gerückt. Die jährlichen Aufmärsche in Remagen und Bad Nenndorf analysiert Barbara Manthe und stellt dabei ihre unterschiedlichen Spezifika heraus. Während das Rheinwiesenlager in Remagen auf eine lange Tradition regionaler, bürgerlicher Erinnerungspolitik zurückschaut, versuchen Neonazis seit einigen Jahren das ehemalige Internierungslager in Bad Nenndorf als Erinnerungsort neu zu etablieren. Beide Mobilisierungsbemühungen verfolgen dabei den Zweck, mithilfe von „Propagandalügen ohne Rücksicht auf Plausibilität“ (S. 260) nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren. Auch mehr als 25 Jahre nach seinem Tod gilt Rudolf Heß weiterhin als „eine der bedeutendsten Figuren der extremen Rechten“ (S. 265). Maica Vierkant skizziert deshalb zunächst dessen Biographie, bevor sie die zentrale Bedeutung von Rudolf Heß als Integrationsfigur für die extreme Rechte nachzeichnet und die Wirkmächtigkeit des Mythos Rudolf Heß dekonstruiert. Im letzten Beitrag

des Sammelbandes wirft Dagmar Lieske die Frage auf, ob auch nationalsozialistische Konzentrationslager der extremen Rechten als Erinnerungsorte für ihre Geschichtsverklärung dienen. Anhand der Gedenkstätte Sachsenhausen zeigt sie exemplarisch auf, dass es durchaus provokative Aktionen, Besuche und sogar Anschläge durch Neonazis auf die Gedenkstätte gegeben hat, dennoch negiert sie ihr Potential als extrem rechter Erinnerungsort, da sie der extremen Rechten keine „Identifikationsmöglichkeit“ biete. Der Ort dient der extremen Rechten vielmehr als Folie zur Konstruktion und Aufrechterhaltung einer Gegenerzählung durch die Zurückweisung von Quellen, wissenschaftlichen Texten und Ausstellungen.

Angesichts der Bedeutung von Geschichtspolitik und der Funktion von „Erinnerungsorten“ für die extreme Rechte, müssen die Analyse ihrer Wirkmächtigkeit sowie die Dekonstruktion ihrer symbolischen Aufladung wichtige Bestandteile antifaschistischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzung darstellen. Dies ist in den vergangenen Jahren vermutlich aus Sorge vor einer versehentlichen Reproduktion geschichtsrevisionistischer Parolen leider weitgehend vermieden worden. Um die Stabilität der teilweise mehrere Jahrzehnte überdauernden Netzwerke der extremen Rechten verstehen und erfolgreich bekämpfen zu können, muss jedoch auch an der identitären Sinnstiftung geschichtspolitischer Inszenierungen angesetzt werden. Obwohl die die Auswahl der Kapitel mitunter etwas willkürlich erscheint und einige, für gewisse Spektren der extremen Rechten wichtige Aspekte (Reichsgedanke, Otto v. Bismarck) fehlen, stellt das Buch eine längst überfällige Zusammenstellung bedeutender Erinnerungsorte der extremen Rechten dar. Trotz seines wissenschaftlichen Anspruchs eignet es sich auch für interessierte Leser*innen, die mit diesem Aspekt des Rechtsextremismus nur am Rande vertraut sind und bietet einen guten Einblick in die Funktionsweise der extremen Rechten als nationales Lager.

Martin Langebach, Michael Sturm (Hg.) 2015:

Erinnerungsorte der extremen Rechten.

Springer Verlag, Wiesbaden.

ISBN: 978-3-658-00130-8.

297 Seiten. 39,99 Euro.

Zitathinweis: Philipp Grehn: Von Mythen und Symbolen. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1292>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Jetzt reicht's!



Nils Schuhmacher

"Nicht nichts machen"?

Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa

*Eine Studie, die nicht nur wissenschaftliches Fachpublikum, sondern auch Aktivist*innen interessieren dürfte.*

Rezensiert von [Yves Müller](#)

„... und daraufhin hat sich einfach nur 'ne politische Praxis gebildet, indem wir gesagt haben: O.k., [...] wir müssen jetzt was machen und es gab 'ne Demo damals und das waren so überhaupt die ersten Anfänge, in [...] antifaschistische Arbeit jetzt real einzusteigen, 'ne Demo organisieren, dann auch woanders an Demos teilnehmen, Werbung für Veranstaltungen zu machen, plakatieren, diese ganze Geschichte, Sprühereien, was weiß ich“ (S. 111).

So und ähnlich werden wohl viele Aktive in der Antifa-Bewegung ihren Einstieg beschreiben. Und weil uns selbsternannten Szene-Kenner*innen eigentlich klar ist, wieso Leute anfangen, sich politisch zu engagieren, stellt sich die Frage, ob so ein Buch nötig ist – eine wissenschaftliche Publikation, ziemlich dröge zumal –, die uns erklären will, warum Antifas das tun, was sie eben tun. Brauchen wir das? Brauchen wir nicht.

Oder doch? Wer oder was ist eigentlich die „Antifa“? Tatsächlich wissen wir nur, dass wir so viel doch nicht wissen, dass nämlich „wenig über Praxen und soziale Fundamente dieser Antifa-Politik und noch weniger über Motive und Motiviertheiten der Beteiligten bekannt ist und viele Einschätzungen empirisch nicht sonderlich belastbar sind“ (S. 14). Für die sozial- und politikwissenschaftliche Bewegungsforschung in Deutschland war die wohl wirkmächtigste linksradikale Strömung der letzten 30 Jahre bislang kein Thema, Neuland sozusagen. Während man sich mit den „68ern“, der Roten Armee Fraktion, der Entstehung der Partei Die Grünen, den Montagsdemonstrant*innen von 1989 oder der Anti-Atom-Bewegung nur allzu gern beschäftigt, ist die Antifa eher Untersuchungsobjekt von Verfassungsschutzämtern (und ihren wissenschaftlichen Ablegern) als Gegenstand seriöser wissenschaftlicher Forschung.

Das mag seine Gründe vor allem darin haben, dass Antifa-Aktivist*innen in der Regel wenig Interesse an einer Beforschung ihrer Motive und Strategien haben. Wer etwas über die Antifa-Bewegung in Erfahrung bringen möchte, musste bislang meist auf die einschlägige Szene-Literatur zurückgreifen und in die wenigen noch bestehenden Bewegungsarchive gehen. Gerade in den vergangenen Jahren sind mehrere durchaus nicht schlechte Szene-Bücher erschienen – von der Einführung über den Erlebnisbericht bis zur interviewbasierten Darstellung. Anekdotenreich sind sie ja. Aber wissenschaftliche Ansätze können sie nicht ersetzen.

Umso erfreulicher, dass der Politikwissenschaftler Nils Schuhmacher nun seine Dissertation vorgelegt hat, die unter dem sympathischen Titel „Nicht nichts machen?“ *Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa* in dem kleinen Verlag Alter Hammer aus Duisburg erschienen ist. Darin fragt der Autor, wie Antifa-Aktivist*innen ihre politische Praxis organisieren, „wie Vorstellungen, Ansprüche und Motivation zu handeln entstehen und (re)produziert werden“ und wie letztlich „Ansprüche und Praxen“ (S. 16) korrelieren, also mit der Realität abgeglichen

werden. Wieso gehen manche Jugendliche, die von rechter Gewalt betroffen sind, zur Antifa – und andere eben nicht?

Theorie...

Zunächst jedoch ebnet der Autor uns den Weg zur Antifa als ‚Untersuchungsgegenstand‘ und gibt eine knappe, aber schlüssige historische und theoretische Einführung von der Entstehung in der alten Bundesrepublik der 1980er Jahre, wobei er auch die Entstehung der Antifa in der (ehemaligen) DDR streift, über die Organisationsdebatte der 1990er Jahre bis hin zur Ausdifferenzierung der Bewegung seit den 2000er Jahren. Schließlich zeichnet Schuhmacher ein Bild der aktuellen Situation – und diese könnte tatsächlich eine ‚Krise‘ der Bewegung, wie sie ja tatsächlich immer wieder diskutiert wird, nahe legen: So sank die Zahl der Gruppen seit 2009 kontinuierlich von 295 auf nur noch 189 im Jahr 2014.

Schließlich setzt sich Schuhmacher auch mit verschiedenen Ansätzen der sozialwissenschaftlichen Partizipations- und Bewegungsforschung auseinander und nennt auch Hindernisse der Forschung. So eignen sich nur wenige Theorien und Methoden zur „Betrachtung von ‚Kleinanbieter[n] der Politik“ (S. 68), zu denen auch Antifa-Gruppen gezählt werden könnten. Infolge der „besondere[n] Verortung von Antifa-Gruppen [...] besteh[e] Bedarf an einem mehrdimensionalen Erklärungsmodell, das gleichzeitig dynamisch angelegt ist, also in Rechnung stellt, dass Motivation in Form und Inhalt um Interaktionen, Qualität der sozialen Einbindung und die Aushandlung von Identität kreist.“ (S. 69) Im Klartext: Die Antifa-Bewegung ist keine klassische Soziale Bewegung und lässt sich mit einer bloßen Übertragung der hergebrachten Theorien eben auch nicht untersuchen. Vielmehr bezieht sich Schuhmacher quasi auf einen Methoden- und Theorien-Mix und kombiniert beispielsweise die ‚Grounded Theory‘ mit anderen Ansätzen.

... und Praxis

Dieser einführende Teil mag, ebenso wie der methodische und methodologische, nicht alle interessieren, hilft aber durchaus, Fragestellungen und Arbeitsweise des Autors nachzuvollziehen. Herzstück des Buches ist aber die Auswertung der empirischen Arbeit, also der Interviews, die Schuhmacher geführt hat. Doch mit wem hat Schuhmacher da eigentlich gesprochen? Der „Feldzugang“ zu Menschen, die sich für ein Interview zur Verfügung stellen würden, war nicht ganz einfach. Mal eben Antifa-Gruppen per Email anschreiben, habe sich „als sicherste Methode für Misserfolg erwiesen“ (S. 250). Gewinnbringender hingegen war die Kontaktvermittlung durch „Gatekeeper“ (ebd.), wie Mitarbeiter*innen von Opferberatungsstellen oder Journalist*innen. Es fanden sich schließlich Interessierte, während andere „einem wissenschaftlichen Interesse an ihnen grundsätzlich ablehnend bzw. desinteressiert gegenüberstanden“ (S. 251).

Basierend auf qualitativen Interviews mit 20 (16- bis 30jährigen) Antifa-Aktivist*innen aus verschiedenen Regionen, die der Autor zwischen 2009 und 2012 führte, ging es um Fragen zu Einstiegsmotivationen und Aktivierung: „Wie entsteht in diesem zirkulären Zusammenspiel von allgemeiner Politisierung, jugendkulturell-szenischer Einbindung und damit wiederum zusammenhängender Betroffenheit von rechter Bedrohung Antifa-Engagement?“ (S. 110)

Zunächst befasst sich der Autor im empirischen Teil mit den Einstiegserzählungen, als den „Pfad der Politisierung“ (S. 105). Und diese, das überrascht wenig, könnten typischer kaum sein: Die Interviewten berichten von rechter Hegemonie, davon, dass sie „auf's Maul“ bekommen haben, vom Wegschauen oder dem Drang zur Ent-Politisierung und Verharmlosung durch die Stadtoberen, durch Lehrer*innen, Polizei und mediale Öffentlichkeit. Viele wurden durch andere Antifa-Gruppen, ältere Antifas oder die Bildungsangebote der Parteijugenden an politische Themen heran geführt, die ihnen bis dahin fremd waren. Gleichzeitig werden ältere Antifas und bestehende Gruppen zwar durchaus als Vorbilder gesehen, aber eben auch als überheblich und elitär, hermetisch und ausschließend beschrieben. Auch das klingt typisch. Überraschender ist

hingegen der Befund, dass „asymmetrische Konfliktbeziehungen“ (S. 105), also nichts weniger als die physischen Angriffe durch Neonazis, von den Interviewten unabhängig von Ort (Stadt oder Land, Osten oder Westen) und Zeit (1990er oder 2000er Jahre) beschrieben werden. Die Einstiegsmotive für junge Antifaschist*innen unterscheiden sich also in den letzten Jahrzehnten kaum und lassen sich überall wiederfinden.

Natürlich darf die Militanzfrage nicht ausgespart bleiben: Gewalt wird von den Interviewten oft als Gegenwehr und Strategie der Selbstermächtigung beschrieben. Sie ermögliche Handlungsfähigkeit, wobei Schuhmacher zwischen einer „Inszenierung der Bereitschaft von Gegenwehr“ (S. 114) und tatsächlichem Gewalthandeln unterscheidet, das viel seltener ausgeübt werde. Interne Diskurse um Gewalt und Gegengewalt werden bei den Antifas nicht immer kritisch reflektiert oder in einen übergeordneten theoretischen Kontext gestellt, wie wir dies noch von den Autonomen der 1970er Jahre kennen. Die Aushandlungsprozesse sind eben oft banaler, wie der Interviewte Julian erklärt: „Es war klar: Wir haben auf die Fresse gekriegt [...] Wir drehen das Ding um und jetzt hauen wir denen auf die Fresse. Das war Konsens. Da wurd' nicht viel drüber diskutiert.“ (S. 114)

Keine ‚Nabelschau‘, sondern Bewegungsforschung

In seiner Zusammenschau malt Schuhmacher das Bild von der Antifa-Bewegung „nicht einfach als ein heterogenes, sondern als ein fragmentiertes Feld“ (S. 236). Die Szenezugehörigkeit schaffe nicht nur Identifikation, wie dies vielleicht noch in den klassischen (alten) Sozialen Bewegungen möglich war, sondern auch „Möglichkeiten der Alterität“ (S. 237), also der (Binnen-)Abgrenzung. Derlei Befunde sind hauptsächlich deswegen interessant, weil dies vermutlich dem Selbstbild einer jeden Sozialen Bewegung widerspricht und jede ‚große Erzählung‘ unterminiert. Dabei ist diese Erkenntnis nicht Resultat innerlinker ‚Nabelschau‘, sondern Ergebnis unspektakulärer Forschung.

Einige Leerstellen weist der Band trotzdem auf: Obwohl das Gros der Befragten männlich ist beziehungsweise uns derart vorgestellt wird (etwa zwei Drittel), sich hier also die männliche Dominanz in der ‚Szene‘ einfach widerspiegelt, wird dies in dem Buch zwar schlüssig, aber nur am Rande problematisiert (S. 209ff.). So spielt die kritische Reflexion von ‚Gender‘ als Strukturkategorie – ebenso übrigens wie die Kategorie ‚race‘ – nur eine untergeordnete Rolle. Das überrascht, denn einige der Interviewten benennen durchaus (szeneinternen) Sexismus, ‚Mackerverhalten‘ und geschlechtliche Rollenzuschreibungen. Insbesondere die uns als Frauen vorgestellten Befragten weisen deutlich nicht nur auf männliches Gewalthandeln, sondern ebenso auf andere habituelle Rollenmuster hin. Weibliche Selbstbehauptungsstrategien werden hier nur knapp angerissen und nicht mit den gängigen Theorien verknüpft. Auch einen eventuell nützlichen Ost-West-Vergleich zieht der Autor nicht, wengleich er hier und da durchaus die Herkunft beziehungsweise Verortung der interviewten Protagonist*innen nennt und mitunter darauf eingeht. So werden die Antifas nicht als „Ossis“ oder „Wessis“ befragt, was gerade im Kontext durchaus divergierender Erfahrungshorizonte spannend gewesen wäre. Etwas deplatziert wirkt das letzte Kapitel, in dem Schuhmacher das ‚Design‘ seiner Arbeit erläutert.

Sicherlich ist diese wissenschaftliche Arbeit nichts für Einsteiger*innen, die etwas über *die* Antifa lesen wollen. Auch bedarf es zum Verständnis einer gewissen Übertragungsleistung. Manche Fachbegriffe müssen erst einmal nachgeschlagen werden. Aber Schuhmacher öffnet ein Feld für den wissenschaftlichen Diskurs und bietet gleichzeitig eine lesenswerte kritische Betrachtung der Antifa-Bewegung.

Nils Schuhmacher 2014:

"Nicht nichts machen"? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa.

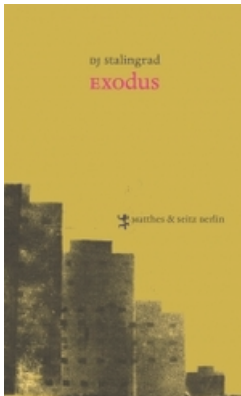
Salon Alter Hammer - Verlag für Ton und Text, Duisburg.

ISBN: 978-3940349088.

304 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Yves Müller: Jetzt reicht's! Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL:
<https://www.kritisch-lesen.de/c/1291>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

„Das Leben ist eine Pokerrunde und du hast ein totales Scheißblatt“



DJ Stalingrad
Exodus

Bruchstücke einer kaputten Jugend: DJ Stalingrads „Exodus“ ist ein brutaler Abgesang auf das postsowjetische Russland.

Rezensiert von [Stephanie Bremerich](#)

„Zähne, Hautfetzen, Blut fliegen in alle Richtungen. Ich bin ein Fünferkandidat aus der letzten Reihe, meine Klassenkameraden verachten mich, ich saufe und wichse. Ich habe eine eingefallene Brust, einen rachitischen Bauch, ich neige zu Asthma, habe ein schwaches Herz, hatte nie einen Vater, hatte nie eine Freundin. Innerhalb einer Sekunde räche ich mich an diesem Wichser für all die Jahre, für mein ganzes Leben, für all die Idioten wie mich, für die Krüppel, die Kranken, für die Kinder des Angestelltenproletariats, für alle Dummen, Infantilen, für die Versager, die einen beschissenen Wahnsinnsanteil an der Bevölkerung unseres Landes ausmachen“ (S. 14).

Willkommen in der Welt von „Exodus“, dem Debütroman von DJ Stalingrad alias Piotr Silaev. Es ist keine schöne Welt: Gewalt und Wut bestimmen den Alltag, und die Protagonisten sind Skinheads, Hooligans, Punks und Anarchisten der Moskauer Szene. Sie gehören zu einer frustrierten Generation, die sich in Hinterhöfen, auf Straßenzügen und in verdreckten Konzertkellern schlägt und durchschlägt, die alles aufs Spiel setzt, weil sie nichts zu verlieren hat:

„Wenn du arm bist oder erbärmlich, bleibt dir nur, alles auf eine Karte zu setzen. Alles, was wir all die Jahre gebracht haben, waren hohe Einsätze [...]. Das Leben ist eine Pokerrunde und du hast ein totales Scheißblatt. In dieser Situation ist es richtig, vabanque zu spielen, alles zu setzen. Es bleibt dir immer ein letzter Chip, den du bis zum Schluss nicht verlieren wirst: Dein Leben, und das setzt du wieder und wieder, und die Gegner passen und schmeißen die Karten hin. [...] Doch einmal werden sie dich beim Bluffen erwischen und umlegen. Das ist unausweichlich.“ (S. 25)

Das sind die Worte des namenlosen Protagonisten und Ich-Erzählers, Hardcore-Fan, Antifaschist, Bullen-Hasser und Ex-Straßenkämpfer, der als Mittzwanziger rückblickend seine Geschichte aufschreibt, damit die „Dämonen, [...] die sich über meinem Kopf verhakt haben [...] eine neue Form auf dem Papier finden“ (S. 6): „[I]ch erinnere, um zu vergessen“ (ebd.). Schreiben als therapeutische Maßnahme? Tatsächlich trifft es die Metapher von den Dämonen besser. Wollte man das poetische Programm hinter „Exodus“ beschreiben, so könnte man es – um im Bild zu bleiben – als eine Art literarischen Exorzismus bezeichnen. Und zwar als einen von der besonders radikalen und grausamen Sorte. Auf knapp 140 Seiten reihen sich die Gewaltausbrüche aneinander, folgt eine blutige Straßenschlacht auf die andere, löst ein schonungsloser sprachlicher Exzess den vorherigen ab. Die Geschichte, die dabei herauskommt, ist nicht linear und geschlossen, sondern genauso zertrümmert wie die Körper von Fedja, Kolja, Mischa, Serjoscha und all den

anderen, die gemeinsam mit dem Protagonisten gegen „die Bullen“ („Wir alle hassen Bullen.“, S. 41) und Neonazis kämpfen, die „so perfekt in die russische Realität passten“ (S. 118).

Dass das Ganze deutlich autobiographisch inspiriert ist, legt der Klappentext nahe, in dem von „etlichen militanten antifaschistischen Aktionen“ Silaevs die Rede ist, der Russland mehrfach verlassen musste und mit der Arbeit an „Exodus“ 2008 im griechischen Exil begann. Tatsächlich liest sich Vita des 1985 geborenen Autors ähnlich abenteuerlich wie sein Roman: Seit seiner Jugend in antifaschistischen und anarchistischen Gruppen organisiert, war Silaev in zahlreiche Straßenkämpfe gegen Neonazis und Hooligans involviert. 2010 organisierte er mit anderen Aktivist_innen eine Protestaktion gegen den Bau einer Autobahn bei Moskau, für die ein Waldgebiet abgeholzt werden sollte. Viele der Protestierenden – meist aus der antifaschistischen Szene – wurden daraufhin verhaftet. Silaev flüchtete nach Finnland, wo er politisches Asyl erhielt. Bei einem Aufenthalt in Spanien 2012 wurde er von Interpol verhaftet, nachdem es Russland gelungen war, ihn wegen „Hooliganismus“ auf die internationale Fahndungsliste zu setzen. Nach internationalen Protesten wurde Silaev wieder von der Liste gestrichen. Derzeit lebt er als Journalist in Spanien.

„Exodus“ wurde in Russland 2011 im Samisdat publiziert und liegt seit 2013 in deutscher Übersetzung vor. Das Pseudonym, das Silaev für seinen Debütroman gewählt hat, darf man programmatisch verstehen: Mit einer Rohheit, die ebenso fasziniert wie abstößt, mixt und montiert „DJ Stalingrad“ die Fragmente einer postsowjetischen Jugend voller Selbst- und Welthass. „Exodus“ ist Krieg, und das schmale Büchlein wäre unerträglich, wenn es nicht so authentisch erzählt und auf schmerzhaft poetische Weise wäre.

DJ Stalingrad 2013:

Exodus.

Verlag Matthes & Seitz, Berlin.

ISBN: 978-3-88221-071-2.

136 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Stephanie Bremerich: „Das Leben ist eine Pokerrunde und du hast ein totales Scheißblatt“. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1290>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Geschichte zum Verzweifeln



Patrick Rotman Die Seele in der Faust

Wie es gewesen sein könnte: Ein französischer Résistance-Krimi wirft Fragen über das Schreiben von Geschichte auf.

Rezensiert von [Markus Baumgartner](#)

„Die Seele in der Faust“ erzählt die Geschichte einer jüdisch-kommunistischen Résistance-Gruppe im von den Nazis besetzten Paris der Jahre 1942/43. Der erste Kriminalroman des französischen Regisseurs und Autors Patrick Rotman handelt aber auch von der Kollaboration der französischen Polizeibehörden mit dem deutschen Faschismus bei der Vernichtung des europäischen Judentums. Im Zentrum seiner mitreißend geschriebenen Geschichte steht schließlich, wie so oft im düsteren Genre des „Roman Noir“, eine politische wie persönliche Niederlage.

Rotman strukturiert seinen Roman durch zwei miteinander wechselnde Handlungsbeziehungswise Zeitebenen. Im Mittelpunkt stehen vor allem der 20-jährige Sascha Altenberg und seine Freund_innen Éva, Jules und Olga. Sie beschließen, nach der Deportation ihrer Eltern den bewaffneten Kampf gegen die Deutschen aufzunehmen. Darum wissend, dass sie als Kommunist_innen und Jüd_innen in diesen Zeiten täglich vom Tod bedroht sind, wollen sie ihren Weg weiterhin selbst bestimmen. Die permanente Gefahr, die das Leben im Untergrund mit sich bringt, müssen sie durch strikte Disziplin, Planung und Kontrolle ausgleichen.

Die Geschichte Saschas wird durch mehrere Drehbuchsequenzen sowohl erzählt wie gebrochen, denn der Regisseur Patrick Versau (in dem man ein Alter Ego von Rotman sehen kann) versucht ein halbes Jahrhundert später einen Film über die damaligen Ereignisse zu produzieren. Er ist der Erzähler des Romans. Auf dieser zweiten Handlungsebene stehen Gespräche Versaus mit überlebenden Mitgliedern der Gruppe und Saschas jüngerem Bruder im Mittelpunkt. Dazu kommt der mysteriöse Polizist Rodier, der auf die Zerschlagung der Gruppe angesetzt war, nach dem Krieg aber trotzdem als Widerständler ausgezeichnet wird. Diese Interviews dienen der Rekonstruktion und Reflexion der Ereignisse und finden ihren Niederschlag im sich im Laufe des Romans entwickelnden Drehbuch über Saschas Leben.

Der Hintergrund einer solchen Romankonstruktion ist für Rotman – und so auch für den Film-Regisseur im Roman selbst – die Frage, wie überhaupt eine Geschichte dieser jüdischen Kommunist_innen dargestellt werden kann. Denn mit Ausnahme der Hauptperson Sascha sind ein Großteil der Personen und der geschilderten Ereignisse real. Und auch über ihn schreibt Rotman, er sei „aus Teilen von zehn anderen Saschas zusammengesetzt“ (S. 190), womit selbst die fiktive Figur eine historische Wahrheit beanspruchen könnte. Dies bedeutet für Rotman, die Geschichte der Résistance-Mitglieder nicht nur als simplen Kampf der Guten gegen die Bösen darzustellen – wenngleich es auch ein solcher ist. Sondern er will „der Komplexität der Situationen, der Widersprüche der Menschen gerecht werden“ (S. 123), um ihren Kampf angemessen zu würdigen. Wie aber kann diese Komplexität sichtbar gemacht werden? Wie damit umgehen, dass die historischen Wahrheiten umkämpft sind?

In der Fiktionalisierung der Fiktion, der doppelten Struktur des Romans, findet Rotman eine Möglichkeit dafür. Das Drehbuch, das uns als Leser_innen ganz unmittelbar an Saschas Leben teilhaben lässt, ist der Versuch des Regisseurs, die unterschiedlichen Schilderungen und letztlich auch Lügen der Zeitzeugen kohärent zu machen. Wie ambitioniert ein solcher Versuch ist, wird im Laufe des Romans immer sichtbarer. Denn die Widersprüche unter den Zeitzeugen über das Leben Saschas werden immer deutlicher. Am Ende sieht sich der Erzähler Versau gezwungen, sein Filmprojekt für gescheitert zu erklären. Er hält es für unmöglich, Saschas Geschichte weder als Kitsch zu verklären noch die Hoffnung, die im Widerstandskampf seiner Organisation „Francs-tireurs et partisans – main d’œuvre immigrée“ (FTP-MOI) liegt, zu relativieren.

Die Gruppe, denen die Widerstandskämpfer um Sascha angehören, entstand aus einem Beschluss der kommunistischen Internationale, der besagte, dass die nationalen kommunistischen Parteien auch ausländische Kommunist_innen aufnehmen dürfen. In Frankreich wurden diese in nach Sprachen geordneten Untersektionen aufgenommen. An dieser Praxis änderte auch das Verbot der französischen KP 1939 nichts. Für ausländische jüdische Kommunist_innen wurde dabei eine eigene, jiddisch sprechende Untersektion eröffnet: „Die Tatsache, dass die illegale Kommunistische Partei es ganz natürlich fand jüdische Mitglieder in einer jüdischen Gruppe zusammenzufassen, sagt viel über den Nationalismus dieser Partei aus“, so Elfriede Müller im Nachwort (S. 204). Der militärische Arm der FTP-MOI entstand 1941. In Paris verfügte dieser über eine eigene jüdische Abteilung, wobei im Laufe der Zeit die sprachlichen beziehungsweise nationalen Abgrenzungen nicht mehr strikt eingehalten wurden. In dieser „jüdischen“ Abteilung wurde ein Großteil der Aktionen der Pariser MOI koordiniert, darunter die Erschießung des SS-Offiziers Julius Ritter, dem Verantwortlichen für die Zwangsarbeit von Franzosen in Deutschland.

In Frankreich ist die MOI über ein tausendfach verbreitetes Propaganda-Plakat („l’affiche rouge“) der deutschen Besatzer im Gedächtnis geblieben, auf dem zehn verhaftete und hingerichtete (ausschließlich männliche) Kämpfer der MOI porträtiert sind. Sie werden auf dem Plakat als „ausländische“ beziehungsweise „jüdische“ Terroristen“ dargestellt. So wird der (fehlgeschlagene) Versuch unternommen, die Résistance als „antifranzösisch“ darzustellen.

Für „Die Seele in der Faust“ gilt das gleiche wie auch für die anderen Bände der Reihe „Noir“, mit denen sich der Verlag Assoziation A ein Standbein für gesellschaftskritische französische „Krimiliteratur“ geschaffen hat: Es ist ein sehr lesenswerter Roman. Rotman schafft es, nicht nur ein aufregend plastisches Bild des antifaschistischen Widerstands in Paris zu erzeugen, sondern nebenbei auch Fragen nach der Darstellung und Vermittlung von Geschichte zu stellen. Zu loben ist neben dem Roman selbst aber auch das informative Nachwort der Übersetzerin und Herausgeberin Elfriede Müller über die „Literatur und Geschichtsschreibung der FTP-MOI“. Wer anschließend gleich noch mehr über den Widerstandskampf der MOI lesen will, kann übrigens zum ebenfalls im Verlag erschienenen Roman des Toulouser MOI-Mitglieds Claude Levys („Die Parias der Resistance“) greifen.

Patrick Rotman 2010:
Die Seele in der Faust.
Assoziation A, Berlin.
ISBN: 978-3-935936-89-7.
214 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Markus Baumgartner: Geschichte zum Verzweifeln. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1295>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Antifa – Ein Teil der Lösung?



Bernd Langer

Antifaschistische Aktion

Geschichte einer linksradikalen Bewegung

Ein langjähriger Aktivist der autonomen Antifa skizziert mit Hilfe von zahlreichen Fotos und zeitgenössischen Plakaten die Geschichte „der“ Antifaschistischen Aktion.

Rezensiert von [Stefanie Gengenbach](#)

„Antifa heißt...“ – ja, was eigentlich? Dieser Frage versucht Bernd Langer, selbst aktiver Antifaschist seit Ende der 1970er-Jahre, langjähriges Mitglied der *Autonomen Antifa (M)* und Mitbegründer der kulturpolitischen Initiative *Kunst und Kampf (KuK)*, in seinem neuen Buch auf 266 Seiten nachzugehen. „Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung“ ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil konzentriert sich auf die Entwicklung der kommunistischen und sozialistischen Kräfte in der Weimarer Republik, also auf die historische Antifaschistische Aktion, im zweiten Teil widmet Langer sich der antifaschistischen Bewegung in der Bundesrepublik nach 1945. Der Schwerpunkt liegt hierbei – sicherlich hauptsächlich biografisch begründet – auf der Bewegung der Autonomen in den 1980er- und 1990er-Jahren, als Antifaschismus „zur dominierenden Tendenz in der linksradikalen Szene“ (S. 13) wurde. Langer gibt hierbei äußerst subjektive, aber dennoch ausführliche Einblicke in damalige Debatten, Aktionen und zentrale Konflikte.

Die historische Antifaschistische Aktion

Die Situation der Arbeiterklasse nach Ende des Ersten Weltkrieges war desaströs. Bittere Armut, Arbeitszwang und Unterdrückung bestimmten ihr Leben. Auch die Novemberrevolution von 1918 brachte nicht die gewünschten Verbesserungen. „Der Hunger blieb und es gab keine Arbeit mehr, kein Geld, keine Perspektiven.“ (S. 15) Alle Versuche, sich zu erheben, wurden sofort vom Militär niedergeschlagen. Die Arbeiter_innen fühlten sich aufgrund ihrer nach wie vor misslichen Lage von der Sozialdemokratie zunehmend im Stich gelassen – mehr noch: verraten. Ihr Blick schweifte immer häufiger ins ferne Russland, wo Revolutionär_innen den Weg wiesen. Ihnen wurde immer deutlicher bewusst, dass sie vom Kapitalismus nichts zu erwarten hatten. 1921 hatten sie die nötige organisatorische Stärke erreicht und den Mut gefasst, einen bewaffneten Aufstand anzuzetteln. „Wie in Russland wollten sie die alte Welt aus den Angeln heben und eine klassenlose Gesellschaft errichten.“ (S. 16) Doch der Versuch scheiterte. Der Mitteldeutsche Aufstand – von der *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)* als „Märzaktion“ bezeichnet – wurde zerschlagen und stürzte die KPD in eine tiefe Krise. Im darauf folgenden Jahr beschloss der III. Weltkongress der Komintern eine neue Linie, die Einheitsfrontstrategie. Gleichzeitig kam der Begriff des „Antifaschismus“ als Abwehrkampf gegen die faschistischen italienischen Kampfbünde, die *Fasci Italiani di Combattimento*, auf. In Deutschland gab es zu dieser Zeit keine Organisation oder Partei, die sich selbst als faschistisch bezeichnet hätte. Dennoch führte die KPD schon damals den Antifaschismus als Kampfbegriff ins politische Vokabular ein. Langer nennt das polemisch. Aus damaliger Parteisicht waren alle faschistisch, die zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems beitrugen. Allen voran die SPD.

Als Reaktion auf das Erstarken der so genannten nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland gründete sich zunächst die „Eiserne Front“, welche sich zwar als „entschiedene Kraft zum Schutz der Republik“ (S. 67) darstellte, in der Realität aber vor allem auf öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellung bedacht war und nicht auf konkrete Aktionen gegen die NSDAP. Die Kommunist_innen sahen diesen Entwicklungen nicht tatenlos zu, sondern riefen für den 10. Juli 1932 zum Reichseinheitskongress auf. Das war die Geburtsstunde der „Antifaschistischen Aktion“. Ihr Emblem: die Doppelfahnen im Kreis.

Antifaschismus heißt Antikapitalismus

Die Doppelfahnen im Kreis sind, wenn auch in abgewandelter und uminterpretierter Form, noch heute das Erkennungszeichen der antifaschistischen Bewegung. Nach wie vor ist – die adornitische Antifa einmal ausgenommen – Antifaschismus eine „grundsätzlich antikapitalistische Strategie“ (S. 11). Die wichtigste Zeit für die antifaschistische Bewegung in der BRD nach 1945 waren die 1980er Jahre. Damals entstand die erste bundesweite Antifa-Koordination. Dieser Zusammenschluss bildete die Grundlage für die Entstehung der Autonomen Antifa. Die autonomen Antifaschist_innen verstanden sich als Antiimperialist_innen. So war für sie der Kampf gegen den Faschismus immer gleichbedeutend mit dem Kampf gegen das imperialistische System. Gegen Ende der 1980er Jahre wuchs die Erkenntnis, dass es nicht genug sei, „auf die eigenen Kräfte zu vertrauen“ (S. 202). Man versuchte zunehmend, andere (gesellschaftspolitische) Akteur_innen über Bündnisarbeit für sich zu gewinnen. Auch die Arbeit mit migrantischen Gruppierungen wurde vor allem in Westberlin immer wichtiger. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Antifa-Gençlik ([siehe dazu Rezension in dieser Ausgabe](#)).

In den 1990er-Jahren wurde der Antifaschismus zu einem breitenwirksamen gesellschaftlichen Thema, auch für die linksradikale Bewegung – vor allem die so genannte linke Szene – war er von immer größerer Bedeutung. Heute stellt sich vor allem die Frage, wie es mit „der“ Antifa weitergehen soll. Nach der Auflösung zahlreicher größerer Gruppen wie der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) oder auch der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin (ARAB) wählten viele die antifaschistische Bewegung in einer tiefen Krise. Das muss sie jedoch nicht sein, wenn sie sich auf ihre Tradition beruft und Antifaschismus weiterhin auch als Antikapitalismus begreift. Für Langer bleibt die Antifa nach wie vor „ein Teil der Lösung“ (S. 273).

Antifaschismus als Staatsdoktrin?

„Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung“ bietet einen hervorragenden Überblick über die spezifische Situation der Antifa in Deutschland. Leider beschäftigt sich Langer nicht mit der Antifaschistischen Aktion in der DDR, sondern stempelt den dortigen Antifaschismus pauschal als Staatsdoktrin nach Lesart der Sowjetunion ab. Im Osten habe es weder eine außerparlamentarische Bewegung noch eine Antifaschistische Aktion gegeben. Auch wenn die Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer_innen kaum Gemeinsamkeiten mit der autonomen Szene in Westdeutschland gehabt haben dürften, sollte man deren Wirken nicht unterschätzen. Sie waren mehr als „völlig von der SED abhängig“ und hatten auch nicht nur „die Funktion, den staatlich verordneten Antifaschismus zu repräsentieren“ (S. 162). Dass diese Verbände mehr waren als Marionetten der SED, zeigte sich spätestens nach der Annexion der DDR, als viele Mitglieder ihre Arbeit in neu gegründeten Gruppen fortführten. Einige gründeten den *Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener*, IVVdN, der später mit der VVN-BdA fusionierte. Außerdem existierten in der DDR unabhängige Antifagruppen, die sich zeitgleich mit der Autonomen Antifa in Westdeutschland im Schutz von Kirchen gründeten.

Langer bietet einen sehr detaillierten Blick über die Geschichte „der“ Antifa. Leider bleibt er dabei sehr deskriptiv und lässt sich nicht wirklich auf einen wissenschaftlichen Zugang zum Thema – geschweige denn den Versuch einer Faschismusanalyse – ein. Vielmehr fasst er historische Fakten

zusammen und garniert sie mit privaten Fotos und persönlichen Heldengeschichten aus der guten alten Zeit in Göttingen, als man als Antifaschist_in der Staatsmacht in Ausrüstungsfragen noch nicht so stark unterlegen war und Motorradhelme auf autonomen Demos ein Standard waren. Allgemein hätte ein bisschen mehr Kritik und ein bisschen weniger Pathos dem Buch gut getan. Lesenswert und unterhaltsam ist es dennoch geworden.

Bernd Langer 2015:

Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung. 2. Auflage.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-581-3.

280 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Stefanie Gengenbach: Antifa – Ein Teil der Lösung? Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1304>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Antifa hieß Angriff



Horst Schöppner
Antifa heißt Angriff

Militanter Antifaschismus in den 80er Jahren

Sie fackelten Autos ab und überfielen Neonazis: Ehemalige Aktive aus militanten Antifagruppen in der BRD der 80er Jahre berichten.

Rezensiert von [Florian Osuch](#)

Seit etwa anderthalb Jahren befindet sich die antifaschistische Bewegung in Deutschland in einer Krise. Mehrere bedeutsame Gruppierungen haben sich aufgelöst, bundesweite Großmobilisierungen liegen bereits länger zurück. Allerdings wird über die Zukunft antifaschistischer Politik und über Strategien debattiert. Gleichzeitig erscheinen Bücher zur Antifa-Bewegung oder der Geschichte der Antifaschistischen Aktion. Der Unrast-Verlag hat ein Buch herausgebracht, das sich mit dem militanten Antifaschismus der 1980er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. Lesenswert, denn vielfach lohnt ein Blick auf die eigene Geschichte und Entwicklungen, um Schlüsse für die gegenwärtige Politik zu ziehen. „Antifa heißt Angriff. Militanter Antifaschismus in den 80er Jahren“ ist von einem ehemaligen Aktivist unter dem Pseudonym Horst Schöppner geschrieben.

Mit dem Buch wird eine Lücke in der Literatur über die linken Bewegungen Westdeutschlands geschlossen. Bisher haben sich Autor*innen und Zeitzeug*innen vor allem mit der Studierendenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition, kommunistischen Zirkeln, wilden Streiks, Autonomen befasst, bewaffneten Gruppen wie der RAF oder der „Bewegung 2. Juni“, den frühen Jahren der Grünen, oder sie haben über die Hausbesetzer-, Frauen-, Eine-Welt- und Umweltbewegung geschrieben. Bisher fehlte es weitgehend an Literatur über Zusammenschlüsse, die etwa zwischen 1980 und 1989 militant gegen alte und neue Nazis vorgingen, die Infrastruktur der Faschisten attackierten und die Öffentlichkeit über Machenschaften von DVU, Revanchisten, NPD und Co. informierten. Das mag vor allem daran liegen, dass die Aktiven bereits damals ein hohes Maß an Geheimhaltung an den Tag legten – vor allem aufgrund befürchteter staatlicher Repressionen – und auch daran, dass sie nach Auflösung ihrer Zusammenschlüsse über Taten schwiegen. Vermutlich war Bernd Langer, langjähriger Aktivist dieser Bewegung und viele Jahre Sprecher der *Autonomen Antifa (M)* aus Göttingen und heute als Autor und Vortragender unterwegs, bisher der einzige, der seine Zeit als Militanter aufgeschrieben hat.

Antifaschismus als Mittelpunkt der Politik

Anfang der 1980er Jahre gab es insbesondere mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der DKP und dem Kommunistischen Bund (KB) Gruppierungen, die sich gegen rechts engagierten, darüber hinaus auch zahlreiche Aktive aus der SPD und den Gewerkschaften. Die militanten Antifaschist*innen unterschieden sich davon nach Auffassung des Autors, denn sie stellten einzig den Kampf gegen Nazis „in den Mittelpunkt ihrer politischen Aktivitäten“ (S. 26). Für sie war Militanz gegen Sachen und Personen alltägliches und legitimes Mittel der Auseinandersetzung.

Überhaupt sei die Entstehung militanter Antifagruppen unmittelbar mit der Geschichte der autonomen Bewegung in Westdeutschland seit etwa 1980 verbunden. Allerdings seien die Militanten Antifaschisten wegen ihres „hohen Organisationsgrades (...) unbedingt von den Autonomen abzugrenzen“ (S. 26), so Schöppner, der in den 1980er Jahren selbst Teil der beschriebenen Netzwerke war.

Bei der Entstehung militanter antifaschistischer Gruppierungen muss auf die Welle faschistischer Gewalt der Jahre 1979 bis 1981 geblickt werden. Für die autonome Bewegung in dieser Zeit waren zunächst die militanten Kämpfe gegen Atomanlagen, die Startbahn West in Frankfurt am Main und der sogenannte NATO-Doppelbeschluss bedeutsam. Vor dem Hintergrund zunehmender neonazistischer Gewalt fokussierte sich ein Teil der Autonomen auf den Kampf gegen alte und neue Nazis. Bei zwei Anschlägen sprengte der Rechtsterrorist Peter Naumann im Januar 1979 zwei Sendemasten des Südwestrundfunks nahe Koblenz sowie des WDR im Münsterland. Er wollte damit die Ausstrahlung der vierteiligen Serie „Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss“ verhindern, bis zu 400.000 Haushalte waren davon betroffen. Bei einem Bombenanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Hamburg im August 1980 starben zwei Vietnamesen. Im gleichen Monat tötete eine von Neonazis platzierte Bombe im Bahnhof von Bologna 85 Menschen. Beim Anschlag auf das Oktoberfest in München im September 1980 starben 13 Menschen, darunter auch der mutmaßliche Attentäter, 211 Menschen wurden verletzt. 1981 fand die Polizei bis zu 33 von Neonazis angelegte Erddepots mit Waffen. Die Mitgliederzahlen der Deutschen Volksunion des Verlegers Gerhard Frey stieg, und weitere Nazigruppierungen bildeten sich. Es begann auch der Aufstieg des ehemaligen Parteivorsitzenden der rechten „Republikaner“, Franz Schönhuber. 1981 veröffentlichte er mit „Ich war dabei“ eine Rechtfertigungsschrift für die Waffen-SS.

Etwa ab 1983 hatten sich autonome Gruppen zu antifaschistischen Netzwerken in Nord- und Süddeutschland zusammengeschlossen. Sie tauschten Informationen über Hintermänner und die Infrastruktur der Rechten aus und verständigten sich auf Mobilisierungen gegen Treffen von Revanchistenverbänden oder Naziparteien. In Kleingruppen überfielen sie Neonazis und Kader rechter Gruppierungen, fackelten deren Autos ab, attackierten Treffpunkte oder zerstörten Druckereien, die von Rechten betrieben wurden. Im Buch wird das als Kommandomilitanz bezeichnet. Die Aktivist*innen waren nicht zimperlich: Um an Informationen zu gelangen, wurden Neonazis bedroht, beraubt und zum Teil erheblich verletzt.

Interviews mit ehemals Beteiligten

Für das 260-seitige Buch hat der Autor mehrere Jahre in Archiven recherchiert. Aufgrund des hohen Grads an Geheimhaltung war jedoch bis auf Flugblätter und Broschüren wenig Material aufzutreiben. Gegen Bernd Langer, einer der in dem Buch zu Wort kommt, wird Ende September 2015 ein Prozess wegen Billigung von Straftaten eröffnet, zuvor hatte er die Zahlung eines Strafbefehls in Höhe von 3.000 Euro abgelehnt. Langer hatte in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland* den Brandanschlag auf eine Druckerei der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* im Jahr 1994 als „Superaktion“ bezeichnet. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass es andere ehemals Militante vorziehen, anonym zu bleiben. Einen Fundus bildeten Erklärungen, Selbstbeichtigungsschreiben und Debatten, die in der illegalisierten Zeitschrift *radikal* geführt wurden. Den Kern von „Antifa heißt Angriff“ bilden jedoch sechs Interviews mit Beteiligten, die der Autor über ihre Zeit als Militante befragt hat. Fünf Männer und eine Frau, einige davon mittlerweile pensioniert, geben ein lebendiges Bild der militanten Bewegung, über Debatten um Patriarchat und Gewalt, ideologische Differenzen oder das differenzierte Verhältnis zu den zumeist unorganisierten Autonomen. Ihre Aussagen und Berichte sowie die Ausführungen des Autors machen das Buch zu einer lesenswerten Lektüre über einen bislang wenig beachteten Teil sowohl der Geschichte der autonomen wie auch der antifaschistischen Bewegung.

Horst Schöppner 2015:

Antifa heißt Angriff. Militanter Antifaschismus in den 80er Jahren.

Unrast Verlag, München.

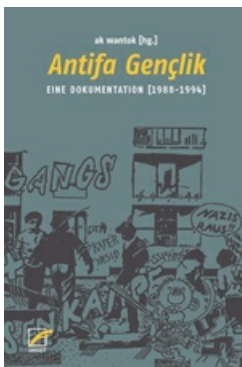
ISBN: 978-3-89771-823-4.

264 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Florian Osuch: Antifa hieß Angriff. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015.

URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1288>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Bildet Jugendbanden!



ak wantok (Hg.)

Antifa Gençlik

Eine Dokumentation (1988-1994)

Die Dokumentation über eine wichtige antifaschistische Bewegung verbindet Zeugnis mit Visionen für antifaschistische Politik.

Rezensiert von [Andrea Strübe](#)

Fünf Jahre existierte sie, die Antifasist Gençlik (AG), ein Zusammenschluss mehrheitlich migrantischer – zumeist türkischer oder kurdischer – junger AntifaschistInnen in Berlin und anderen Städten. 1989 in der damals noch geteilten Hauptstadt von Antifa-Gruppen aus Kreuzberg, Neukölln und dem Wedding zusammengeschlossen, trat die Antifa Gençlik an, auf die von Ausgrenzung und Rassismus gekennzeichnete Situation von MigrantInnen der 2. und 3. Generation aufmerksam zu machen und sich gegen den erstarkenden Nationalismus der deutschen Gesellschaft sowie gegen Angriffe deutscher Nazis und Faschisten zu stellen. Antifa Gençlik war ein längst überfälliges Projekt, das sich rasch zu einer kraftvollen Bewegung entwickelte und leider viel zu früh durch interne Streits, Probleme mit „deutschen“ Linken und institutionelle Repression zerbarst.

Der Dokumentationsband versammelt originale Artikel der Gruppe, die damals in einem Beiblatt des *Antifa Infoblattes* unter dem Titel *Antifasist Haber Bülteni* erschienen sowie Flugblätter und Interviews. Vor allem sind hier aber auch Texte veröffentlicht, die nach der Auflösung der Gruppe erstellt wurden und ausführliche Reflexionen enthalten – die wohl interessantesten Stücke des Buches. Die Kritik und Selbstkritik aus der Feder einiger Gruppenmitglieder mögen auch heute noch anregend für antifaschistische Politiken sein.

Eine Generation in der Identitätskrise

Die Lebenssituation der in Deutschland lebenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeichnete sich in den 1980ern durch mehrere Identitätskrisen aus. Während die Eltern, die in den 60ern als „GastarbeiterInnen“ gekommen waren, ihren Aufenthalt in Deutschland meist immer noch als vorübergehend begriffen, wuchs die zweite Generation zwischen den Stühlen heran. Die Elterngeneration, stark bezogen auf ihre eigene Community und deren Traditionen, organisierte sich auch politisch eher in Hinblick auf ihr Herkunftsland. Ihre Söhne und Töchter wuchsen anders auf und entwickelten andere Gewohnheiten, andere Leidenschaften, vor allem aber andere Umgangsweisen mit sozialen Problemen: „Wir fühlen uns anders als unsere Eltern: Die Stadt ist auch unsere Heimat, wir sind keine AusländerInnen, wir wollen die gleichen Rechte wie die Deutschen und dafür werden wir auch kämpfen“ (S. 97). Aus dieser Identitätskrise, dieser „Spaltung zwischen den Generationen“ (S. 13), entwickelte sich, vor allem durch das Erstarken nationalistischer und rassistischer Kräfte zur Zeit der Wiedervereinigung, bei den Jugendlichen der Drang, ihre unmittelbare Situation, die sich auf ihr Leben in Deutschland bezog zu verändern und ihren Selbstschutz in Jugendbanden zu organisieren. Vorwiegend, um sich den Nazis entgegen stellen zu können, weniger als organisierte Antifa. Dieses Vakuum erkannte eine migrantische Antifagruppe aus Kreuzberg und schloss sich mit anderen linken türkischen Gruppen zusammen

zur Antifa Gençlik. Die AktivistInnen sahen es als ihre Aufgabe, die Jugendbanden zu einen und zu politisieren. Sie sollten nicht nur den Nazi als Feind erkennen, sondern die deutsche kapitalistische Gesellschaft mit ihren Regeln und Gesetzen:

„Wir können nicht mehr zuschauen, wie sich jugendliche ImmigrantInnen in Banden gegenseitig bekriegen und kriminalisiert werden. Unsere antifaschistische Arbeit [an anderer Stelle wird von der Arbeit eines Sozialarbeiters gesprochen] sollte den Jugendlichen eine Basis bieten, auf der sich ihr Identitätsprozeß leichter vollzieht“ (S 129).

Schnell entstand eine kraftvolle militante Bewegung:

„Wir wollen die unbewußte Reaktion zu einer bewußten und organisierten Reaktion machen und haben deshalb den Schritt getan, eine Antifa-Jugendgruppe zu gründen. Wir glauben, daß sich in der BRD der Faschismus zunehmend verstärken wird. Und wir glauben aber auch, sogar sehr fest, dies verhindern zu können. Dies ist aber nur möglich in einer stabilen militanten Volksbewegung“ (S. 95).

Die Kriminalisierung durch Polizei und Verfassungsschutz ließ entsprechend nicht lange auf sich warten.

Auseinandersetzungen

In der AG wurde viel diskutiert, publiziert und auf die Straße gegangen. Schnell entwickelte sich eine Bewegung, die auch von der deutschen Linken ernst genommen wurde (wenn teils auch unter falschen Vorzeichen, wie sich später herausstellen sollte).

In ihren Texten diskutierte die AG ihre gesellschaftliche Analyse von der Situation migrantischer Jugendlicher, der Situation von Frauen und Sexismus in den eigenen Reihen, von den „Ausländergesetzen“ und den Entrechtungen, beispielsweise durch das nicht zugestandene Wahlrecht. Vor allem aber lag ein Schwerpunkt auf der Kritik der faschistischen Gesellschaft. Die Kapitalisten trieben in Zeiten der ökonomischen Krise, so heißt es, einen ideologischen Keil in die ArbeiterInnenschaft, um diese zu spalten und gegeneinander aufzubringen. Diese Spaltungslinie befände sich zwischen den „deutschen“ und den „ausländischen“ ArbeiterInnen, die nun statt gegen die Kapitalisten aufzubegehren sich gegenseitig angriffen. Das ideologische Futter werde zudem von den Faschisten gefressen und treibe sie zu Angriffen gegen die „Ausländer“. Nun mag ein solcher Faschismusbegriff den Faschismus des frühen 20. Jahrhunderts ordentlich verwässern und das Kind der Arbeiterspaltung (zum Beispiel durch Überausbeutung von MigrantInnen) nicht beim richtigen Namen nennen. Sich der Gefahr des drohenden Faschismus gegenüber zu sehen, spiegelt aber die Stimmung der früher 90er Jahre zwischen Wiedervereinigung, Nationalismusrausch und den permanenten Angriffen auf Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund wider. Wie in fast allen dokumentierten Texten ist die Forderung formuliert, die aus diesen Umständen resultiert:

„Wir müssen mit Ehrgeiz versuchen, [...] im Klassendenken den Kampf zu entwickeln. Wir müssen die revolutionäre Klassenideologie der Arbeiter und den internationalen Geist bei den Massen verbreiten, um die Zuneigung der Massen zum Nationalismus zu neutralisieren“ (S. 24).

Ein jähes Ende

Als Gerhard Kaindl, organisiert in der rechtsextremen Landesliga der Deutschen Liga für Volk und Heimat im April 1992 den Stichverletzungen erlag, die ihm bei einer Auseinandersetzung mit Jugendlichen zugeführt wurden, überzog eine Verdachts- und Repressionswelle die AG. Es erfolgten Verhöre und Festnahmen, Leute tauchten unter, wurden aus den eigenen Reihen heraus

belastet. Die AG zerbrach. Der Stachel in den Augen des Staatsschutzes war schnell gezogen, darauf hatten die Organe ja seit Beginn hin gearbeitet. Den Schrecken und die Wut darüber bekommt man vor allem in den Texten zu fassen, die nach der Auflösung '94 verfasst wurden. Hier wird zunächst dokumentiert, in welchem gesellschaftlichen Klima die AG sich fand, und was ihr Anliegen war:

„Die ImmigrantInnen sollten ihr hinnehmendes und passives Verhalten ändern und durch die AG selbstbewußter agieren, um so die deutsche „Ausländerpolitik“ zum Scheitern zu bringen. Damit würden wir den „deutschen Herren“ eine große Überraschung bereiten, aber leider ist es uns nicht gelungen“ (S. 122).

Dieses Scheitern wird schließlich durch vielerlei Gründe erklärt: Interne Konflikte wurden nicht vernünftig ausgetragen und die ersten Zersplitterungen fanden schon früh statt. Für Reflexionen gab es zu dieser Zeit keinen Platz. Außerdem wurde oft unüberlegt militant gehandelt, ohne Rücksicht auf andere involvierte Gruppen. Der Anspruch einer jugendlichen politisierten Selbstorganisation ging nach eigenen Aussagen zu oft unter und fand schlicht als „kurzsichtige 'militante' antifaschistische Arbeit“ (S. 131) statt. Warnungen, wie gefährlich diese Arbeit sein kann, wurden nicht ernst genommen und so setzten sich viele Mitglieder starken Spannungen aus. Trotz der gehaltvollen Analysen und Publikationen schien die AG im Nachhinein nicht fähig, ihre Theorie in die Praxis zu übersetzen, beziehungsweise mehr Jugendliche für diese Auseinandersetzung zu begeistern. Dafür mögen viele Probleme zu unmittelbar gewesen sein.

Ein großer Kritikpunkt geht an Teile der deutschen (antifaschistischen) Linken. Diese habe zwar die Zusammenarbeit mit der AG sehr offen begrüßt, sie aber benutzt, um sich damit selbst zu dekorieren. Schließlich mündete dies in einer dogmatischen „Wir das Hirn, ihr die Muskeln“-Haltung, in der Entscheidungen ohne Rücksicht auf AG gefällt wurden: „Es bildete sich ein Widerspruch [...] heraus, denn neben dem Willen, die ImmigrantInnen bei ihrer Selbstorganisierung und Emanzipation zu ermutigen, hatten sie zugleich auch Angst, dass diese einen 'falschen Weg' einschlagen könnten“ (S. 138). Daher das Plädoyer der AG: Die Organisation erfolgt zuerst in den migrantischen Mikrostrukturen, wo jedeR seine oder ihre Belange am besten kennt. Eine Vernetzung mit anderen, die als sehr wichtig erachtet wird, findet statt, wenn alle einer gemeinsamen Programmatik zustimmen. Und diese sieht nicht die Integration von ImmigrantInnen vor, sondern leistet emanzipatorische Arbeit für die Gesellschaft, „die es nötig hat, verändert zu werden“ (S. 140).

Das Buch hat manchmal seine Längen, da sich inhaltlich vieles wiederholt. Vor allem der zweite Teil aber wird sehr interessant, wenn es um die Selbstkritik und die Kritik an der deutschen Linken geht. Insgesamt hätte jedoch nach all der Kritik ein bisschen der Blick nach vorne gut getan. Denn dass die AG ein wichtiges Beispiel deutscher antifaschistischer Geschichte ist, an dem sich viel Gutes ablesen lässt, ist unbestreitbar. Insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit von migrantischen und nicht-migrantischen Linken lässt sich aus diesem Buch einiges mitnehmen. Schade ist es aber, dass an diese Publikation nicht genutzt wurde, um, an die AG anschließende, migrantische und internationalistische Antifa-Organisationen in der BRD zumindest grob zu benennen und heute und gestern miteinander in Beziehung zu setzen. Diese Transferleistung obliegt den LeserInnen allein.

ak wantok (Hg.) 2014:

Antifa Gençlik. Eine Dokumentation (1988-1994).

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-566-0.

164 Seiten. 13,00 Euro.

Zitathinweis: Andrea Strübe: Bildet Jugendbanden! Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015, ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1287>.
Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

„In Deutschland läuft etwas schief“



Björn Menzel, Jens Kiffmeier

OhneMacht

Zerfall der Gesellschaft – Kampf gegen Rechts

Jens Kiffmeier und Björn Menzel haben ein eindringliches Buch über Rechtsextremismus in Ostdeutschland und die blinden Flecken der demokratischen Öffentlichkeit geschrieben.

Rezensiert von [Stephanie Bremerich](#)

Mit knapp 50 Einwohner_innen ist Jamel ein kleiner, nachgerade winziger Ort in Nordwestmecklenburg. Dennoch sorgt das unscheinbare Dorf in der Gemeinde Gägelow seit 1992 regelmäßig für Aufsehen in den Medien. Damals hissten über einhundert Neonazis hier die Reichskriegsflagge, um gemeinsam den Geburtstag Adolf Hitlers zu feiern. Geändert hat sich seitdem wenig. Bei der Landtagswahl 2011 wählten in Gägelow 11,7 Prozent die NPD, und im braunen Jargon firmiert Jamel mittlerweile als ‚national befreite Zone‘. Damit ist ein Ort gemeint, der strukturell fast vollständig in der Hand Rechtsextremer ist, denen knapp zwei Drittel der örtlichen Immobilien gehören.

Über die Hälfte der Jamelner sind „entweder offen bekennende Rechtsextreme oder sympathisieren mit den Rechten“ (S. 7), schätzen Jens Kiffmeier und Björn Menzel. Die beiden Journalisten beschäftigen sich seit mehreren Jahren intensiv mit Rechtsextremismus in Deutschland. Einige ihrer Beobachtungen haben sie jetzt für eine Publikation im Schkeuditzer Verlag zusammengetragen: „OhneMacht. Zerfall der Gesellschaft. Kampf gegen Rechts“ lautet der Titel ihres Buches, und Jamel ist nur einer von vielen Orten, die die beiden studierten Politikwissenschaftler dafür besucht und anschaulich beschrieben haben: als eine verstörende Parallelwelt, die mitten in Deutschland Realität geworden ist, wo Zielscheiben für Schießübungen neben dem Spielplatz hängen und nachts Sieg-Heil-Rufe durch die Straßen schallen, während das Dorf tagsüber „einem Geisterort, voller Unrat, Müll und nationaler Symbole“ (S. 8) gleicht.

Ihr Buch wollen Kiffmeier und Menzel explizit nicht als „Sachbuch, das die Strategien der Neonazis untersucht und beleuchtet“ verstanden wissen, sondern als „ein Reportagenbuch, das den Blick für ein drängendes Problem schärfen und zum Nachdenken anregen will“ (S. 12). Dass das bitter nötig ist und „Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene kein Randproblem, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist“ (Decker u.a. 2012, S. 8), zeigen immer wieder einschlägige Untersuchungen, etwa die „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, die belegen, dass „ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild bei jedem und jeder zehnten Deutschen“ (ebd., S. 15) vorliegt und der „manifeste und organisierte Rechtsextremismus eingebunden [...] in ein breites Feld von latentem Rechtsextremismus“ (ebd.) ist.

Ortsbesichtigungen

Wie die Welt hinter diesen Zahlen aussieht, legen Kiffmeier und Menzel auf eindringliche Weise in drei Kapiteln dar, die sich gezielt den Schwerpunkten Gesellschaft, Politik und Medien widmen; ein Interview mit dem engagierten Jenaer Jugendpfarrer Lothar König bildet den Schlussteil des Buches. Neben Jamel tauchen in „OhneMacht“ weitere Ortschaften auf, die ebenfalls alle klein bis dörflich sind und ebenfalls allesamt im Osten Deutschlands liegen. Da ist zum Beispiel Koblenz, östlich von Neubrandenburg, wo die NPD bei der Landtagswahl 2011 Spitzenwerte erreichte; da ist Zahren in Mecklenburg-Vorpommern, wo Familienväter und Hausfrauen zusammen mit Rechtsextremen auf die Straße gehen, um gegen Sexualstraftäter zu demonstrieren. Oder da ist das

sachsen-anhaltinische Stresow, wo jeder vierte der 139 Dorfbewohner rechts wählt und die NPD mittlerweile nicht einmal mehr Wahlplakate aufhängen muss.

„In Deutschland läuft etwas schief“ (S. 8), lautet der Befund der Autoren, die ebenso mit Anwohner_innen und Lokalpolitiker_innen vor Ort gesprochen als auch Landtags- und Bundestagsabgeordnete besucht haben. Sie zeigen die Hilflosigkeit von Ehrenamtlichen und Bürgermeister_innen, die resigniert haben und sich aus den Dörfern zurückziehen, aber auch engagierte Menschen wie das Ehepaar Lohmeyer, das trotz toter Ratten im Briefkasten alljährlich ein Musikfestival für mehr Toleranz in der „national befreiten Zone“ veranstaltet. Auch mit „Martin“, der jahrelang Dönerbuden abgefackelt und Menschen brutal zusammengeschlagen hat, haben sie gesprochen: „Wenn Sie einmal gehört haben, wie ein Genick bricht, dann werden Sie das nicht mehr los“ (S. 41).

Strategiewechsel in der rechten Szene

Heute leidet „Martin“ nach eigenen Angaben unter Depressionen und lebt selbst gefährlich, denn die Szene, aus der er kommt, gilt als besonders „heftig“ und „sehr elitär“ (S. 41). Nach 16 Jahren Neonazismus und rechter Gewalt ist er ausgestiegen. Nur deshalb kommt auch in „OhneMacht“ zu Wort, denn Kiffmeier und Menzel lassen in ihrem Buch ganz bewusst keine Rechtsextremen selbst Position beziehen – eine Entscheidung, die an die Grundfesten der demokratischen Meinungsfreiheit und des journalistischen Arbeitsethos rührt und in deutschen Redaktionen immer wieder kontrovers diskutiert wird. Man kann das gut finden oder nicht, nachvollziehbar ist es auf jeden Fall, denn die Gefahr, als Forum für geschulte rechtsextreme Rhetorik und Propaganda missbraucht zu werden, ist groß.

Rechtsextremismus heute – auch das macht „OhneMacht“ immer wieder deutlich – bewegt sich in durchorganisierten Strukturen, manipuliert strategisch die öffentliche Meinung und unterwandert so systematisch die Gesellschaft. Das Bild vom dauerbesoffenen und pöbelnden neonazistischen Hohlkopf muss man als Klischee zu den Akten legen. Stattdessen treten laut Kiffmeier und Menzel gerade auf dem „platte[n] Land“ (S. 38), wo sich die großen Parteien fast völlig zurückgezogen haben, die „netten Neonazis von nebenan“ (ebd.) in Erscheinung. Dass Rechtsextreme ihren Einfluss in den vergangenen Jahren steigern konnten, sei dabei einem „Strategiewechsel der rechten Szene“ (S. 44) geschuldet, der sich „leise, quasi durch die Hintertür“ (ebd.) vollzogen habe: durch die Organisation von Fahrdiensten für Senioren, von Hausaufgabenbetreuungen für Kinder und Jugendliche, von Ortsfesten und Disko-Abenden sowie durch die gezielte Unterwanderung von Fußballvereinen und Feuerwehr.

Die Rolle der Medien

Das alles ist erschreckend, doch fast genauso erschreckend ist, dass es sich hierbei keineswegs um Ausnahmen, sondern gesellschaftliche Realitäten handelt, die trotz der großen Skandal-Debatten um NSU und Zwickauer Terrorzelle öffentlich kaum wahrgenommen oder diskutiert werden. Das ist der erste Grund, warum ein Buch wie „OhneMacht“ heute so wichtig ist. Der zweite ist, dass Kiffmeier und Menzel nicht dabei stehenbleiben, gesellschaftliche Missstände zu dokumentieren, sondern auch deren mediale und politische Bedingtheiten ausloten, so dass der Blick aufs Kleine stets mit der Perspektive aufs große Ganze verbunden wird. Das gelingt zugegebenermaßen nicht immer ganz stolperfrei: Bei der Auswahl und Zusammenstellung der einzelnen Reportagen konnten Redundanzen nicht durchgängig vermieden werden. Auch ist man leicht irritiert, wenn man sich mitten in der Lektüre eines Buchs über Rechtsradikalismus plötzlich über den Wolken mit Ex-Bundespräsident Christian Wulff wiederfindet, der nach einem Staatsbesuch in Prag während des Landeanflugs auf Berlin noch schnell bei den mitreisenden Journalisten vorbeischaute. Im Gesamtkonzept des Bandes ergeben solche Exkurse aber durchaus Sinn. Denn, und das ist der dritte und letzte Grund, der „OhneMacht“ so lesenswert macht, Kiffmeier und Menzel haben nicht nur ein gesellschaftskritisches, sondern auch ein medienkritisches Anliegen – zwei Aspekte, die für

die Autoren unmittelbar zusammenhängen und argumentativ immer wieder eingeführt werden. Den Balanceakt von Nähe und Distanz zwischen Politikern und Journalisten stellen sie dabei ebenso kritisch zur Disposition wie die oftmals prekären Arbeitsbedingungen in heutigen Redaktionen, in denen die Ressourcen für tiefergehende Recherche und unabhängige Berichterstattung allzu oft fehlen, so dass sich die vorgebliche ‚vierte Macht‘ de facto zunehmend auf „die Rolle eines Hofberichterstatters“ (S. 130) beschränkt.

Mit knapp 150 Seiten mag „OhneMacht“ ein vergleichsweise schmales Buch sein. Dem hohen Informationswert, aus dem ein beachtlicher Rechercheaufwand spricht, steht das jedoch keineswegs entgegen. Kiffmeier und Menzel bemühen weder ein übertriebenes Pathos noch heben sie oberlehrerhaft den Zeigefinger. Stattdessen nehmen sie die Textsorte ‚Reportage‘ – mithin die „Königsdisziplin des Journalismus“ (Neuberger; Kapern, 2013 S. 50) – ernst und bereiten Daten und Fakten spannend, unprätentiös und prägnant auf. Man kann, und das ist alles andere als negativ gemeint, „OhneMacht“ an einem Nachmittag „einfach so herunter lesen“. Die große Stärke des kleinen Buches liegt aber darin, dass man es nach der Lektüre keineswegs „einfach so“ zur Seite legt. Denn was in „OhneMacht“ letztlich auf dem Prüfstand steht, ist die Demokratie selbst bzw. ihrer Tragfähigkeit als System – „ein System, das wir für das beste der Welt halten“ (S. 12), wie die Autoren klarstellen, auch wenn es ihnen mittlerweile so erscheint, „dass man das noch einmal extra betonen muss“ (ebd.).

Zusätzlich verwendete Literatur

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Dietz Verlag, Bonn. Online abrufbar als pdf [hier](#).

Neuberger, Christoph, Kapern, Peter (2013): Die Grundlagen des Journalismus. Springer VS, Wiesbaden.

Björn Menzel, Jens Kiffmeier 2013:

OhneMacht. Zerfall der Gesellschaft – Kampf gegen Rechts.

Schkeuditzer Buchverlag, Leipzig.

ISBN: 978-3-943931-02-0.

148 Seiten. 12,90 Euro.

Zitathinweis: Stephanie Bremerich: „In Deutschland läuft etwas schief“. Erschienen in: Radikale Soziale Arbeit?. 33/ 2014, Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1220>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Killing Antifaschismus softly

Susann Witt-Stahl &
Michael Sommer (Hrsg.)
»Antifa heißt
Luftangriff!«
Regimekritik
und Klassenbewegung

Susann Witt-Stahl, Michael Sommer (Hg.)

„Antifa heißt Luftangriff!“

Im Sammelband werden aktuelle Entwicklungen eines Antifaschismus analysiert, der sich Susann Witt-Stahl und Michael Sommer zufolge zwar revolutionär gebe, doch zunehmend systemfromm und affirmativ sei.

Rezensiert von [Christin Bernhold](#)

Am 1. Mai 2014 wurde in Hamburg am Rande einer Demonstration ein Transparent mit der Aufschrift „Gegen jeden Antisemitismus“ ausgebreitet. Die Parole drückt ein genuin linkes Ansinnen aus – vorausgesetzt, sie richtet sich gegen Antisemiten. Wird sie gegen linke Politik gerichtet, verkommt sie zum Herrschaftsinstrument. So geschehen am Kampftag der internationalen ArbeiterInnenbewegung in der Hansestadt: Adressatin der besagten Transparent-Aktion war nicht etwa eine Nazikundgebung, sondern die alljährlich von antikapitalistischen und antifaschistischen Kräften organisierte Demonstration zum „revolutionären 1. Mai“.

Was hat dieses Szenario mit einem Buch über Antifaschismus zu tun? Eine Menge. Vor allem ist es ein Exempel für den bedenklichen Zustand der antifaschistischen Bewegung, der in dem Sammelband „Antifa heißt Luftangriff!“ behandelt wird. In jener haben sich nach der Diagnose der HerausgeberInnen Susann Witt-Stahl und Michael Sommer Kräfte in den Vordergrund gedrängt, „die ein weitaus dringlicheres Bedürfnis verspüren, die Proletarier zu bekämpfen, als die ‚Arier‘“ (S. 10).

Eine wesentliche Aufgabe von revolutionären AntifaschistInnen, die diese zugleich von bürgerlichen Nazigegnern unterscheidet, wolle heute kaum noch jemand übernehmen: das Aufdecken der „soziale[n] Substanz des Faschismus“ und dessen Funktion, „die Klasse der abhängig Arbeitenden stumm zu machen“ (Reinhard Kühnl) (S. 9). AntifaschistInnen seien im Zuge der neoliberalen Restauration der Klassenherrschaft zuhauf geläutert und neutralisiert worden – oder haben sich selbst geläutert und propagierten derweil „nichts anderes als Fortsetzung der Totalitarismustheorie mit anderen Mitteln“ (ebd.). Witt-Stahl und Sommer stellen fest, dass „diejenigen, deren historische Aufgabe es ist“, die Wahrheit über die soziale Funktion des Faschismus aufzudecken, mehrheitlich „genau das Gegenteil tun und die Auslöschung dieser Wahrheit aktiv vorantreiben“ (ebd.). Der politische und theoretische Zustand der deutschen „Antifa“ sei erdrückend – so erdrückend, dass Überlegungen zu einer sinnvollen antifaschistischen Politik eine eindringliche Kritik am Status quo erforderten. Mit dem Sammelband wird deshalb richtigerweise eine Debatte darüber angestoßen, „was Antifaschismus nicht sein darf“ (S. 13). Es geht den VerfasserInnen mit ihrer Bestandsaufnahme also nicht darum, zum Verlassen des sinkenden Schiffes aufzurufen, sondern im Gegenteil aufzuzeigen, womit der Weg zu dessen Instandsetzung verstellt ist.

Neoliberalismus, Antikollektivismus und die Antifa

Witt-Stahl zeigt in ihrem Beitrag „Auf dem Weg zur Knechtschaft“ zweierlei auf. Zum einen weist sie nach, dass und wie die Vordenker des Neoliberalismus, etwa Friedrich August von Hayek oder Walter Lippmann, sich schon immer für die eigentlichen Väter des Antifaschismus ausgegeben

haben. Beide erklärten totalitarismustheoretisch, dass nur der freie Markt eine Garantie gegen den Faschismus bieten könne, dessen eigentliche Wurzel im Sozialismus liege. „Kommunismus und Faschismus gleichen sich nicht nur in der Regierungsform, sie stimmen in ihren Bestrebungen und Zielen überein“ (S. 20), zitiert die Autorin Lippmann. Zum anderen zeigt Witt-Stahl mit zahlreichen Beispielen auf, dass die Antifa 2.0 – wie sich die post-1990-Antifa häufig selbst nennt – Teile der ideologischen Matrix des Neoliberalismus mit Kuschhand in ihre eigene übernommen hat.

Als paradigmatisch dafür arbeitet die Autorin eine von jedem konkreten Inhalt abstrahierende Haltung gegenüber „Kollektivismus“ heraus. Sie zeigt auf, wie „Kollektive“ heute unter Generalverdacht stehen, aus offenen oder verkappten Nazis zu bestehen – unabhängig davon, ob sich Menschen zusammentun, um die Herrschaft des Menschen über den Menschen im Sinne einer Solidargemeinschaft aufzuheben oder ob es sich um völkische Truppen handelt. Teil der neuen Antifa-Ideologie sei auch die (offene oder latente) Unterstellung grundsätzlicher Gemeinsamkeiten zwischen Sozialismus und Faschismus. Ein großer Teil der Szene verbringe in der Konsequenz weitaus mehr Zeit damit, sich gegen Linke zu positionieren und deren Theorie und Praxis zugrunde zu richten, als Klassenkampf gegen die Herrschenden in Politik und Wirtschaft zu führen.

Personifizierte, strukturell antisemitische Kapitalismuskritik

Hayek und die Antifa 2.0 haben damit gemein, den Antifaschismus nicht nur neutralisiert, sondern auch gegen revolutionäre Antifaschisten gerichtet zu haben. Marxistische Faschismustheorie sei ersetzt worden durch den (mit Marxschen Begrifflichkeiten ausgestaffierten) Vorwurf der verkürzten, personifizierten oder strukturell antisemitischen Kapitalismuskritik, gerichtet gegen diverse soziale Protestbewegungen.

In einem der wichtigsten Beiträge des Buches, „Falsch aber wirkungsvoll“, tranchiert Michael Sommer den Text „Antisemitismus und Nationalsozialismus“ von Moishe Postone, der die entsprechende Marxinterpretation zu diesem Vorwurf liefert und derweil den Status eines Manifests erlangt hat. Sommer erläutert, wie mittels einer Fehlinterpretation Marxscher Theorie „Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals (Marx) mit dem in der Vernichtung der europäischen Juden gipfelnden Antisemitismus in eins gesetzt“ (S. 88) und so im Endeffekt das personifizierte Kapital vor jedem Protest geschützt wird. Postone destruiere die Erkenntnis von Marx, dass der Kapitalismus nicht nur Struktur, sondern auch Praxis, Herrschaft des Menschen über den Menschen sei und dass, wie Adorno schrieb, „die herrschende Klasse [...] nicht nur vom System beherrscht [wird], sie herrscht durchs System und beherrscht es schließlich selber“ (S. 43). Was Moshe Zuckermann in einem Gespräch mit Witt-Stahl am Ende des Buches an der Ausplünderung Adornos und seiner Nutzbarmachung für die Bourgeoisie kritisiert, gilt auch für die von Sommer kritisierten Marx-RezipientInnen, die mit Marx gegen den Klassenkampf von unten vorgehen: „Die schlechtesten Leser sind die, welche wie plündernde Soldaten verfahren: sie nehmen sich einiges, was sie brauchen können, heraus, beschmutzen und verwirren das übrige und lästern auf das Ganze“ (S. 189).

Schöner leben – ohne schlechtes Gewissen

Gescheiterte Linke, so erklärt sich Sommer die Attraktivität dieses Vorgehens, haben damit die Möglichkeit, „gesichtswahrend“ antifaschistische Kritiker zu sein, „ohne in Konflikt mit den gesellschaftlich Mächtigen zu geraten, ja mehr noch: indem man an ihrer Seite steht“ (S. 90). Ganz ähnlich bringt es Zuckermann auf den Punkt: „Es handelt sich um authentische Träger des gegenwärtigen Zeitgeistes, die aber feige genug sind, nicht zuzugeben, dass sie in erster Linie das sind“ (S. 185). Was Zuckermann auf den Umgang mit Adornos Thesen bezieht, ist auch für den Antifaschismus zutreffend: Man trennt sich nicht in einem Ruck, das linke gute Gewissen soll bleiben. „They are killing him softly, weil sie seine ungebrochene Relevanz nicht ertragen können“ (S. 188).

Auch Matthias Rude befasst sich in seinem Text „Nie wieder Faschismus“ – immer wieder Krieg“ mit AntifaschistInnen, die unverrückbar an der Seite der Mächtigen stehen. Er zeichnet historisch nach, wie imperialistische Kriege zunehmend von linken Kräften zu antifaschistischen Kriegen des zivilisierten Westens verklärt wurden. Einerseits müsse für dieses Kunststück der Holocaust zur ideologischen Instrumentalisierung erhalten. Andererseits sei antimuslimischer Rassismus in den argumentativen Kanon vieler Antifaschisten integriert worden.

„Umma-Sozialisten‘ (Islamisten) und Antiimperialisten sind für sie die Nazis von heute. Daher verlaufe die Grenze nicht mehr zwischen rechts und links, oben und unten, sondern zwischen ‚zivilisiertem Westen‘ und ‚barbarischem Islam‘“ (S. 116).

Faschismus ist keine Meinung...

...jedoch auch nicht irgendein Verbrechen, sondern eine Form bürgerlicher Herrschaft. Dass die politisch-ökonomischen Bedingungen des Faschismus heutzutage kaum mehr jemanden interessierten, kritisiert Jürgen Lloyd in „Faschismus fängt schon in der Küche an“. In der Konsequenz erschöpfe sich Antifaschismus für ein Gros der Bewegung darin, ein NPD-Verbot zu fordern und auf Demos gegen Nazis zu gehen – die Losung für Bündnisarbeit laute: Hauptsache breit! Zwar treffe es mit Bündnisaktivitäten gegen Naziaufmärsche keineswegs die Falschen, so Lloyd – aber wenn sie sich darin erschöpfen seien sie eben auch nicht mehr als ein Kampf gegen Windmühlen, weil sie nicht an die politisch-ökonomischen Wurzeln des Faschismus gingen.

Lloyds Analyse zufolge sei die Gefahr des Faschismus dann akut, wenn das Monopolkapital im Kampf um Interessen und Bewusstsein nicht mehr dazu in der Lage sei, andere nicht-proletarische Schichten davon zu überzeugen, auf seiner Seite Klassenkampf zu führen. Die „freiwillige“ Integration sei aber stets die bevorzugte Option des Kapitals, denn „der ‚freiwillig‘ sich den inhaltlichen Herrschaftsprinzipien des Monopolkapitals unterwerfende Mensch lässt sich nicht nur sicherer beherrschen, er ist auch besser geeignet, diese Prinzipien umzusetzen, als ein gezwungener Sklave“ (S. 126). Wache Augen, die ihren Gegnern und dessen Interessen erkennen sowie auf Bedingungen schauen, unter denen Faschisierung heute wieder zu einer Gefahr werden könnte, vermisst Lloyd zu Recht. Denn der antifaschistische Kampf kann sich „nicht von dem Kampf gegen diese Herrschaftsinteressen selber lösen [...] ohne zum Schattenboxen zu werden“ (S. 127).

Was tun?

Eine antifaschistische Linke müsste folglich, will sie nicht gegen Schatten boxen oder gar zum Teil des Problems werden, das Kernanliegen haben, die Ursachen für- sowie die Herrschaftsinteressen an Krise und Krieg, Armut und Hunger schonungslos offenzulegen.

Sie müsste sich, so Eberhardt Schultz, allenfalls endlich für Ursache und Wirkung des „Aufbau[s] des autoritären Sicherheitsstaates im 21. Jahrhundert“ interessieren, den der Autor des gleichnamigen Textes als Warnsignal eines „freundlichen Faschismus“ (S. 139) versteht und für weitaus gefährlicher hält als (Neo-)Nazis. Friendly fascism könne auch wieder unfriendly werden. In einem Staat, der womöglich zum „Prototyp des modernen Faschismus“ werde, „wäre eine Antifa, die sich auf ein NPD-Verbot und den Kampf gegen den überkommenen Rassismus von Neonazis beschränkt, bestenfalls eine ‚nützliche Idiotin‘“ (S. 153).

Die Linke müsste sich ferner dazu in die Lage versetzen, das fordert Wolf Wetzel in „Die Angst des Antifaschismus vor seiner eigenen Idee“, aus der eigenen Sprach- und Hilflosigkeit herauszutreten, „wenn es um die politische Einordnung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) und die Rolle der staatlichen Behörden bei seinem Entstehen, Ausrüsten und Gewährenlassen geht“ (S. 167). Anstatt einesteils Islamismus und Faschismus kurzzuschließen, um sich daraufhin blindlinks mit den westlich imperialistischen Mächten zu alliieren, und andernteils angesichts der Verstrickung von Staat und NSU in eine Schockstarre zu verfallen beziehungsweise die

„Staatsantifa“ (S. 171) um Hilfe anzubetteln, müssten Linke ihre „oppositionslose Darbietung“ (S. 175) aufgeben und dafür sorgen, dass „andere abtauchen“ müssen „und nicht wir“ (S. 180).

Das gehe freilich nur, wenn man sich nicht mit denjenigen in einem Boot wähne, die ein Interesse an eben jener Schockstarre haben, wie Maciej Zurowski herausstellt. Schlechte Aussichten attestiert Zurowski einer antifaschistischen „Volksfront“ gegen Nazis, in der „Kritik an der Bourgeoisie [...] zugunsten einer kritiklosen Allianz unter den Tisch fallen gelassen“ werde, „selbst wenn die Bourgeoisie sich nur symbolisch an ihr beteiligt“ (S. 157). „Dadurch, dass sie ein Symptom zum permanenten Hauptfeind erhebt, verharmlost sie implizit die Ursache“ (S. 162). Was stattdessen zu tun sei, liegt damit eigentlich auf der Hand: „die diversen Fäulniserscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft im Rahmen einer umfassenden Strategie [...] behandeln, die letztlich auf eine komplette gesellschaftliche Umwälzung hinausläuft“ (S. 162).

Eine überfällige Debatte

„Antifa heißt Luftangriff!“ stößt eine überfällige Debatte darüber an, warum man in Antifa-Flugblättern zunehmend antilinke „Kritik“ und neoliberale Ideologie made by Hayek bekommt statt Luxemburg, Lenin, Brecht oder Harvey, oder warum antifaschistische Strategie etwas anderes sein muss, als gemeinsam mit der SPD gegen Nazis zu sein. Lesenswert ist der Sammelband allein deshalb, weil die AutorInnen es vermögen, ihre Diagnosen in einem Wechselspiel aus bitterem Ernst und herrlicher (Real)Satire vorzutragen. Vor allem aber zeigen sie nicht nur den bedrückenden Zustand der antifaschistischen Bewegung in der BRD auf und argumentieren aus unterschiedlichen – teilweise divergierenden theoretischen und politischen – Richtungen, dass ein „weiter so“ fatal wäre. Sie zeigen auch anhand konkreter Beispiele (unter anderem, dass die BRD in der Ukraine Faschisten zur Macht verhelfen kann, ohne mit nennenswerten Protesten rechnen zu müssen), welche verheerenden Konsequenzen eine solche Degeneration des Antifaschismus zeitigen: das Ausbleiben jeglicher Opposition.

Viele Fragen, die bei der Lektüre in den Sinn kommen, bleiben im Rahmen dieses Bandes zwangsläufig unbeantwortet. Lloyd stellt zum Beispiel richtig heraus, dass Faschismus nicht in der Abstraktion von seinen ökonomischen Ursachen begriffen werden kann. Es bedürfte jedoch einer Diskussion innerhalb der revolutionären marxistischen Linken, ob zum Beispiel die Leninsche These des Monopolkapitalismus der richtige Ausgangspunkt für eine Theorie des Faschismus ist. Denn zu Fragen wäre, ob nicht die von Marx getroffene Feststellung nach wie vor gilt, nach der das Kapitalverhältnis widersprüchliche Tendenzen zu Monopolbildung und Monopolverlust gleichzeitig produziert. Daran wiederum schließt sich die Frage an, ob es immer eine wirkungsvolle Strategie ist, nicht-monopolistische Kapitalfraktionen für ein antifaschistisches Interesse gewinnen zu wollen.

Fruchtbar können derlei Debatten allein unter dem Vorzeichen der Wiederherstellung einer revolutionären antifaschistischen Bewegung geführt werden. Die Bedingungen dafür sind jedoch nicht gerade rosig. Einige wesentliche Hindernisse haben Witt-Stahl und Sommer zusammengetragen. Diese Hindernisse als solche anzuerkennen und daraus theoretische und politische Konsequenzen zu ziehen – das wäre schon mal ein Anfang um sich aus einer Situation herauszuarbeiten, in der Faschisten, „solange diese ‚westeingebunden‘ sind“ (S. 201), von einem großen Teil der AntifaschistInnen hierzulande nichts mehr zu befürchten haben.

Susann Witt-Stahl, Michael Sommer (Hg.) 2014:

„Antifa heißt Luftangriff!“

Laika, Hamburg.

ISBN: 978-3-944233-13-0.

216 Seiten. 21,00 Euro.

Zitathinweis: Christin Bernhold: Killing Antifaschismus softly. Erschienen in: Radikale Soziale Arbeit?. 33/ 2014, Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1225>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

War Sorel für die Heraufkunft des Faschismus wirklich maßgebend?



Zeev Sternhell
Die Entstehung der faschistischen Ideologie
Von Sorel zu Mussolini

Sternhell beweist richtig, dass Mussolini mit Sorel den Abscheu vor dem linken Parlamentarismus teilte. Er vernachlässigt aber Mussolinis Parteinahme für den Imperialismus von Anfang an.

Rezensiert von [Fritz Güde](#)

1999 kam in deutscher Übersetzung ein Buch heraus, das einiges Aufsehen erregte. Zeev Sternhell unternahm in *Die Entstehung der faschistischen Ideologie* den Versuch, den italienischen Faschismus unmittelbar aus dem Einfluss Sorels und seiner Nachfolger abzuleiten. Die zugrundeliegende Erstfassung war schon 1989 auf Französisch herausgekommen. Sorel, so Sternhell, ging aus von einer scharfen Ablehnung des gesamten parlamentarischen Sozialismus. Dieser würde, ließe man ihn gewähren, die Grenzen gegenüber dem Proletariat so verhüllen, dass am Ende keinerlei Kampfgeist mehr übrigbleibe. Klassenkampf bei nicht mehr sichtbarer Gegnerschaft: unmöglich! Daher die Lobpreisung der „Gewalt“ - die damals noch einen präzisen Begriffsinhalt hatte. Sorel unterschied den politischen Generalstreik und den proletarischen - beide diejenigen Formen des Angriffs auf das verbürgerlichte Sozialistentum im Parlament, die im Prinzip ohne das Blutvergießen der uns bekannten Revolutionen auskommen sollen. Den politischen Generalstreik, den bei uns Lafontaine immer wieder fordert und verehrt, verabscheute der französische Denker. Nach dem Erfolg eines solchen säßen doch immer wieder die gleichen Bonzen oben wie vorher auch. Dagegen sollte der proletarische Generalstreik wirklichen Umsturz herbeiführen. Kurz gesagt: Der Klasse der Bourgeoisie sollte der Angriff der Proletarier gelten, nicht aber ihrer Wirtschaftsweise. Dieser schrieb Sorel höchste Wirksamkeit zu und damit die Kraft, einen Reichtum zu schaffen, den das siegreiche Proletariat sich am Ende aneignen könne.

Diese beiden Eckpunkte der Lehre hat Mussolini zweifellos von Sorel übernommen, wie er auch ausdrücklich bezeugt. Reicht das aber aus, die Gesamterscheinung des italienischen Faschismus ausreichend zu erklären?

Einige Einwände

1. Zunächst, was Sternhell auch offen zugibt, kann die Herleitung faschistischen Denkens aus Sorel nur und ausschließlich für Italien und Frankreich gelten. In Deutschland wurde Sorels „Über die Gewalt“ erst 1926 vollständig übersetzt, wenn Carl Schmidt und Walter Benjamin sich auch schon vorher darauf bezogen. Von einem Einfluss auf breitere Lesermassen kann keine Rede sein. Ebenso wenig von deutschen Faschisten, die zu Beginn ihrer politischen Karriere - wie Mussolini selbst und einige der Mitgründer des Fascio - ursprünglich Mitglieder sozialistischer Organisationen gewesen wären. Folgt man Sternhell konsequent, hätten Begriffe wie „Antifa“ und „antifaschistischer Kampf“ weltweit ihren Sinn verloren. Es gäbe dann in verschiedenen Ländern verschiedene Einzelausprägungen mehr oder weniger diktatorischer Herrschaft, die jeweils einzeln zu bekämpfen wären. Das widerspräche allen Theorien seit Zetkin und Thalheimer, die samt und sonders Faschismus als gesetzmäßig auftretende Erscheinung in sämtlichen kapitalistischen

Ländern ansahen. Was zu einer Widerlegung Sternhells natürlich nicht ausreicht.

2. Bei Sternhell erkennt Mussolini im Ersten Weltkrieg, dass das Proletariat für sich allein zu schwach ist, um den Krieg abzuwehren. Geschweige denn, um im Abwehrkampf zu siegen. Nach Sternhell hätte er in dieser Lage vor allem darauf achten müssen, den Gegensatz von Proletariat und anderen Schichten abgrenzend zu schärfen. Was die parlamentarische Linke angeht, tut er das auch. Nur die Hilfstruppen, auf die er sich dann außerparlamentarisch stützt, sind einmal kriegsentsessene Soldaten ohne berufliche Aussichten. Insbesondere die „Arditi“, ehemalige Stoßtruppanhänger, denen sich ehemalige Deserteure und sonstige Deklassierte anschließen. Mit Recht nennt der deutsche Prä-Faschist Stein die Gruppe - um sich im Vaterland verständlich zu machen - Baltikumer. Mit diesen Hilfstruppen geht Mussolini zunächst gegen Fabrikbesetzer vor, dann in ganzen Gemeinden gegen sozialistische Gewerkschaftsführer, auch Bürgermeister, Parteiangehörige. Das heißt, er wendet sich offen und brutal gegen Streiks - ob politisch oder proletarisch - mit roher und blutiger Gewalt. Die Prügel und die Rizinusflaschen dieses Kampfes sind sprichwörtlich bekannt geworden. An dieser Stelle ist selbst der nominelle Bezug auf die Arbeiterklasse aufgegeben worden. Damit auch Sorels begrifflicher Ausgangspunkt.

3. Mussolini in seinem „Krieg“ im Innern unterstützt zwar zunächst eigenständige Grundbesitzer und Fabrikunternehmer, das Groß-Kapital - die *Monopole* der marxistischen Faschismustheorie - folgen erst etwas später, als Mussolini seine Truppen zusammen hat. Trotzdem bleibt die Ausrichtung auf einen imperialistischen Vorstoß Italiens eine der ersten Wendungen Mussolinis nach der Abkehr vom Sozialismus. Er drängt ab 1914 auf Teilnahme am europäischen Kampf. Kaum war Italien 1915 in den Krieg eingetreten, schreibt Lenin in *Der Kommunist* über „Imperialismus und Sozialismus in Italien“:

„Die Frage ist kategorisch gestellt, und man kann nicht umhin, anzuerkennen, dass der europäische Krieg der Menschheit einen ungeheuren Nutzen gebracht hat, indem er viele Millionen Menschen vor die Frage gestellt hat: entweder mit dem Gewehr oder der Feder, direkt oder indirekt, in irgendeiner Form, die souveränen und überhaupt nationalen Interessen oder Forderungen oder Ansprüche der einheimischen Bourgeoisie verteidigen, und dann heißt es ihr Anhänger und Lakai zu sein;

Oder:

*Jeglichen und insbesondere den bewaffneten Kampf um die Privilegien ausnutzen zur Entlarvung und zum Sturz jeder und vor allem der eigenen Regierung mit Hilfe revolutionärer Aktionen des international-solidarischen Proletariats. Eine Mitte gibt es dabei nicht, oder mit anderen Worten: der Versuch, dabei eine mittlere Stellung einzunehmen, bedeutet in Wirklichkeit den verkappten Übergang auf Seiten der imperialistischen Bourgeoisie“ (überliefert in der Sammelschrift *Gegen den Strom* S. 268f)*

Mussolini wird an dieser Stelle nicht namentlich erwähnt, aber es ist klar, dass er – mitgedacht - hier schon recht genau charakterisiert wird. Von diesem gesamteuropäischen Gesichtspunkt aus bildet Mussolinis Drängen zum Kriegseintritt nur eine Besonderheit innerhalb all der Parteien, die Lenin im Auge hat - vor allem der ursprünglich sozialistischen - zum Imperialismus.

4. Sternhell betreibt einen ungeheuren Aufwand, um nachzuweisen, welchen Einfluss Sorel auf italienische Journalisten und Gelehrte ausübte. Nur entsteht darüber oft der Eindruck, Bücher erzeugten Bücher - und diese bei Gelegenheit (aber mehr zwischendurch) auch Handlungen. Es fehlt an der Gewichtung der herangezogenen Autoren. So wird als einer der Gefolgsleute Sorels auch ein Professor Achille Loria herangezogen. Er verbreitet sich über die Unangreifbarkeit der kapitalistisch organisierten Wirtschaft. Dabei handelt es sich um den Loria, den Gramsci in seinen Gefängnisheften zum Ahnherrn des Lorianismus erhoben hat, einer vollkommen blutleeren Gelehrtenprosa ohne jeden Anwendungswert. Gramsci konnte offenbar damit rechnen, dass dieser

Name auch außerhalb seiner Zelle großes Gähnen hervorrief. Wenn das aber so ist, wie sollte gerade ein solcher Loria Einfluss auf das Anschwellen des Faschismus bekommen, unter einer Menge junger Leute, von denen sicher nicht wenige viel lieber hauten als dass sie sich lesend erbauten.

5. Sternhell zeigt, wie Sorel mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs den Krieg selbst zur revolutionären Potenz erklärt. Unbestreitbar, dass Mussolini sich von daher ermutigt fühlte, diese Position für Italien zu übernehmen. Nietzsche musste dafür herhalten, ein heroisches Leben zu verherrlichen. Ganz klassenunabhängig - oder über den Begriff ganzer „proletarischer Nationen“ in perverser Umstülpung einer Idee vom Klassenkampf innerhalb einer bestehenden Nation. Dass man zu dieser Wendung ganz ohne Sorel kommen konnte, zeigen aber deutsche Stimmen aus dem Ersten Weltkrieg. Ein Professor Zimmermann brachte gleich 1916 eine Broschüre heraus, in der breite Zustimmung innerhalb der Arbeiterschaft zum deutschen Krieg gesammelt wurde. Mögen auch viele in den folgenden Jahren des Schützengrabens zu tieferer Erkenntnis gekommen sein, die Anknüpfung an die Kriegsbegeisterung von 1815 und 1870 führte zu ganz ähnlichen Zusammenschluss-Phantasien über alle Klassen hinweg wie in Italien. Erschreckend und offenbar „nachhaltig“ die Äußerungen eines Konrad Haenisch von 1916. Dieser war innerhalb der SPD bis 1914 Anhänger Rosa Luxemburgs und Liebknechts gewesen, schwenkte aber mit Kriegsbeginn zur Verherrlichung des *Kriegs an sich* über:

„Das zweite Gesicht des Kriegs (neben dem erschreckenden) weist aus der grässlichen Gegenwart in eine bessere Zukunft; es zeigt uns den Krieg als einen gewaltigen Revolutionär wider Willen, als einen machtvollen Hebel des sozialistischen Fortschritts, als die ungeheure Lokomotive der Weltgeschichte“ (Haenisch 1916, S. 880)

Der sogenannte Kriegssozialismus sollte also - ganz ohne Klassenkampf im Innern - die Notwendigkeit des „organisierten Wirtschaftens“ durchsetzen. Haenisch wurde später wieder der angepasste SPD-Funktionär; in einer Art Übersprung griff die Verehrung des Kriegs an sich von den Linken, die ihn hier entwickelt hatten, auf die Rechte über, vor allem auf die jüngeren ehemaligen Kriegsteilnehmer. Der Unterschied zu den italienischen „arditi“ ist also viel geringer, als Sternhell zugeben will. Als Harry Pross nach dem zweiten Weltkrieg eine illustrierte Auswahlgabe der Zeitschrift *Das Reich* herausgab, da gipfelte seine Zusammenfassung der Tendenz aller Artikel in dem einen Satz: „Der Krieg ist ein Gott.“ Also lassen sich - aus verschiedenen Quellen herrührend - doch mehr gemeinsame Züge der verschiedenen „Faschismen“ erkennen, als Sternhell zugeben will.

6. Wenig geht Sternhell auf den ungeheuren Einfluss d'Annunzios ein, des Fliegers und Dichters, der erfolgreich einen Feldzug eröffnete zur Eroberung der jugoslawischen Stadt Fiume. Er, einer der ersten und größten Technikfreaks, verstand es, genau die gleichen Arditi wie später Mussolini um sich zu versammeln - und mit Sprechchören und Choralen vom besetzten Rathaus Fumes aus die Massenstimmung zu erzeugen, die später für die Faschismen aller Länder typisch werden sollte. „Wem gehört Fiume“, fragte er etwa. Antwort massenhaft: „A noi“ (uns). Was inzwischen zum Open-Air-Brauch herabgesunken ist, entwickelte damals noch ungeheure Bindekraft. Der Dichter Marinetti schloss sich mit seinem Fanatismus der Flugkunst und des Bombenwerfens an. Mussolini übernahm das alles in seine Feiern des wiedererwachten Rom und eines Imperium, das zugleich das der Gegenwart sein sollte und jenes der Antike bei weitem übertrumpfen würde. Insgesamt gelang es Mussolini der jeunesse dorée das Gefühl des Erwachens kurzfristig immer neu zu verschaffen, des Erwachens aus einer Haltung des ewigen Zuschauertums. Voyeure stürzten sich fanatisch (das Wort um 1923 herum erstmalig positiv verwendet) in Aktionen, die unverzüglich in Fest und Feier wieder Gegenstand der kollektiven Selbstanbetung werden sollten. So hielt sich die Bewegung in der dauernden Erwartung des Nahens eines Aufbruchs - um mich der Worte d'Annunzios zu bedienen.

Ähnlichkeit und Verschiedenheit der europäischen Faschismen

Sternhell hat das Verdienst, uns einen Faschismus vorzuführen, der im Augenblick seiner Entstehung ohne Biologismus, Rassismus und Antisemitismus auskommt. Elemente, die uns beim Nationalsozialismus als erste einfallen. In Mussolinis Kohorten marschierten nicht wenige Juden an führender Stelle mit und staunten wahrscheinlich betreten, als - wohl erst unter Nazi- Einfluss - die deutschen Rassengesetze 1938 übernommen wurden.

Was Zeev Sternhell allerdings vernachlässigt: Die gemeinsame Funktion aller Faschismen, der imperialistischen Ausdehnung der eigenen Territorien zu dienen - bis zum Untergang. Diese Haupteigenschaft darf bei allen Unterscheidungen niemals übersehen werden.

Zusätzlich verwendete Literatur

Lenin, N., G. Sinowjew: Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914-1916. Hamburg, (Hoym) Verlag der Kommunistischen Internationale.

Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Quaderni del carcere: Gefängnishefte, in 10 Bänden. Argument-Verlag.

Haenisch, Konrad (1977): Zur Lage der Partei. Hamburg 1916. In: Friedemann, Peter: Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1917. Zwei Bände. Ullstein. S. 879-886.

Zimmermann, Walter (1915): Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft. Bekenntnisse und Betrachtungen aus der organisierten Arbeiterwelt. Verlag Gustav Fischer, Jena.

Zeev Sternhell 1999:

Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini.

Hamburger Edition, Hamburg.

ISBN: 978-3-930908-53-0.

411 Seiten. 35,00 Euro.

Zitathinweis: Fritz Güde: War Sorel für die Heraufkunft des Faschismus wirklich maßgebend?

Erschienen in: Italienischer Faschismus. 6/ 2011, Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL:

<https://www.kritisch-lesen.de/c/913>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Politik der Wahrheit



Dietmar Dath
Deutsche Demokratische Rechnung
Eine Liebeserzählung

Dietmar Dath ist in seinem neuen Roman auf der Suche nach der Wahrheit im Konkreten.

Rezensiert von [Carolin Amlinger](#)

Ein unbedeutend hässlicher Friedhof in Berlin. Da stehen sie zu viert. Jeder ist hier auf ganz eigene Weise fremd. Vera, die kluge Heldin des Romans, im kratzenden schwarzen Sweater von H&M. Neben ihr Gerd, einer der ehemaligen Verlobten Veras, der, wie so viele Männer, ganz eigene unausstehliche Schrullen entwickelt angesichts der brodelnden Klugheit einer Frau. Ein Pfarrer, der auch nicht so Recht weiß, was er hier soll, spricht Unsinn über jenen, wegen dem sie alle an diesem trostlosen Ort versammelt sind: Otto Ullitz, der Vater Veras, ein lächerliches Häufchen Asche. Er, der verschrobene und kauzig gewordene DDR-Mathematiker, der unter Walter Ulbrichts „Neuem Ökonomischen System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) eine bessere sozialistische Planwirtschaft errechnen wollte. Der neue Roman von Dietmar Dath, bekannt für „unverständliche Spekulationen über neue Formen der Liebe und Politik“ (so liebend neckisch die FAZ), beginnt mit einem Abschied. Ein Abschied, an dem auch wir uns, die für das maximal Soziale, Freie, Schöne, Wahre kämpfen (Vergessenes bitte selbst einfügen), so mühsam abarbeiten.

Der Autor versucht sich damit an einem Stück Literatur, das man vielleicht Sozialistischen Realismus im postsozialistischen Zeitalter nennen könnte. Zerplatzte Träume. Verlorene Kämpfe. Offene Wunden. Das Handeln, Denken und Lieben der Figuren in „Deutsche Demokratische Rechnung“ bezieht sich auf Versuche, die Welt zu machen. Vera Ullitz vegetiert nach abgebrochenem Mathematik-Studium in der Frankfurter Bahnhofshölle in einem gesichtslosen Backshop vor sich hin, bis sie von dem Erbe des verstorbenen Vaters dazu genötigt wird, sich aus der prekären Lethargie der Anfang Dreißigjährigen heraus zu robben. Zunächst widerwillig betritt sie die Welt des verstorbenen Vaters, liest die Papiere der Vergangenheit, in denen sie die „Heimat Unendlichkeit“ (S. 57) wiederfindet, die sie im drögen Alltag des Vorsichhinlebens verloren hatte. Es geht in den Notizen des Vaters um nichts anderes als um ein Sichvortasten zu einem Begriff von Wahrheit mittels exakter Wissenschaft; der Hebel zum Eingriff in die Wirklichkeit ist ihm die Mathematik. Das, was als Entrümpelung begonnen hat, wird für Vera zu einer Aneignung des akribisch notierten Gezettels, ihres Erbes.

Vera ist in Berlin aber nicht nur mit vergilbten, papiernen Kämpfen konfrontiert, sondern auch mit dem tagtäglichen Kampf gegen den kapitalistischen Irrsinn, der unterdrückt, zermürbt und ausgrenzt. Sie wird von ihrer mutigen Freundin Petra in das linksautonome Räuber und Gendarmenspiel reingeschwatz: Zwangsräumung, Demo, Bullen, Action. Veras Kommentar: „Es war ganz sinnlos, was wir gemacht haben, aber eben auch nötig“ (S. 67). Damit hat sie wahrscheinlich Recht. Wie Petra im Anschluss an die Niederlage Zitronennudeln kocht, für alle, die nun müde schwatzend beisammen sitzen, da möchte man sich unbedingt in sie verlieben. Denn bei Petra ist man sich ganz sicher, sie lässt dich nicht allein mit der garstigen Welt. Auch Manuel, Veras

Frankfurter Gefährte, antwortet treu auf jede SMS. Er verkauft elektronischen Schrott im *Saturn*, isst fortwährend, stopft alles in sich hinein, weil man im Leben so viel schlucken muss und trotzdem immer hungrig bleibt. Nebenbei erprobt aber auch er ganz eigene Formen der Umverteilung. Während Mike, ein Redakteur der ganz real existierenden linken Tageszeitung *junge Welt*, Vera überzeugt, das, was sie denkt, auch journalistisch zu verwursten, damit die Zeitung nicht dazu verdammt ist, bloß Nachlassverwalter vergangener Zeiten zu sein, sondern das, was war, auch weiterdenken kann. Es ist dieser Alltag des Verstricktseins, das Hadern und nicht Aufgeben der Figuren, das – wie in fast allen Romanen von Dietmar Dath – die Leserin oder den Leser hoffen lässt, die Möglichkeit schlummere schon in der Wirklichkeit.

Aber manchmal ist die Hoffnung in diesem Roman auch ein ganz schöner Blödmann. Jedenfalls wenn es um die Liebe geht. Veras kluges Denken macht vielen Männern Angst. Außer Frigyes Makkai. Ein schöner Mann, der Vera in einen „Strudel köstlicher Verwirrung“ (S. 97) schleudert. Er hört ihr zu, denkt mit ihr mit, liebt sie nicht trotz, sondern wegen ihrem rasend schnellen mathematischen Grübeln. „Eine Liebeserzählung“, so der Untertitel des Romans. Jedoch eine gebrochene. Frigyes, Journalist, denkt nämlich in eine andere Richtung. Es gibt keine Verbindung zwischen ihnen und doch eine, die Liebe. Aber die zählt nichts mehr, wenn der eine den anderen verrät. Sie, die in der Vergangenheit gräbt und sucht, ist ihm schließlich bloß Objekt für eine „gute Story“, wird hineingepresst in spießig-grüne Denkschablonen. Man fühlt sich ähnlich niedergeboxt wie die Heldin. Tiefschlag. So heißt das letzte Kapitel.

Die Erfahrung, dass all das, was unter dem Namen Wahrheit verhandelt wird, geronnenes Resultat gewesener sozialistischer Bewegung ist, macht Vera im Ordnen der väterlichen Gedanken. Wer da mit- und weiterdenken will, dem sei ein weiteres Büchlein empfohlen, das unter dem Titel „Klassenkampf im Dunkeln“ vom gleichen Autor nur ein wenig früher erschienen ist. Es trägt den Untertitel „Zehn zeitgemäße sozialistische Übungen“ und beschränkt sich folglich auf die Erprobung des marxistischen Werkzeugkastens in actu. Das ist sehr wichtig. Denn das Instrumentarium, das Dietmar Dath hier benutzt, ist ein gewordenes und darum manchmal auch vergessenes, verdrängtes. Entgegen jenen, die die marxistische Methode achtlos in die Ecke bloßer Glaubenssätze schleudern wollen, stellt er an sie also den Anspruch, dass man an und mit ihr die Wahrheit messen kann.

Nun ist Wahrheit aber kein abstrakter Begriff, sondern entfaltet sich im Denken, im Konkreten (das Grübeln und Kritzeln Veras ist nichts anderes). Diesen zehn Übungen staunend lesend zu folgen, macht tatsächlich großen Spaß. Denn Dietmar Dath wäre nicht er selbst, würde er nicht gleich die ganz großen Fragen stellen. Ein Beispiel wäre jene, was damals in den sozialistischen Ländern eigentlich schiefgegangen sei. Seine Antwort gleicht der, die Otto Ulitz im Roman schon vor Walter Ulbricht heraus stotterte: Produktivkräfte werden im Sozialismus langsamer entwickelt; ganz einfach, weil im Sozialismus Entscheidungen Zeit kosten. Und das ist die große Überlegenheit, tatsächlich Neues zu entwickeln, denn die klugen Köpfe werden nicht von oben mit Befehlen stillgelegt, sondern haben Raum, Ideen zu entwickeln.

Diese Erkenntnisse sind nicht neu, darum geht es in dem Büchlein auch gar nicht. Der Autor möchte Gewesenes prüfen, alte Widersprüche neu entwickeln. Wie Vera gegen Ende des Romans sich tastend einen Weg nach vorne sucht, das tut, was sie letztlich am besten kann, nämlich den „politisch Wachen“ helfen, „ihre Einsprüche zu ordnen, ihre Pläne zu machen“ (S. 239), so tut auch Dietmar Dath nichts anderes.

Zusätzlich verwendete Literatur

Dietmar Dath (2014): *Klassenkampf im Dunkeln. Zehn zeitgemäße sozialistische Übungen*. KVV konkret, Hamburg.

Dietmar Dath 2015:
Deutsche Demokratische Rechnung. Eine Liebeserzählung.
Eulenspiegel Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-359-02471-2.
240 Seiten. 19,99 Euro.

Zitathinweis: Carolin Amlinger: Politik der Wahrheit. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/
2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1298>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Literarische Berichte über die Revolte



Thomas Atzert, Andreas Löhrer, Reinhard Sauer (u.a.)
(Hg.)

Nanni Balestrini
Landschaften des Wortes

Zum 80. Geburtstag von Nanni Balestrini ist bei Assoziation A ein lesenswerter Sammelband erschienen, der zur Lektüre des linksradikalen „Klassikers“ animiert.

Rezensiert von [Jens Renner](#)

Am 2. Juli wurde der italienische Schriftsteller Nanni Balestrini 80 Jahre alt. Sein deutscher Verlag Assoziation A nahm das zum Anlass für einen Sammelband, der nicht nur die zahlreichen Fans bedient. Das Buch ist auch für Leser_innen geeignet, die Balestrini erst noch kennenlernen wollen. Balestrini, der mutmaßliche „italienische Lieblingsautor der deutschen Linken“ (Assoziation A), ist nicht nur Journalist und Schriftsteller, sondern auch Aktivist. 1968 war er Mitbegründer der linksradikalen Gruppe Potere Operaio (Arbeitermacht), später geriet er als Unterstützer der Autonomia Operaia und der militanten 1977er Bewegung ins Visier des Staatsschutzes. Es war die Zeit, als der italienische Staat nach einem Jahrzehnt der Revolte Rache nahm und Tausende Linke mit teils abenteuerlichen Anschuldigungen verfolgte. Die Vorwürfe gegen Balestrini lauteten: Mitgliedschaft in einer bewaffneten Gruppierung und Beteiligung an 19 Morden, darunter dem an dem christdemokratischen Politiker Aldo Moro. Gerade noch rechtzeitig konnte Balestrini im April 1979 auf Skiern über die Alpen fliehen und sich nach Paris absetzen. Erst 1984 wurde die Anklage gegen ihn fallengelassen, und er konnte nach Italien zurückkehren. Heute lebt er in Rom und Paris.

In dem vorliegenden Band trägt sein deutscher Übersetzer Peter O. Chotjewitz einiges an biografischen Daten über Balestrini zusammen. Sein einleitender Aufsatz „Nanni Balestrini und die ‚Neo-Avantgarde‘ der 60er Jahre“, erstmals 1991 erschienen, gibt einen guten Eindruck von Balestrinis breit gefächertem kreativem Potenzial. Er schrieb Gedichte und experimentelle Prosa, redigierte diverse Zeitschriften, arbeitete als Lektor in großen Verlagen (Bompiani und Feltrinelli), organisierte als Mitglied der Literatenvereinigung Gruppo 63 Konferenzen. Außerdem malte er und fertigte teilweise riesige Collagen aus Texten. Einige von Balestrinis Kunstwerken sind in dem Band abgebildet. Hinzu kommen Gedichte und Prosastücke, in denen er aktuelle politische Vorgänge kommentiert, darunter „Die reaktionäre Gewalt der bürgerlichen Institutionen beantworten wir mit revolutionärer Gewalt“. Beiträge von Kolleg_innen und Weggefährten_innen komplettieren die Sammlung.

Im deutschen Sprachraum ist Balestrini vor allem für seine politischen Romane bekannt. Insbesondere „Vogliamo tutto“ (Wir wollen alles; veröffentlicht 1971), „Gli invisibili“ (Die Unsichtbaren; 1986) und „L'editore“ (Der Verleger; 1989) sind als künstlerisch verarbeitete kollektive mündliche Geschichte enorm wichtig für die Geschichtsschreibung der italienischen Neuen Linken. In besonderem Maße gilt das für „Wir wollen alles“, über den Jost Müller einen lesenswerten Aufsatz beigesteuert hat: „Vogliamo tutto – ein literarischer Bericht über den Massenarbeiter.“ Darin hat Balestrini ein eminent wichtiges politisches Ereignis verarbeitet: die Revolte am Corso Trajano in Turin am 3. Juli 1969. Spektakulär trat damit ein neuer politischer

Akteur hervor, der von den Theoretikern des Operaismus so genannte „Massenarbeiter“ (operaio massa), der aus dem Süden des Landes in die großen Industriestädte des Nordens kam. Hier, im Dreieck Mailand-Turin-Genova, fanden Zehntausende Arbeit in den großen Fabriken, etwa bei FIAT. Müller zitiert ausführlich, was Balestrinis Ich-Erzähler von dem „Mythos FIAT“ hält:

„Man hat uns glauben gemacht, die FIAT sei das versprochene Paradies, Kalifornien, wo wir in Sicherheit sind. Ich habe alles gemacht, Genossen, alle Berufe, Maurer, Tellerwäscher und Verladearbeiter. Ich habe schon alles mal mitgemacht, aber die größte Scheiße ist wirklich die FIAT. Als ich zur FIAT kam, dachte ich, jetzt wäre ich gerettet. Dieser Mythos der FIAT und der FIAT-Arbeiter. In Wirklichkeit ist es dieselbe Scheiße, wie alle anderen Arbeiten auch, nur noch schlimmer.“ (S. 123)

Der Kampf gegen die Arbeit, die Hetze an den Fließbändern, die Kontrolle der Aufseher beginnt in der Fabrik. Hier entsteht auch die Parole „Wir wollen alles!“ Der Streik richtet sich gegen das Fabriksystem insgesamt. Und er springt über auf die Stadt: „Eine ganze Stadt im Streik, die räumlich-funktionale Trennung von Arbeitsplatz und Wohnviertel war außer Kraft gesetzt.“ (S. 119) Schließlich kommt es zum Aufstand. Nach 24 Stunden Straßenschlacht siegt die Staatsmacht, aber die Ausstrahlung des Kampfes auf junge Linke, auch in Deutschland, war enorm. Durch seinen „literarischen Bericht“ – ein besser treffender Begriff als Roman – hat Balestrini dazu maßgeblich beigetragen.

Der von Thomas Atzert, Andreas Löhrer, Reinhard Sauer und Jürgen Schneider herausgegebene Sammelband „Landschaften des Wortes“ leistet vor allem eines: Er ist eine „Einladung an alle, Balestrini zu lesen“ (Chotjewitz, S. 29). Balestrinis Romantrilogie „Die große Revolte“ (Wir wollen alles, Die Unsichtbaren, Der Verleger), ist in einem Band ebenfalls bei Assoziation A erschienen.

Thomas Atzert, Andreas Löhrer, Reinhard Sauer (u.a.) (Hg.) 2015:

Nanni Balestrini. Landschaften des Wortes.

Assoziation A, Hamburg.

ISBN: 978-3-86241-445-1.

224 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Jens Renner: Literarische Berichte über die Revolte. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1299>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Ein weites Feld



Gerd Dembowski, Jonas Gabler, Martin Endemann (u.a.)
Zurück am Tatort Stadion
Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußball-Fankulturen

*Den Herausgebern gelingt ein großer Wurf in der Aufarbeitung von
Diskriminierung in deutschen und europäischen Fußballstadien – mit
kleinen Abzügen!*

Rezensiert von [Jens Zimmermann](#)

Vor dem Qualifikationsspiel zur europäischen Champions League zwischen Lazio Rom und Bayer Leverkusen spulte die medienerefarene UEFA wie gewohnt ihr kulturindustrielles Bekenntnis gegen Rassismus ab. Bandenwerbung mit dem Slogan „no to racism“ und der mit üblichen Stars gespickte Anti-Diskriminierungs-Spot vermitteln wie bei jedem groß angelegten Medienereignis die kosmopolitische Gesinnung der obersten europäischen Fußballorganisation. Dass dies jedoch oftmals ein reines Lippenbekenntnis bleibt und dazu noch im krassen Widerspruch zur Realität in den Fußballstadien steht, musste man dann keine dreißig Minuten später erleben: Bei jeder Ballberührung von Bayers Karim Ballarabi, Wendell und Jonathan Tah beleidigten Lazio-Zuschauer die drei Leverkusener rassistisch mit „Affenlauten“. Von den teilweise offen faschistischen Laziali ist man so etwas schon gewöhnt. Umso verwunderlicher, dass der Schiedsrichter es bei einer über die Stadionlautsprecher verkündeten Ermahnung beließ. Konsequenz wäre ein Spielabbruch gewesen – „no to racism“. Doch so viel Konsequenz soll es dann doch nicht sein im Millionengeschäft Champions League.

Diskriminierende Repräsentationspraxen

Wenn es um Rassismus, Homophobie und Sexismus im Fußball geht, zeigt man gerne nach Italien oder auf die osteuropäischen Ligen. Seit der viel beachteten Ausstellung „Tatort Stadion“ des Bündnisses aktiver Fußballfans (BAFF), die zwischen 2001 und 2007 an über einhundert Ausstellungsorten gezeigt wurde, lassen sich aber auch im hegemonialen Diskurs die vielfältigen Diskriminierungsformen in deutschen Fußballstadien und in der dazugehörigen Fußballkultur nicht mehr wegdiskutieren. Dass dieses Feld mit einer Ausstellung und zahlreichen begleitenden Veranstaltungen aber nicht bestellt ist, zeigt die Materialfülle der Fortsetzung „Tatort Stadion 2“. Mit dem umfassenden Sammelband „Zurück zum Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußball-Fankulturen“ führen die Herausgeber Martin Endemann, Robert Claus, Gerd Dembowski und Jonas Gabler nun Diskussion um antirassistische und antifaschistische Gegeninitiativen und Handlungsalternativen in deutschen Fußballstadien fort. Dafür werden im ersten Kapitel („Denkort Stadion“) des Bandes auf satten 160 Seiten die unterschiedlichen diskriminierenden Repräsentationspraxen innerhalb der hiesigen Fankulturen aufgearbeitet. Den Auftakt (S. 14-26) machen Gerd Dembowski und Jonas Gabler mit einem Beitrag, der tiefgreifende Prozesse der Identitätsbildung reflektiert. In Fangesängen oder auf Kurvenbannern dokumentieren sich Rivalitäten zwischen den jeweiligen Fangruppen oft in der Abwertung des Anderen und in der Aufwertung des „Wir“:

„Die Unterschiede zwischen Beschimpfungen und Diskriminierungen werden nebensächlich, wenn verhandelt werden soll, wer das bessere ‚Wir‘ ist, es also darum geht, die anderen symbolisch ab- oder auszugrenzen. Eindeutig wird dies etwa bei offenem Sexismus, bei der Diskriminierung nicht-heterosexueller Orientierungen, bei Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus oder Ableismus, also Feindseligkeiten gegenüber Menschen mit Behinderung.“ (S. 17)

Daher fordern Dembowski und Gabler einen „Raum zur Reflexion des eigenen Handelns“, in dem die Denkform „Wir gegen die Anderen“ in der Praxis auf ihre diskriminierenden Effekte hin befragt wird. Dass dies im Stadion so selten gelingt, hat laut Dembowski und Gabler vor allem zwei Gründe. Es liegt einerseits an der „Sprache des Körpers“, welche sich in der Darstellung von körperlicher Härte und Fitness sowie einer demonstrativen Gewaltakzeptanz in Fangruppen ausdrückt, und andererseits an der Affinität zu „alten Werten“ wie der „aggressiven Auslegung von ‚Wir – die anderen‘, einer althergebrachten (hegemonialen) Männlichkeit, von *Weißsein*, autoritärem Denken (...)“ (S. 21).

Auf diesen einführenden Beitrag folgen 13 weitere, welche Rassismus, Homophobie und Männlichkeit, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Nationalismus, Ethnizität und Weißsein in deutschen Fankurven ausführlich darstellen und analysieren. Besonders lesenswert ist dabei das Interview mit dem ehemaligen französischen Nationalspieler und Weltmeister Lilian Thuram, der zu Recht darauf hinweist, dass Rassismus ein gesellschaftliches Problem ist und durch die Geschichte des Kolonialismus auch nicht losgelöst von ökonomischen und politischen Machtverhältnissen begriffen werden kann. Eine sozialhistorische Leerstelle füllt der kurze Beitrag von Diethelm Blecking zur „Migrationsgeschichte“ des deutschen Fußballs. Knapp, aber dennoch anregend für die Kontrastierung mit eigenen Eindrücken und Erfahrungen ist die Darstellung von drei Prozessen und Phasen der Fußballhistorie. Seit der Professionalisierung des deutschen Fußballs ab 1963 finden sich immer mehr Fußballer ohne deutschen Pass im Aufgebot der Profiklubs – durch das „Bosman-Urteil“, welches die Ausländerbeschränkung im europäischen Profifußball ad acta legte, wurde diese Dynamik beschleunigt. Eine weitere Facette dieses Prozesses ist die Selbstorganisation von MigrantInnen in eigenen Fußballvereinen, wie sie vor allem im Amateurbereich anzutreffen ist; eine von den Sporteliten zunächst nicht gern gesehene Entwicklung:

„Dieser Prozess lief diametral den Interessen des organisierten deutschen Sports entgegen, der auf Einzelmitgliedschaften der Zuwanderer in den Vereinen setzte. Erst nach einem längeren konfliktreichen Diskussionsverfahren machte der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und der DFB ihren Frieden mit dieser inzwischen stagnierenden Entwicklung“ (S. 157).

Die dritte Phase der „Migrationsgeschichte“ wird mit dem krachenden Scheitern der DFB-Elf bei der WM 1998 in Frankreich eingeläutet: Fortan bemüht sich ein Heer von Scouts in Sichtungsprogrammen um Nachwuchstalente aus den migrantischen communities. Früchte tragen diese Bemühungen dann zur WM 2010, als mit Dennis Aogo, Serdar Taşçi, Jérôme Boateng, Mesut Özil und Sami Khedira Perspektivkräfte aus diesen Nachwuchsprogrammen im Kader stehen und teilweise zu wichtigen Akteuren der Weltmeister-Elf 2014 werden.

Organisierte Reaktion im Fußballstadion

Der zweite Teil des Sammelbandes („Kampfort Stadion“) beleuchtet sehr informiert die Überschneidungen von neonazistischen Strukturen und den jeweiligen Fußballszenen. In ihrem Beitrag entfalten Pavel Brunßen und Robert Claus ein Modell, welches die verschiedenen Akteure (Fanprojekt, Vereine und Verbände et cetera) und ihre jeweiligen Einflussmöglichkeiten auf die lokale Fanszene im Stadion greifbar macht. Am Beispiel von Werder Bremen („good practice“) und Alemannia Aachen („not-so-good-practice“) zeigen sie auf, welche Möglichkeiten eine konkrete antifaschistische Praxis in Fußballstadien hat und wie diese erfolgreich genutzt beziehungsweise

nicht umgesetzt werden. Dem durchaus ambivalenten politischen Potenzial der in letzter Zeit vielfach in medialen Verruf geratenen Ultra-Szene widmen sich Peter Römer und Patrick Gorschlüter. Anti-Diskriminierung und linke Themen finden sich in Teilen der Ultragruppierungen auf der Agenda, doch ist dies bei weitem kein Konsens zwischen den verschiedenen Gruppen: Die Bandbreite der Selbstpositionierungen reicht von linken über „unpolitische“ bis hin zu explizit rechten Ultras. Allgemein halten die beiden Autoren aber fest, dass „es inzwischen keine Gruppierung mehr [gibt], die sich der Politik entziehen kann, so sehr sie es auch will.“ (S. 207) Das zentrale Konfliktfeld wird dabei durch eine Vielzahl von Themen aufgespannt: „Fanpolitische Anliegen, Kritik an Verband, Polizei und Medien, Diskriminierung und Antidiskriminierungsarbeit, Machtkämpfe in der eigenen Kurve um den Stellenwert von Politik – all dies findet man Woche für Woche in den deutschen Stadien“ (S. 207).

Situation in Europa

Mit dem dritten Teil („Tatort Europa“) bewegen sich die Herausgeber auf internationalem Parkett und gewähren einen weitreichenden Einblick in teils „unbekannte“ Fußballkulturen. Holger Raschke zeigt in seinem Beitrag zu den Fanszenen im ehemaligen Jugoslawien, wie nach den Kriegen das Fußballstadion zu einem „Gedenkort“ wurde, an dem symbolisch oder durch Ehrenmäler an die Opfer des Krieges erinnert wird. Diese Erinnerungskultur ist jedoch auch stark nationalistisch geprägt und liefert das mythologische Material, um alte Feindschaften zwischen Nation und Vereinen im ehemaligen Jugoslawien fortzuschreiben: „Viele Fangruppen reproduzieren und verkörpern geradezu idealtypisch die aggressiven, nationalistischen und extrem rechten Einstellungsmuster, welche sich im Zuge der Kriege etabliert und verschärft hatten“ (S. 290). Abgerundet wird die Europatour durch Beiträge zu Diskriminierung und Antidiskriminierungsarbeit in England und Frankreich sowie zur politischen Situation der Fankultur in der Türkei.

Den Abschluss („Gegenorte“) des opulenten Sammelbandes machen fünf Beiträge, die das konfliktreiche Feld der Antidiskriminierungsarbeit im deutschen und europäischen Fußball anhand bestehender Projekt- und Aktionsstrukturen ausführlich darstellen. Gerd Dembowski bleibt nach seinem theoretischen Aufschlag zu Beginn mit einem kritischen Beitrag zur Geschichte und Perspektive sozialpädagogischer Fanprojekte der Ausklang vorbehalten. Den Herausgebern ist mit dem Sammelband zweifelsohne eine Art Vermessung des Feldes gelungen. Die geballte Info der 29 Beiträge findet man so im deutschsprachigen Raum meines Wissens kein zweites Mal – „state of the art“ also! Wer sich mit diskriminierenden Repräsentationspraxen und kritischer Sozialarbeit in Fankurven beschäftigen will, wird hier mit Sicherheit fündig werden. Schade ist jedoch, dass trotz des Oberthemas (Anti-)Diskriminierung nur recht selten darauf eingegangen wird, welche Rolle eine Antira- und/oder Antifa-Bewegung in diesem Rahmen spielen kann beziehungsweise überhaupt soll. Etwas bitter stößt auch die fehlende gesellschaftstheoretische Rahmung auf: In welchem Verhältnis steht zum Beispiel gesamtgesellschaftlicher Rassismus zu rassistischen Kurvenbannern? Reicht es, wenn das Stadion „diskriminierungsfrei“ ist? Fragen, die zwar angeschnitten werden, aber doch dann hintenüberfallen. Auch das Stadion als Ort des ökonomischen Ausschlusses bleibt außen vor. In den letzten 50 Jahren haben die Professionalisierung und Finanzialisierung des deutschen Fußballs zu einem Ausschluss ganzer Klassen geführt, die keine Mittel haben, 20€ für eine Eintrittskarte hinzublättern. Auch der Fußball gehorcht mittlerweile weitgehend den Imperativen des Neoliberalismus.

Gerd Dembowski, Jonas Gabler, Martin Endemann (u.a.) 2015:
Zurück am Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußball-Fankulturen.
Verlag die Werkstatt, Göttingen.
ISBN: 978-3-7307-0131-7.
384 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Jens Zimmermann: Ein weites Feld. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1300>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Vom lokalen Aufstand zum internationalen Krieg



Karin Leukefeld

Flächenbrand

Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat

Das Buch setzt sich mit den Hintergründen des Krieges in Syrien auseinander und geht dabei auf die Rolle unterschiedlicher Akteure innerhalb des Konfliktes ein.

Rezensiert von [Alp Kayserilioğlu](#)

Seit dem Jahr 2011 herrscht Krieg in Syrien: Über 220.000 Menschen sind getötet worden, 11,6 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Das Land liegt in Schutt und Asche. Ein souveränes Syrien gibt es im Grunde nicht mehr, verschiedene Akteure herrschen über unterschiedliche Teile des Landes. Gleichzeitig werden Teile des Landes von einer internationalen Koalition im Rahmen des Kampfes gegen den IS bombardiert. Die Journalistin Karin Leukefeld beschäftigt sich in ihrem gerade erschienen Buch „Flächenbrand“ mit den Hintergründen dieses Krieges.

Das größte Verdienst von Leukefelds Buch ist es, aufzuzeigen, dass dieser Krieg eigentlich kein Bürgerkrieg ist, sondern ein Krieg, in dem fast alle Mächte der Region mit ihren jeweiligen Interessen beteiligt sind. In diesem Krieg werden Interessen und Interessensgegensätze auf internationalem Maßstab ausgetragen. Dabei verliert Leukefeld aber keineswegs den Blick für die hausgemachten Probleme Syriens, die überhaupt erst zum Volksaufstand geführt haben, der dann im Laufe der Zeit mit der Intervention der regionalen und internationalen Mächte zweckentfremdet wurde.

Das Buch unterteilt sich in drei große Abschnitte: Der erste Teil gibt einen knappen aber präzisen Überblick über die Entwicklung des Krieges in Syrien von 2011 bis 2015 und stellt die nationale und internationale Ebene des Krieges dar. Der zweite Teil ist die große Stärke des Buches: Er untersucht in detail die unterschiedlichen Interessenslagen und Eingriffe der bestimmenden Regionalmächte des Nahen Osten in Syrien. Wer wissen möchte, was die zentralen Thesen der Autorin zum Syrienkrieg sind, der sollte sich den letzten Teil zu Gemüte führen. In ihm werden die zentralen Argumente der Autorin knapp und systematisch dargestellt.

Vom Aufstand zum Krieg

Der massenhafte Aufstand gegen Bashar al-Assad begann als Aufstand gegen staatliche Willkür in der Al-Omari-Moschee in Daraa im März 2011. Leukefeld arbeitet heraus, warum es in Syrien zum Entflammen von Massenprotesten nur mehr eines Funkens bedurfte: Die neoliberale Öffnung des Landes unter Assad verursachte massive Armut, wegen anhaltender Dürren kam es zu einer massiven Landflucht, der zunehmend nicht mehr funktionierende Sozialstaat wurde durch islamische Wohlfahrtsorganisationen ersetzt und Korruption, Vetternwirtschaft sowie staatliche Willkür sorgten für großen Unmut in der Bevölkerung. Es formte sich die paramilitärische Freie Syrische Armee (FSA), die sehr brutal gegen Regierungskräfte und Zivilist_innen vorging und sich von Anfang an den Sturz von Assad zum Ziel setzte. Leukefeld weist darauf hin, dass in der massiven Ausweitung und Bewaffnung der Proteste auch die Muslimbrüder stark involviert waren.

Mit Waffen ausgerüstet und trainiert wurden die bewaffneten Gruppen dabei vom Westen und anderen Regionalmächten: Leukefeld rekurriert zum Beispiel auf Berichte von des Medienkonzerns McClatchy und der *New York Times*, die nachweisen, dass Jordanien als Ausbildungslager für die bewaffnete Opposition unter Leitung des britischen Geheimdienstes MI6 und des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA diene und dass es vor allem Katar, Saudi-Arabien und Jordanien waren, die die Waffen für die Oppositionellen kauften und über Ankara nach Syrien einschleusten.

Aber nicht nur mit Waffen unterstützten der Westen und andere Regionalmächte die Aufständischen, auch politisch griffen sie zugunsten der bewaffneten Gruppen ein: Das Projekt *The Day After* entwarf eine Perspektive für Syrien ohne Assad; der Syrische Nationalrat (SNC), später Nationale Koalition (Etilaf), wurde von der Exilopposition mit Sitz in Istanbul gegründet, lehnte jeden Dialog mit Assad ab und wurde von den „Freunden Syriens“ – ein Zusammenschluss von westlichen Staaten, die abseits der UN die bewaffnete Opposition unterstützten – als legitime Vertretung des syrischen Volkes erklärt. Auch die falsche und teils vom Westen massiv unterstützte „oppositionelle“ Medienpropaganda stellt Leukefeld anhand der Geschichte des angeblich lesbischen Mädchens Amina Abdullah Araf aus Damaskus dar, die sich als männlicher Blogger entpuppte. Außerdem geht sie die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte ein, die ihren Sitz in London hat und von der Europäischen Kommission finanziert wird.

Das Ironische an der massiven westlichen Intervention ist, dass sich Syrien unter Assad eigentlich dem Westen annäherte und vor allem die Wirtschaft für die EU und den restlichen Westen öffnete. Gerade diese wirtschaftlichen Umgestaltungen waren es, die einen wesentlichen Grund für den Volksaufstand darstellten.

Während jedoch das syrische Regime im Sommer 2012 kurz vor dem Zusammenbruch stand – mehrere Bombenanschläge trafen zentrale Staatsapparate –, konnte sich das Regime unter anderem mit Hilfe und Unterstützung von Russland, Iran und der Hizbullah weiterhin an der Macht halten. Ein umstrittener Giftgasanschlag im Sommer 2013 – Leukefeld diskutiert umfassend mehrere Berichte zu Ursachen und Urhebern des Anschlags, der mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht von der syrischen Regierung ausging – führte fast zu einer umfassenden Militärintervention der USA, die aber im letzten Moment abgeblasen wurde. Kaum konsolidierte sich das syrische Regime im Jahr 2014, trat mit dem ISIS eine Kraft auf den Plan, die den Krieg weiter verschärfte, Assad maßgeblich schwächte, ihn zum Rückzug auf bestimmte Gebiete zwang sowie zu einem massiven „Anti-Terror-Kampf“ des Westens führte. Damit wurde de facto die Souveränität Syriens begraben.

Der Kampf der Interessen in Syrien

Für den Syrienkrieg von großer Bedeutung ist die Stellung der Türkei. Interessanterweise pflegte die Türkei, insbesondere unter der AKP, ein sehr intimes Verhältnis zu Syrien: Alte Feindschaften wurden abgebaut, neue politische und vor allem Handelsbeziehungen traten an deren Stellen. Vor allem die Türkei profitierte in ökonomischer Hinsicht von diesen neuen Beziehungen. Im Zuge der zunehmend wichtiger werdenden Rolle der Türkei im Nahen Osten vermittelte die Türkei 2007/08 sogar zwischen Syrien und Israel bezüglich der Golanhöhen. Diese positiven Beziehungen änderten sich radikal, als der Aufstand 2011 in Syrien begann: Die Türkei wurde zum politischen Sitz der Exilopposition, die AKP forderte mehrmals den Rücktritt Assads beziehungsweise Zugeständnisse an die Muslimbrüder in Syrien; die Türkei fungierte aber gleichzeitig auch als Rekrutierungslager für die bewaffnete Opposition und lieferte Waffen an sie, was aufflog und für Skandale sorgte. Leukefeld hebt hier hervor, dass es der AKP darum geht, in neoosmanischer Manier zu einer bedeutenden Großmacht zu werden, gleichzeitig jedoch getreuer Verbündeter der USA zu bleiben, um weiterhin Unterstützung zu erhalten.

Leukefeld dokumentiert, wie Israel mehrmals im Sinne der Aufständischen per Luftwaffe oder Artillerie in den Krieg eingriff und wie es, seit der Übernahme der Golanhöhen seitens der al-Nusra

Front, zu einem logistischen Hinterland für die islamistischen Krieger wurde. Die Motive Israels liegen Leukefeld zufolge darin, Syrien zu schwächen, um den Golan nicht wieder zurückgeben zu müssen.

Vor allem am Beispiel vom Libanon sieht man, wie der Syrienkrieg auch benachbarte Länder berührt. Die politische Krise des Landes im Jahre 2011 wurde verschärft durch Spaltung der politischen Lager in Befürworter und Gegner des Syrienkrieges, wobei sich die Hisbollah als größter Gegner des Syrienkrieges vortat, die Zukunftsbewegung um Saad Hariri hingegen als Befürworter. Ab 2011 brachen auch im Libanon bewaffnete Kämpfe zwischen Befürwortern und Gegnern des Syrienkrieges aus, bewaffnete Gruppe in Syrien versorgten sich über den Libanon, teils ungeklärte Bombenanschläge erschütterten das Land. Als es 2013 im libanesisch-syrischen Grenzgebiet (Al-Qusair) und auch innerhalb des Libanons (Arsal) zu Großoffensiven oder Angriffen der bewaffneten syrischen Opposition kam, intervenierte die Hisbollah militärisch auf Seiten der syrischen Regierung, woraufhin die Kämpfe in Tripoli sowie Attentate und Anschläge im ganzen Land zunahmen.

Leukefeld resümiert die Interessen- und Bündniskonstellationen wie folgt: Auf der einen Seite stehen die USA und Europa, die sich zunehmend um die knapper werdenden Ressourcen auf der Welt kümmern müssen. Syrien ist hier insbesondere wegen möglicher Transportwege und Pipelines für Gas und Öl wichtig und wird zum Ziel, weil es sich nicht ausschließlich den Interessen des Westens fügt. Unter Führung dieser beiden Großmächte beteiligen sich unterschiedliche Regionalmächte an der Intervention in Syrien.

Leukefeld hebt hervor, dass die USA spätestens seit 2006 eine offen deklarierte Politik des „konstruktiven Chaos“ zwecks Neuordnung des Nahen Ostens verfolgen, dementsprechend ein „sunnitischer Keil“ den sogenannten „schiitischen Machtbogen“ (Hisbollah, Syrien, Iran) zertrümmern solle. Sie versteht den schiitischen Machtbogen aber weniger religiös und mehr machtpolitisch, nämlich als „eine von regionalen Interessen geleitete Allianz gegen (pro-)westliche Einmischung und Dominanz in der Region“ (S. 193). Nicht von der Hand zu weisen sei aber, dass sich der Konflikt dennoch zunehmend konfessionalisiert.

Bei der Darstellung der jeweiligen Bündniskonstellationen unterschlägt Leukefeld nicht, dass auch die jeweiligen Bündnisse von unterschiedlichen Interessen getragen werden sowie interne Differenzen und Konflikte kennen. So können sich die arabischen Staaten, die sich am Syrienkrieg beteiligen, nicht über die Rolle der Muslimbrüder im Aufstand einigen. Außerdem sind die USA seit 2014 nicht mehr allzu sehr davon begeistert, dass die eigenen Verbündeten die Jihadisten weiterhin unterstützen, während sich die USA mittlerweile auf einen Anti-Terror-Kampf konzentrieren.

Ein detailreiches Buch mit einigen wenigen Mängeln

Leukefelds Buch ist jedem und jeder ans Herz zu legen, der/die an einer umfassenden Darstellung der regionalen und internationalen Interessen und Beteiligung im Syrienkrieg gelegen ist. Leukefeld verknüpft diese mit einem kurzen aber präzisen Überblick über den bisherigen Verlauf des Syrienkriegs, in der sie die Hauptgeschehnisse, Auseinandersetzungen, Interventionen und kritischen Ereignisse sowie Diskussion präsentiert.

Streckenweise fällt Leukefeld allerdings in eine unkritische Sichtweise bezüglich Assad zurück, etwa, wenn sie hervorhebt, dass Syrien zu einem Knotenpunkt im Nahen Osten werden wollte, das die umliegenden Staaten zum wirtschaftlichen und politischen Nutzen aller verbinden wollte. Das trifft nicht auf einen Großteil der syrischen Bevölkerung zu, die unter Assads neoliberaler Öffnung zu leiden hat. Leukefeld hebt zudem die Reformansätze von Assad als Reaktion auf die Aufstände hervor und lässt dabei die äußerst brutale Vorgehensweise der Regierungskräfte auch gegen Zivilisten meist unerwähnt.

Ein riesiger Mangel liegt in der schlampigen Form: ein Literaturverzeichnis fehlt vollständig, Fußnoten werden nicht verwendet, Verweise, Zitate und Quellen im Allgemeinen werden meist gar nicht oder nur sehr schlecht in Klammern nachgewiesen. Das ist umso schlimmer, da es sich gerade was die Quellen angeht, um ein sehr sensibles Thema handelt. Und es ist bedauerlich, weil dadurch die sehr gut gestalteten Inhalte und Argumente an Kraft und Reproduzierbarkeit einbüßen.

Karin Leukefeld 2015:

Flächenbrand. Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat.

Papyrossa, Köln.

ISBN: 978-3-89438-577-4.

230 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Alp Kayserilioğlu: Vom lokalen Aufstand zum internationalen Krieg. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1297>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Die Geburt des kapitalistischen Weltsystems



Immanuel Wallerstein

Das moderne Weltsystem I

Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft

Im ersten Band seines vierteiligen Werks behandelt Immanuel Wallerstein den Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Klassenherrschaft und Mehrwertaneignung und die Entstehung des kapitalistischen Weltsystems, das sich zwischen 1450 und 1640 zunächst als europäische Weltökonomie entwickelt.

Rezensiert von [Christin Bernhold](#) und [Christian Stache](#)

Karl Marx unterteilte die Vorgeschichte der befreiten Gesellschaft in „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ rückblickend in die asiatische, antike, feudale und moderne bürgerliche Produktionsweise. Seine geistigen Kräfte konzentrierte er schließlich darauf, die kapitalistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu ergründen und sie „in ihrem idealen Durchschnitt“ (MEW 25: S. 839) logisch-systematisch darzustellen.

Immanuel Wallerstein, U.S.-amerikanischer Professor für Soziologie und Senior Research Scholar an der Yale University, erforscht und beschreibt in seinem vierteiligen Werk hingegen mit Bezug auf die maßgeblich von Fernand Braudel inspirierte französische Historiker-Schule der Annales den historischen Verlauf der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Denn „sofern wir eine Welt mit mehr Gleichheit und mehr Freiheit wollen, müssen wir die Bedingungen, unter denen diese Verhältnisse verwirklicht werden können, verstehen“ (S. 23). Ein solches Unternehmen, so Wallerstein, „verlangt zuallererst einmal eine klare Darstellung des Charakters und der Entwicklung des modernen Weltsystems bis heute.“

Gemeinsam mit Samir Amin und seinen bedauerlicherweise bereits verstorbenen Kollegen André Gunder Frank und Giovanni Arrighi hat Wallerstein im Zuge dieses anspruchsvollen Vorhabens die sogenannte Weltsystemanalyse entwickelt. Sie bildet bis heute das intellektuelle Grundgerüst einer der einflussreichen Strömungen des marxistischen Denkens, deren VertreterInnen den antiimperialistischen Bewegungen bis heute auch politisch in Solidarität verbunden sind.

Vom Feudalismus zum kapitalistischen Weltsystem

Im ersten Band zeichnet Wallerstein den Ursprung und die erste Phase des Kapitalismus als Weltsystem – zunächst existent als europäische Weltwirtschaft – nach. Voraussetzung seiner Entstehung ist „die Krise des westlichen Feudalismus im 14. und 15. Jahrhundert“ (S. 42). Sie ist der Kristallisationspunkt eines „Jahrhunderttrends“, der in der Erschöpfung der feudalen Produktionsweise mündet – erkennbar an mangelnder Produktivität der Landwirtschaft und an Bauernaufständen –, einer zyklischen ökonomischen Krise und einer Klimaverschlechterung am Ende des Mittelalters.

Auf den Trümmern der alten feudalen Gesellschaft bildet sich ein „historisches Novum“ (S. 27): zwischen 1450 und 1640 entsteht „auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise“ (S. 99) „eine europäische Weltwirtschaft“ (S. 27). Der Kapitalismus wird als Handelskapitalismus zur „herrschenden sozialen Organisationsweise der Wirtschaft“ (S. 109) und löst die Krise des

Feudalismus. Die neue Form der Mehrwertaneignung basiert nicht mehr auf der direkten Aneignung des landwirtschaftlichen Surplus (Tribute oder feudale Renten). Was sich nun stattdessen entwickelt, ist eine „Aneignung des Surplus mittels eines Weltmarktmechanismus“ – basierend auf ungleicher Entwicklung und einer internationalen Arbeitsteilung zugunsten der kapitalistischen Zentren. Unterstützt wird diese neue Form der Ausbeutung von „Staatsapparaten, von denen keiner den Weltmarkt in seiner Gesamtheit“ (S. 46f.) kontrolliert. Die aufsteigende europäische Weltwirtschaft „war ein in seiner Art einmaliges Sozialsystem, das noch heute den Grundzug des modernen Weltsystems bildet.“ Sie ist „eine wirtschaftliche, keine politische Entität“ (S. 27). Wallerstein spricht von einem

„Weltsystem, nicht weil es die ganze Welt umschließt, sondern weil es größer ist als jede juristisch definierte politische Einheit. Und es ist deshalb eine Weltwirtschaft, weil die Verbindung zwischen den Teilen des Systems vor allem eine ökonomische ist – freilich durch kulturelle Bindungen zu einem gewissen Maß verstärkt, zuweilen auch (...) durch politische Arrangements und Bündnisse“ (S. 27, Herv. i. O.).

Die Weltwirtschaft ist also eine Erfindung der modernen Welt und der Kapitalismus ist nur, folgt man Wallerstein, „innerhalb des Rahmens einer Weltwirtschaft möglich“ (S. 59). Andersherum ist die kapitalistische Produktionsweise die entscheidende (wenn nicht einzige) Variable für die Expansion der europäischen Weltökonomie. Denn seit sie einmal etabliert war, sei „das Überleben anderer 'Produktionsweisen' davon abhängig“, „wie gut sie sich dem vom Kapitalismus herrührenden politisch-sozialen Rahmen“ (S. 109) einfügten. Es treffe also nicht zu, dass

„die beiden Formen der sozialen Organisation, die kapitalistische und die feudale, nebeneinander bestanden hätten oder hätten bestehen können. Die Weltwirtschaft hat die eine Form oder die andere. Wenn sie einmal kapitalistisch ist, dann werden die Beziehungen, die gewisse formale Ähnlichkeiten mit feudalen Beziehungen haben, in den Kategorien der herrschenden Prinzipien neu definiert. Dies traf sowohl auf die encomienda in Hispano-Amerika wie auf den sogenannten 'zweiten Feudalismus' in Osteuropa zu“ (S. 124, Herv. i. O.).

Für die Etablierung der kapitalistischen Weltwirtschaft in Europa am Ende des Mittelalters sind laut Wallerstein vor allem drei geschichtliche Prozesse entscheidend gewesen: „eine Ausweitung des geographischen Umfangs der betreffenden Welt“ (S. 47), die mit der Inkorporation Amerikas durch Portugal und Spanien in die europäische Wirtschaft gelungen ist; „Arbeitskontrollmethoden, die für unterschiedliche Produkte und Zonen der Weltwirtschaft sehr abwechslungsreich sein mußten“ (S. 47), das heißt eine internationale Arbeitsteilung, und „relativ starke Staatsapparate in den Gebieten, die zu den Kernstaaten dieser kapitalistischen Weltwirtschaft werden sollten“ (S. 47), das heißt in Nordwesteuropa, dem „ökonomischen Herzstück“ (S. 339) des Weltsystems, namentlich anfangs Spanien, im Laufe des 16. Jahrhunderts dann England, die Niederlande und „in gewissem Umfang Nordfrankreich“ (S. 135).

Neben dem europäischen Weltsystem existieren am Ende des Mittelalters und zu Beginn der Moderne auch andere Systeme, die eine eigene Welt umfassen, wie zum Beispiel in China. Diese Weltreiche oder Imperien sind Wallerstein zufolge aber keine Weltwirtschaften. Die europäische Weltwirtschaft zeichnet sich dadurch aus, dass es kein kohärentes politisches System innerhalb einer übergreifenden Ökonomie gibt, sondern eine Vielzahl von Staaten. Dies sei auch ein wesentlicher Grund für ihre Stabilität. Für Weltreiche hingegen sei es charakteristisch, dass nur „ein einziges politisches System über den Großteil des Gebietes“ (S. 518) vorherrscht und die Ökonomie einer starken Zentralgewalt untergeordnet ist. Die auf Tributen basierende, politische Herrschaft ausübende und zentralisierte Bürokratie hat in China funktioniert und kaum Ansatzpunkte für die Entwicklung einer kapitalistischen Ökonomie geliefert – anders als das feudalisierte Europa. Bis Mitte des 15. Jahrhunderts wurde also nur „in Europa, sonst aber nirgendwo, die Bühne für die Schaffung einer kapitalistischen Weltwirtschaft aufgebaut“ (S. 71).

Das Innenleben des Weltsystems: Zentrum, Semiperipherie und Peripherie

Innerhalb der europäischen Weltwirtschaft haben sich also notwendig nicht alle politisch-ökonomischen Formationen gleich entwickelt. Die ungleiche Entwicklung bringt mindestens „drei Zonen der Weltwirtschaft“ (S. 71) hervor: Semiperipherie, Zentrum/Kern und Peripherie/„Satelliten“. Diese Teilung ist sowohl funktional (tätigkeitsbezogen) als auch geographisch. Zum Teil ist sie eine Folge „ökologischer Rücksichten“. Ausschlaggebend ist jedoch die Funktion der sozialen Organisation der Arbeit, das heißt „die Bandbreite der ökonomischen Aufgaben war im Weltsystem nicht gleichmäßig verteilt“ (S. 519). Entsprechend generieren verschiedene Formen der ökonomischen und staatlichen Organisation eine internationale Hierarchie – Ausbeutungsbeziehungen sind sowohl Resultat als auch Bedingung dieser ungleichen Entwicklung. Räumlich sind die drei Zonen nicht notwendigerweise deckungsgleich mit Staaten. Vielmehr befinden sich Staaten in ihnen.

In den Zentren der europäischen Weltwirtschaft wird überwiegend „frei“ oder „freier“ (S. 135) in einer Kombination von Weidewirtschaft und Ackerbau sowie in der noch vergleichsweise kleinen Industrie gearbeitet. Arbeitsbeziehungen, basierend auf direktem persönlichem Zwang, werden durch Formen der Lohnarbeit abgelöst. Die Staatsmaschinerien sind stark. Sie besitzen die Fähigkeit zur Ausbeutung weit entfernter „billiger“ Arbeitsmöglichkeiten und dienen auf der Basis eines Klassenkompromisses zwischen Grundherren und aufsteigender Bourgeoisie dazu, die „innerhalb des Weltsystems entstandenen Disparitäten zu schützen“, „die ideologische Maskierung und Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung dieser Disparitäten“ zu liefern und „gegenüber einzelnen Gesellschaftsgruppen innerhalb des Staates“ (S. 520) Interessen durchzusetzen. Die dafür notwendigen Staatsbürokratien werden erstmals in den Zentren in der Anfangsperiode des kapitalistischen Weltsystems geschaffen.

In den Gebieten der Peripherie, vor allem in Lateinamerika und Osteuropa, leistet die Mehrheit im 16. Jahrhundert „erzwungene verkaufsorientierte landwirtschaftliche Arbeit“ (S. 123), die Bauern arbeiten einen Teil ihrer Zeit auf staatlichen oder privaten Domänen oder die Menschen verrichten Sklavenarbeit. Die Staaten sind in der Peripherie schwach, „was von Nichtexistenz bis zu einem geringen Grad von Autonomie reichen kann“ (S. 520). Entscheidend für das Weltsystem ist: „Das Zentrum dominiert die Peripherie“ (S. 153). „Das Geheimnis des Erfolgs der Zentralgebiete einer Weltwirtschaft“ liegt Wallerstein zufolge darin, dass „sie ihre Industrieerzeugnisse gegen die Rohstoffe der peripheren Gebiete [...] tauschen“ (S. 285).

Die Semiperipherie nimmt „auf einem Kontinuum, das von Zentrum zu Peripherie reicht, einen mittleren Platz ein“ (S. 131), ist in einer Weltwirtschaft ein „notwendiges Strukturelement“ (S. 520) und keine Resterampe. In diesen Mittelgebieten, zu denen Zentren ab- und Peripherien aufsteigen können, findet im 16. Jahrhundert „Anteilswirtschaft“ (S. 131) statt. Grundherren vergeben ihr Land an Bauern, die dafür eine Pacht, zum Teil auch in Form von Naturalien, an die Grundherren entrichten. Politisch sind die Semiperipherien eine Art Puffer zwischen Zentrum und Peripherie. Einerseits leiten sie den politischen Druck aus der Peripherie ab. Andererseits gelingt es ihnen nicht, die eigenen Interessen in die Zentren zu tragen. Wallerstein betitelt zum Beispiel Südfrankreich oder Norditalien des 16. Jahrhunderts als Teile der Semiperipherie.

Das europäische Weltsystem unterhält in seiner Frühzeit nach Außen zahlreiche Handelsbeziehungen, die „überwiegend auf dem Austausch von Kostbarkeiten beruhen“ (S. 450). Der daraus resultierende Profit ist durch den Handel beschränkt. Die politischen Formationen, die nicht Teil der Arbeitsteilung des Weltsystems sind, in jener Zeit zum Beispiel Russland, das Osmanische Reich und Asien, bezeichnet Wallerstein als „Außenarena“ (S. 450). Die „Grenzzlinie zwischen Peripherie und Außenarena“ sei aber fließend und beweglich. Sie verschiebt sich also beständig.

Auftakt einer großen Erzählung

Der opulente Einstieg in die Tetralogie über das moderne Weltsystem ist der Auftakt einer faszinierenden großen Erzählung: der Geschichte des Kapitalismus. Wallerstein ist ein begnadeter Erzähler mit messerscharfem Blick für die internationalen politisch-ökonomischen Strukturen und deren Evolution über lange Zeiträume – eine Qualität, auf die Linke und Linksliberale zunehmend freiwillig Verzicht leisten. Es ist wie bei jeder guten Reihe: Man muss einfach weiterlesen. Erst am Ende lässt sich ein Gesamturteil fällen. Dann sollte sich auch herausgestellt haben, ob die logische Priorisierung des Weltsystems gegenüber dem Kapitalverhältnis und der Ausbeutung von Lohnarbeit in Wallersteins Darstellung wirklich gerechtfertigt ist und inwiefern die Weltsystemanalyse „das wirkliche Verständnis für die soziale Dynamik der Gegenwart“ (S. 22) befördert.

Immanuel Wallerstein 2004:

Das moderne Weltsystem I. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft.

Promedia Verlag, Wien.

ISBN: 978-3-85371-142-2.

596 Seiten. 34,90 Euro.

Zitathinweis: Christin Bernhold und Christian Stache: Die Geburt des kapitalistischen Weltsystems. Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/ 2015, Antiimperialismus global. 43/ 2017.
URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1302>. Abgerufen am: 04. 01. 2019 09:24.

Notizen aus der Redaktion

Aber bitte mit Blutwurst

Stavarič, Michael (2013): Königreich der Schatten. C.H. Beck, München. 256 S., 19, 95 Euro

Ob Michael Stavarič in einem zweiten Leben als Jongleur oder Seiltänzer arbeitet? In seiner offiziellen Biografie deutet nichts darauf hin. Doch anders ist der Balanceakt, der dem tschechisch-österreichischen Autor mit seinem neuen Roman gelungen ist, fast nicht zu erklären. Es geht um zwei Familiengeschichten und zwei Lebenswege, der eine beginnt in New York, der andere in Wien, um zwei junge Menschen und um eine dunkle Vergangenheit. Und um eine Leidenschaft und gemeinsame Berufung: Fleisch. „Königreich der Schatten“ ist ein in jeder Hinsicht bemerkenswertes und außergewöhnliches Buch über das Handwerk des Tötens und die ‚Enkelgeneration‘. Im Fokus stehen Rosi Schmiegl und Danny Loket, sie hoffnungsvolle Metzgerei-Novizin in Leipzig, er fantasievoller Träumer und Weltenbummler, der Amerika den Rücken kehrt und sich auf Spurensuche seines Großvaters nach Europa begibt. Der war nämlich nicht nur Fleischermeister in der Tschechoslowakei, sondern hat auch im zweiten Weltkrieg gegen die Nazis gekämpft – ebenso wie Rosis Großvater, nur dass der in Österreich geschlachtet und auf der anderen Seite der Front gestanden hat. Und während Rosi schon eifrig die Messer wetzt und ihrer Fleischerei-Eröffnung entgegenfiebert, nähert sich Danny unaufhaltsam seinem Schicksal, das auf einer brandneuen Antirutsch-Schlachtmatte entschieden wird. Krieg, Tod, Erinnerung, Schuld: Stavarič packt die die ganz großen Themen an und haut sie uns auf eine Weise um die Ohren, die erschütternd ist: erschütternd unkorrekt, unsentimental und komisch, aber auch erschütternd sensibel und zauberhaft. Chapeau. (S.B.)

Kochen in Frankfurt - kritisch lesen in Nürnberg

Linke Büchermessen können, wenn sie denn von vernünftigen Menschen organisiert sind, ein wichtiger antikapitalistischer und antiimperialistischer Gegenentwurf zu den großen Massenveranstaltungen wie etwa der Frankfurter Buchmesse sein. Diese findet mal wieder Anfang Oktober statt und hat sich in diesem Jahr Indonesien als Gastland eingeladen – unter anderem mit dem Motto „Spice it up!“. Das Programm dazu entpuppt sich allerdings wie zu erwarten eher als Kochshow denn als eine Chance für regierungskritische oder unabhängige indonesische Schriktsteller_innen. Wie Buchmessen auch anders aussehen können, wird auch in diesem Jahr wieder die Linke Literaturmesse in Nürnberg zeigen: Vom 30.10. bis 01.11.2015 findet sie bereits zum 20. Mal statt - und wir gratulieren dazu ganz herzlich. Ein breites Spektrum kleiner, unabhängiger Verlage, politische Vortrags- und Kulturveranstaltungen und natürlich jede Menge Bücher erwarten die Gäste im Künstlerhaus in Nürnberg; mit Themen, die von erwartungsvollen Blicken zurück in die Geschichte, aktuellen politischen Zerwürfnissen und Fragestellungen und fantastischen Utopien in der Zukunft berichten und jedes literaturbegeisterte linke Herz höher schlagen lassen. Michi aus dem Organisationsteam in Nürnberg erzählt uns, wie die Idee entstand: „Vor 20 Jahren war es einer Gruppe von Autonomen und Marxisten in Nürnberg ein Anliegen, linke Literatur und deren Positionen auch dem fränkischen Publikum näherzubringen.“ Er berichtet: „Dass die Buchmesse wichtig ist, zeigt sich in dem Besucherandrang, der seit 20 Jahren anhält. Es ist vor allem die Möglichkeit mit Autorinnen und Autoren sowie Verlegerinnen und Verlegern ins Gespräch zu kommen und die Breite des vertretenen Spektrums, weshalb einmal im Jahr Tausende Besucherinnen und Besucher die etwa 50 Veranstaltungen füllen.“ Besonders ist, dass die Organisator_innen keine Schwerpunkte festlegen: „Diese entstehen immer durch die Neuerscheinungen der Verlage, beziehungsweise durch die Autorinnen und Autoren. Nur die Eröffnungsveranstaltung organisieren wir mit den Referierenden selbst.“ Die Antifa-Debatte etwa findet dort eine weitere Plattform: „Wir konnten unter anderem Susann Witt-Stahl zum

Themenkomplex Antifaschismus gewinnen, was uns sehr freut." Auch der Rechtsruck in Deutschland, die brennenden Wohnheime für Geflüchtete sowie zunehmende Demonstrationen von Faschisten, werden Thema von Vorträgen und Buchvorstellungen sein. Michis besonderes Highlight? „Ich freue mich auch ganz besonders über die Vorstellung der Griechenlandbroschüre einer Delegation, die während des Wahlkampfs vor Ort war.“ Eine herzliche Einladung geht also an alle kritisch-lesen.de-Freund_innen und Genoss_innen: „Die notwendige Veränderung dieser Welt und damit auch der Widerstand gegen die herrschenden Zustände ist eine Aufgabe für jung und alt, studierend oder arbeitend. Dementsprechend freuen wir uns auch, dass die Besucherinnen und Besucher aus allen Altersstufen, Schichten und Gegenden Deutschlands kommen.“ Weitere Infos findet ihr [hier](#). (J. B.)

Nur ein Bahnhof?

Erich Preuß (2009): So funktioniert ein Bahnhof. Transpress Verlag, Stuttgart. 144 S., 9,95 Euro
Und: Erich Preuß (2010): 100 legendäre Bahnhöfe. Transpress Verlag, Stuttgart. 144 S., 9,95 Euro

Hier treffen gestresste Geschäftsmänner auf geschäftige Straßenzeitungsverkäuferinnen, müde Arbeiterinnen auf über den Dingen schwebende Rucksackreisende, nervende Schulkinder auf nervöse Rentnerpärchen: der Bahnhof. Doch was ist überhaupt ein Bahnhof genau? Wer sich diese Frage schon einmal gestellt, aber noch keine hinreichende Antwort gefunden hat, sollte mal einen Blick in das Buch "So funktioniert ein Bahnhof" von Erich Preuß werfen, Autor von Werken wie "So funktionieren Eisenbahn-Signalsysteme", "So funktionieren Eisenbahn-Stellwerke" und "Schmalspurbahnen zwischen Spree und Neiße". Kenntnisreich führt er in die Geschichte der Bahnhöfe ein, erklärt die einzelnen Funktionen der Bereiche des Personen- und Güterbahnhofs, differenziert die verschiedenen Typen der Bahnhofsanlagen sowie – nicht zu vernachlässigen – der verschiedenen Fahrkartendruckmaschinen aus. Jede Seite des Buches wird illustriert durch wunderschöne, etwas aus der Zeit gefallene Bilder. Viele Bilder, bis zu vier pro Seite. Wer nun denkt, dieses Buch sei lediglich etwas für Eisenbahn-Freaks, irrt. Zwischen den Zeilen vermittelt das Buch ein Stück Sozial- und Kulturgeschichte der Bahnhöfe in Deutschland. Die Geschichte der alten Bahnstationen, die zu Zeiten der Industrialisierung in Deutschland entstanden sind, erzählen auch die Geschichte der Entwicklung der Klassengesellschaft, von Industrialisierung, Deindustrialisierung und Urbanisierung. Wer dieser Geschichte ein Stück näher kommen möchte und noch nicht genug von seitenlangen Ausführungen zu den Funktionseinheiten eines Bahnhofs hat, sollte unbedingt einen Blick in das Buch "100 legendäre Bahnhöfe" werfen. Beide Bücher erschienen beim Eisenbahn-Verlag Transpress. Preuß, in der DDR als Eisenbahner bei der Deutschen Reichsbahn tätig gewesen, später ausgewiesener Kenner der Bahn, Experte für Zugunglücke und immer auch Kritiker der Entwicklung des Unternehmens Deutsche Bahn, wird leider keine Gelegenheit mehr haben, detailverliebt mit einem Hauch Melancholie über die Welt der Züge, Weichen, Stellwerke und Bahnhöfe zu schreiben. Er starb im vergangenen Jahr in Berlin. (S. F.)

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2019 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.

